



Stadtentwicklungsbericht 2010

Stadtentwicklungsberichts 2010

- Die Übersicht -

	Seite
1. Einleitung	2
2. Rahmenbedingungen der künftigen Stadtentwicklung	4
3. Leitbild und Leitlinien	23
4. Bausteine der Stadtentwicklung	
- Wirtschaftsstandort	27
- Lebensraum	36
- Mobilität	49
- Kultur	57
- Bildung	69
- Sport - Freizeit	80
- Umwelt	88
- Soziales	96
- Familie - Kinder - Jugend	103
- Einkaufsstadt - Innenstadt - Stadtteile	110
- Bürgerschaft - Rat - Verwaltung	117

1. Einleitung

Warum braucht die Stadt Paderborn einen Stadtentwicklungsbericht 2010?

In Paderborn gab es im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts viele zukunftsweisende Projekte (u. a. Landesgartenschau 1994, Umgestaltung der Fußgängerzone in „Private-Public-Partnership“, Karolinger-Ausstellung 1999, Errichtung eines Technologieparks). Damit darf es nicht genug sein: Paderborn muss sich „fit für die Zukunft“ machen und sich im Wettbewerb der Städte profilieren.

In den vergangenen Jahren haben in von der Stadt initiierten bzw. begleiteten Prozessen Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Beratungsunternehmen Szenarien, Forderungskataloge und Gutachten zur gesamten Entwicklung der Stadt, aber auch zu wichtigen Teilbereichen, erarbeitet.

Das waren insbesondere:

- die Berichte der Standortkonferenz Paderborn,
- der Bericht der Lokalen Agenda 21 Paderborn,
- das Prisma-Gutachten zum Handelsstandort Paderborn,
- das Gutachten der Firma Kienbaum zur Reorganisation der Stadtverwaltung.

Die vorliegenden Papiere und Gutachten sind von unterschiedlicher Aktualität. In einer Reihe von Punkten wurden bereits Vorschläge der Standortkonferenz umgesetzt, während z. B. die Anregungen aus der Lokalen Agenda 21 Paderborn noch nicht vollends vom Rat beraten wurden. Hinzu kommt, dass einige Vorschläge für wichtige Entwicklungsfelder der Stadtpolitik in den unterschiedlichen Ausarbeitungen nicht widerspruchsfrei sind. Deshalb ist es sinnvoll, diese zu bündeln, zu aktualisieren sowie nach inhaltlichen und zeitlichen Prioritäten zu ordnen.

Vor diesem Hintergrund hatte der Bürgermeister zu Beginn des Jahres 2000 alle Organisationseinheiten der Stadtverwaltung und städtischen Gesellschaften gebeten, die wesentlichen Aufgaben der jeweiligen Zuständigkeitsbereiche zu benennen, die Herausforderungen, mit denen die Stadt in den nächsten Jahrzehnten konfrontiert sein wird, zu beschreiben, einen Abgleich mit den vorhandenen Gutachten/Berichten vorzunehmen und Vorschläge für die zukünftige Ausrichtung der Politik insgesamt und für die einzelnen Politikfelder zu definieren.

Danach wurden durch den Verwaltungsvorstand gemeinsam mit einem Redaktionsteam die Vorschläge der Fachämter und städtischen Gesellschaften zum Stadtentwicklungsbericht beraten, zusammengefasst und in einem Entwurf niedergeschrieben. Dieser Entwurf des Stadtentwicklungsberichts 2010 wurde den Ratsmitgliedern im September 2000 zur Beratung und Beschlussfassung übergeben.

In einer breit angelegten Beteiligung der in der Stadt ansässigen Institutionen, Unternehmen, Vereine, Kirchen, etc. sowie Bürgerinnen und Bürger wurden mehr als 550 Einzelvorschläge und Änderungswünsche zum Entwurf des Stadtentwicklungsberichts vorgelegt. Sehr ausführlich hatten sich die Standortkonferenz sowie die Foren der Lokalen Agenda 21 mit der Stadtentwicklung auseinandergesetzt.

Die Verwaltung hat anschließend sämtliche Anregungen aufgenommen und mit einer Stellungnahme versehen. Diese Stellungnahmen wurden den Ratsmitgliedern im Sommer 2001 übergeben. In den Fachausschüssen fand dann eine umfassende Beratung des Entwurfs des Stadtentwicklungsberichts unter Einbezug der Änderungsvorschläge und Anmerkungen aus dem „vorpolitischen Raum“ statt. In einer Klausurtagung des Haupt- und

Finanzausschusses im Februar 2002 wurden sämtliche Eingaben nochmals zusammenführend beraten.

Der Rat der Stadt Paderborn hat den Stadtentwicklungsbericht 2010 am 23. Mai 2002 verabschiedet. Er ist jetzt Grundlage der jährlichen Finanz- und Investitionsplanung der Stadt Paderborn.

Die Verwaltung wird demnächst der Politik einen Vorschlag zur Priorisierung von einzelnen Maßnahmen auch unter finanziellen Aspekten unterbreiten. Der Rat hat dann durch eine entsprechende Beschlussfassung die Schwerpunkte der Arbeit im kurz-, mittel- und langfristigen Bereich festzulegen. Damit wird der Stadtentwicklungsbericht 2010 künftig das wichtigste Führungsinstrument des Rates gegenüber der Verwaltung sein. Die konkrete Verwaltungsarbeit hat sich an den im Stadtentwicklungsbericht formulierten Zielen zu orientieren.

Auch der Rat wird seine Entscheidungen jeweils am Stadtentwicklungsbericht 2010 ausrichten.

Änderungen der festgelegten Ziele sind grundsätzlich möglich und verdeutlichen, dass die Stadtentwicklung ein dynamischer Prozess ist. Der Stadtentwicklungsbericht 2010 muss durch Beschlussfassungen kontinuierlich fortgeschrieben werden.

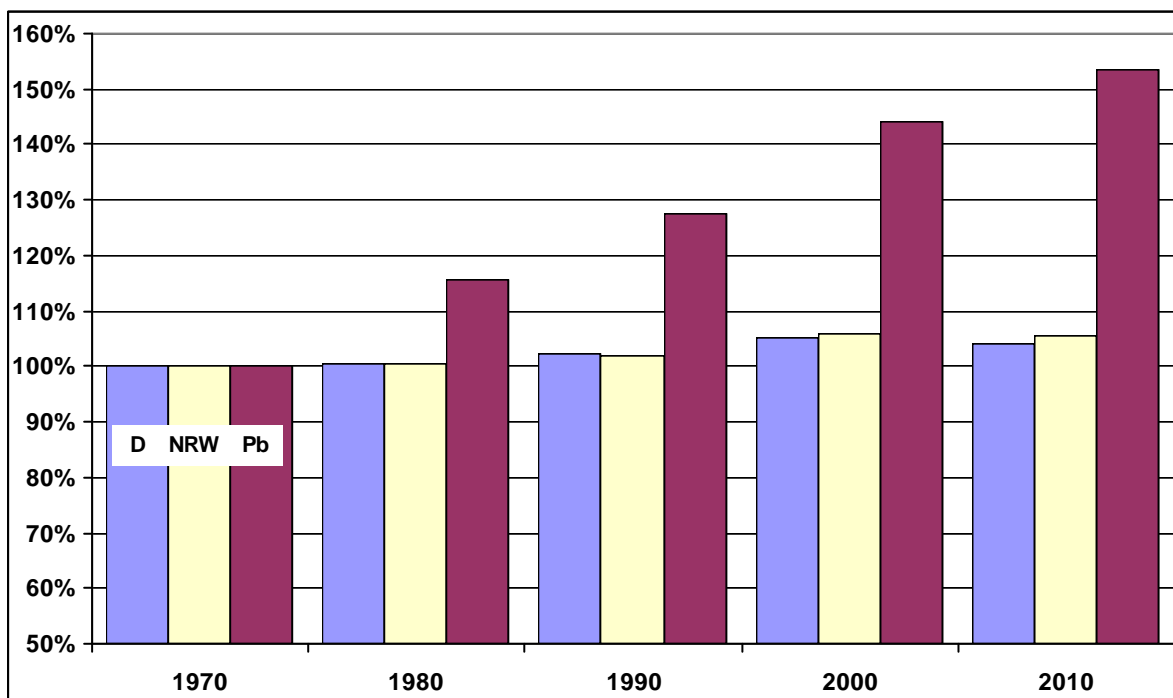
Mittelfristig streben Rat, Bürgermeister und Verwaltung an, den Stadtentwicklungsbericht zum Inhalt eines Vertrages zwischen Rat und Verwaltung zu machen. Im Rahmen dieses Kontraktes sind dann auch die Ziele und Zeitvorgaben verbindlich festzulegen

2. Rahmenbedingungen der künftigen Stadtentwicklung

Auf welcher Grundlage wird sich die künftige Entwicklung der Stadt Paderborn vollziehen?

Aus einer eher beschaulichen Mittelstadt am Rande der münsterländischen Bucht hat sich Paderborn in den letzten 30 Jahren zu einer modernen aufstrebenden Großstadt entwickelt. Nicht nur die Bevölkerungszahl ist in dieser Zeit um über 40.000 Personen auf heute 138.000 Einwohner gewachsen. Im gleichen Zeitraum wurden auch über 30.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, so dass heute rund 72.000 Beschäftigte in der Stadt Paderborn arbeiten. Nicht nur durch die 1973 gegründete Universität, sondern auch durch attraktive Einkaufsmöglichkeiten und ein vielfältiges Angebot in den Bereichen Sport, Kultur und Bildung ist Paderborn in diesen 30 Jahren zu einem verkehrsmäßig günstig gelegenen Oberzentrum in Nordrhein-Westfalen mit einem Einzugsbereich von einer halben Million Menschen geworden.

2.1. Bevölkerungsentwicklung



Wie die oben stehende Grafik zeigt, verläuft das Bevölkerungswachstum in Paderborn erheblich schneller als in Deutschland oder Nordrhein-Westfalen. Dabei ist der Zuwachs in Paderborn noch zu über einem Viertel auf Geburtenüberschüsse zurückzuführen, während in Deutschland und NRW seit Beginn der 70er Jahre mehr Sterbefälle als Geburten die Regel sind. Das deutlich langsamere Wachstum dort ist also fast allein auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. Auch im Vergleich zu anderen Großstädten wächst Paderborn überproportional stark an und verliert dabei deutlich weniger Einwohner an das Umland.

Altersmäßig gesehen ist Paderborn eine sehr junge Stadt, die Zahl der unter 20jährigen liegt mit 23,6% deutlich über den Bundes- und Landeswerten (20,7% / 21,6%). Auf der anderen Seite sind die Senioren ab 60 Jahren mit 20,5% vergleichsweise geringer vertreten (Bund: 23%, Land: 23,9%).

Der Ausländeranteil in Paderborn liegt zurzeit bei 8,4% und ist damit geringer als in Bund und Land (8,9% / 11,1%). Allerdings sind seit Anfang der 90er Jahre viele Spätaussiedler nach Paderborn gekommen. Ihr Bevölkerungsanteil macht zur Zeit fast 9% aus, während Bund und Land mit 4% bzw. 3% deutlich geringere Anteile aufweisen. Integration ist daher eine wichtige Aufgabe der Stadtentwicklung.

Zukünftig ist für Deutschland und NRW durchaus noch mit einem leichten Bevölkerungswachstum zu rechnen, insbesondere bei einer länger anhaltenden positiven wirtschaftlichen Entwicklung wird der Arbeitsmarkt Deutschland weiterhin Zuwanderer anziehen. Aufgrund der aktuellen Zuwanderungsdiskussion und vorgeschlagenen Übergangsfristen bei der EU-Osterweiterung geht die Verwaltung davon aus, dass keine massenhafte Zuwanderung nach Deutschland wie Anfang der neunziger Jahre stattfindet. In der letzten Prognose für Nordrhein-Westfalen ist die Zuwanderung gegenüber bisherigen Ansätzen zurückgenommen worden.

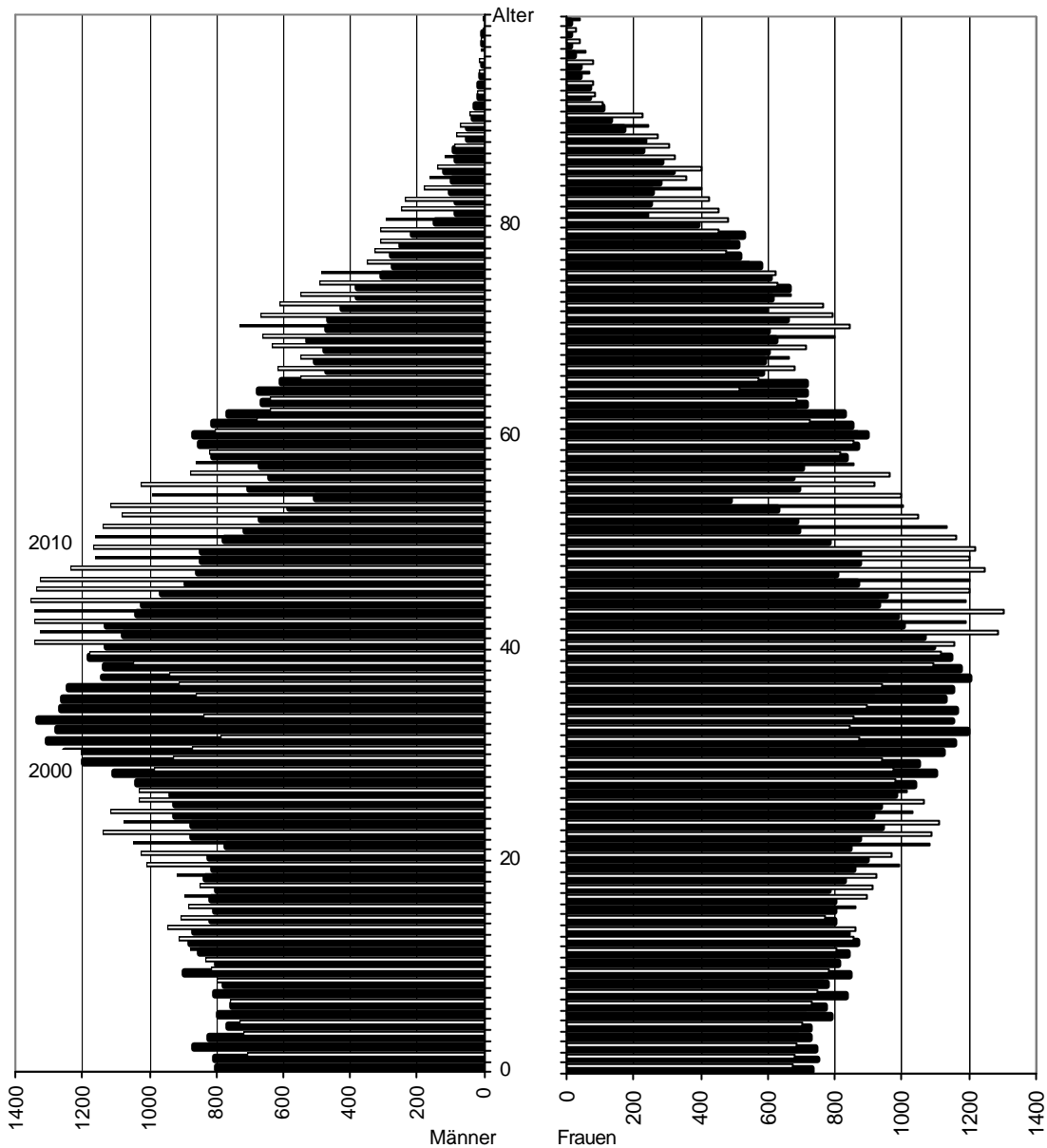
Die regionale Bevölkerungsentwicklung ist dabei in der Bundesrepublik sehr eng mit der Arbeitsplatzentwicklung verknüpft. Diese lag in der Region Paderborn deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Offenbar ist die Arbeitsplatzentwicklung auch durch eine vergleichsweise junge Erwerbsbevölkerung positiv bestimmt. Die Bandbreite der möglichen Bevölkerungsentwicklung Paderborns hängt demnach wesentlich von der Höhe der Zuwanderung in die Bundesrepublik, der regionalen Arbeitsplatzentwicklung und der regionalen Einstellung zum Nachwuchs sowie von den Wanderungsbewegungen mit die Nachbargemeinden ab.

An diesen Vorgaben orientiert sich die Bevölkerungsprognose der Stadt Paderborn, die auch für das laufende Jahrzehnt ein Bevölkerungswachstum von 9.000 bis 14.000 Einwohnern annimmt. Dieses Wachstum wird aber bei abnehmenden Geburten- und zunehmenden Sterbefallzahlen immer mehr durch Wanderungsgewinne bestimmt werden.

In einem Langfrist-Szenario hat Dr. Ralf Ulrich, Bevölkerungswissenschaftler aus Berlin, im Auftrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes die mögliche Bevölkerungsentwicklung in Paderborn bis 2050 untersucht. Dabei kommt auch er zu dem Schluss, dass die Stadt noch bis 2010/2015 mit einem Bevölkerungszuwachs rechnen muss, der die Einwohnerzahl fast bis auf 150.000 Personen ansteigen lässt. Je nach Höhe der tatsächlichen Zuwanderung verharret die Bevölkerungszahl auf diesem Niveau bis um das Jahr 2030. Danach ist auch in Paderborn mit dem bundes- und landesweit weitaus früher einsetzenden Rückgang der Einwohnerzahl zu rechnen. Dabei wird die Stadt, allerdings etwas zeitversetzt und vom Ausmaß her weniger dramatisch, die "typische" Entwicklung durchlaufen:

- stärkerer Rückgang der Zahl der deutschen Einwohner;
- Anstieg, zumindest des Anteils, der ausländischen Bevölkerung;
- Anstieg der Zahl der Spätaussiedler, einschließlich der zweiten und dritten Generation;
- langsamer Rückgang bei Kindern und Jugendlichen;
- starker Rückgang bei den 25-44-jährigen in den nächsten zehn Jahren;
- Anstieg bei den Senioren, besonders nach 2020.

Bevölkerungspyramide Stadt Paderborn 2000/2010



Für die Zuwanderung nach Deutschland und dann überproportional nach Paderborn könnte die Sondersituation in Polen bedeutsam werden: Hier sind noch 26% der Arbeitskräfte in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft tätig (zum Vergleich EU 5%). Hier wird es nach einem Beitritt zur EU ganz erhebliche Arbeitsplatzverluste und entsprechende Abwanderungen aus den ländlichen Räumen geben. Die Zahl der Spätaussiedler aus Polen ist in Paderborn (relativ) hoch, von daher ist mit einem Anziehungseffekt zu rechnen.

2.2. Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

Charakterisierung des Wirtschaftsstandortes Paderborn

Trotz der kontinuierlichen Zunahme der Bevölkerung ist es in Paderborn gelungen, am Arbeitsmarkt für einen überproportionalen Ausgleich zu sorgen. Die Zahl der Beschäftigten in Paderborn ist zwischen 1987 und 2000 um 21% gestiegen, während im Vergleichszeitraum in NRW nur ein Anstieg von 6,6% realisiert werden konnte. Zudem ist durch das Bevölkerungswachstum die Altersstruktur verhältnismäßig günstig (Anteil der Bevölkerung unter 18: PB 21,2%, NRW 19,4%). Damit kann man zurecht sagen, dass der Wirtschaftsstandort Paderborn über die Arbeitskräfte von morgen verfügt. Trotzdem ist die Arbeitslosenquote in der Stadt Paderborn mit 10,9% (Jahresdurchschnitt 2001) zu hoch, verglichen mit dem Landeswert von 9,6% und in Deutschland von 10,3%.

Mittelstand und Handwerk sind die traditionellen Säulen der Paderborner Wirtschaft. Im Handwerk arbeiten allein in der Stadt Paderborn in ca. 880 Betrieben rund 10.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Eine der Stärken Paderborns ist der ausgezeichnete Branchen-Mix. Vom Nahrungsmittelgewerbe über die Metall- und Kunststoffverarbeitung, den Maschinenbau und die Elektroindustrie bis hin zu den Automobilzulieferern ist in Paderborn ein breites Spektrum des verarbeitenden Gewerbes zu Hause. In Paderborn hat sich aber auch - fast unbemerkt von der Öffentlichkeit - ein „neuer Mittelstand“ mit mehr als 280 Unternehmen und mehreren tausend Beschäftigten entwickelt. Dieser ist geprägt durch die Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche. Zu diesen Firmen zählen Unternehmen der Chipkartentechnologie, der Hard- und Softwareentwicklung und der Internettechnologie.

Von Bedeutung für Paderborn ist auch der Umstand, dass die Stadt Bischofssitz ist und damit Standort für viele diözesane Einrichtungen. Aber auch in seiner Funktion als Oberzentrum bietet Paderborn zahlreiche Arbeitsplätze in den sozialen Bereichen Schulen, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Der Tertiärisierungsgrad der Wirtschaft (Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft) liegt in Paderborn bei 65,2% und damit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Im Allgemeinen wird dieses als Indikator eines erfolgreichen strukturellen Wandels bewertet. Von 1980 bis 2000 hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor mit einem Zuwachs von 20.146 Personen verdoppelt, davon entfallen auf den Anstieg der Arbeitskräfte im Handel 4.053 Personen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Sektor im Vergleich zum Land und zum Bund nur geringfügig zurückging. Getragen wird der Zuwachs an Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor in weiten Teilen von der Informationstechnologie (IT)-Wirtschaft, dem neuen Mittelstand.

Die Zahl der neu gegründeten Unternehmen ist in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Dieses spiegelt sich in der Entwicklung der Zahl der Gewerbetreibenden, aber auch in der Entwicklung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen wider. Dieser Anteil liegt allerdings im Vergleich zu OWL und NRW nach wie vor deutlich niedriger. Der Anteil der neu gegründeten Unternehmen mit kräftigem Arbeitskräftezuwachs wird auch hier von der IT-Branche dominiert, und u.a. verdeutlicht dies sich nochmals in der positiven Entwicklung des Technologieparks.

Trends in der Wirtschaftsentwicklung und am Arbeitsmarkt in Deutschland

1. Globalisierung: Anstieg der weltwirtschaftlichen Verflechtung und zunehmende Internationalisierung von Unternehmen

2. Zunahme des Wettbewerbes verbunden mit einem weiteren Trend zur Unternehmenskonzentration
3. Zunehmende Mobilität von Waren und Dienstleistungen, u.a. durch günstige Transportkosten sowie steigenden Einsatz von Informationstechnologie
4. Weiterhin steigende Mobilität des Kapitals
5. Steigende Mobilitätsanforderungen an die Arbeitskräfte, verbunden mit höheren Anforderungen an die Sprach- und Kulturkompetenz
6. Weitere Spaltung des Arbeitsmarktes
Auf der einen Seite werden Fachkräfte und Spezialisten gesucht, auf der anderen Seite geht die Zahl der Arbeitslosen nur geringfügig zurück, da die geforderten Qualifikationen nicht in entsprechendem Umfang vorhanden sind.
7. Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen hauptsächlich durch die Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK), während die traditionelle Wirtschaft zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland auf Rationalisierung setzt.
8. Der Trend zur Tertiärisierung der Wirtschaft hält weiterhin an mit der Konsequenz, dass in diesem Sektor Arbeitskräfte nachgefragt werden, während die Zahl der Arbeitsplätze in den verarbeitenden Bereichen stagniert oder weiterhin sinkt.
9. Die traditionelle Wirtschaft, und hier schwerpunktmäßig das verarbeitende Gewerbe, erwirtschaftet mit weniger Arbeitskräften einen höheren Umsatz. Dies bedeutet insgesamt einen Anstieg der Produktivität und stellt eine Voraussetzung für die (internationale) Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen dar. Darüber hinaus wird damit die Basis für die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen geschaffen.
10. Bildungs- und Qualifizierungsanforderungen steigen weiterhin erheblich; Human-Kapital entwickelt sich im zunehmenden Maße als Standortfaktor der Zukunft, um die Innovationsfähigkeit und den technischen Fortschritt der Wirtschaft zu erhalten. Damit werden - vor allem finanzielle - Kraftanstrengungen vom Staat und den Unternehmen notwendig.
11. Im Rahmen der Standortkonkurrenz verschärft sich der Wettbewerb zwischen den Regionen und den einzelnen Kommunen. Günstige Standortbedingungen wie Wirtschaftsfreundlichkeit, Infrastruktur, Image und die zur Verfügung stehenden, gut qualifizierten Arbeitskräfte werden diesen Wettbewerb bei der Unternehmensansiedlung entscheiden.
12. Schlüsseltechnologien: Biotechnologie und Medizintechnik, Mikrotechnologie, neue Werkstoffe, Informationstechnologie, Umwelttechnologie, Energie-Technologie.

Trends in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt in Paderborn

1. Zunahme der Schere am Arbeitsmarkt durch die relativ hohe Arbeitslosenquote auf der einen Seite und dem zunehmenden Fachkräftemangel auf der anderen Seite.
2. Zunehmender Zielkonflikt zwischen dem Anspruch, den Flächenverbrauch zu reduzieren, und der Notwendigkeit, große Gewerbeflächen kostengünstig für Unternehmen vorzuhalten, die gerade Arbeitsplätze für gering Qualifizierte anbieten.
3. Es müssen weiterhin gute Möglichkeiten für Arbeitskräfte im hoch qualifizierten Bereich geschaffen werden, da damit Arbeitsplätze durch Einkommen und Investitionen in den geringer qualifizierten Bereichen realisiert werden, etwa im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen.
4. Gut qualifizierte Arbeitskräfte gehören zu den wichtigsten Standortfaktoren von heute und morgen. Paderborn verfügt hier traditionell über eine gute Position, die es auszubauen gilt, um der Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen und dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken sowie den Arbeitsmarkt zu entlasten.
5. Insbesondere bei Frauen, die in das Berufsleben zurückkehren, gibt es ein großes Potenzial, über Qualifikationsmaßnahmen dem lokalen Arbeitsmarkt neue, dringend benötigte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.
6. Die Informationstechnologie ist eine eindeutige Stärke Paderborns, die es nach außen weiterhin bei der Vermarktungsstrategie zu nutzen gilt.

7. Paderborn verfügt insgesamt über eine ausgewogene, leistungsfähige Wirtschaftsstruktur mit einer zunehmenden Tendenz zur Dienstleistungsgesellschaft. D.h., Paderborn konnte in den letzten Jahren seine wirtschaftliche Position im Rahmen des notwendigen strukturellen Wandels verbessern.

Die Beschäftigungsentwicklung in der Landwirtschaft folgte mit einem Rückgang des Anteils von 0,6% auf 0,4% aller Beschäftigten in Paderborn dem bundesweiten Trend.

Insgesamt lässt sich auch in Paderborn vom Abschied von der Industriegesellschaft in der bisherigen Form sprechen: Die traditionelle Großindustrie mit den Branchen Nahrungsmittel, Automobile, Elektronik, Maschinenbau, Mischtechnik und Möbel mit einer ehemals arbeitsintensiven Produktion vor Ort entwickelt sich zu stark rationalisierten Produktionsstätten in Verbindung mit Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, Niederlassungen und Fertigungsstätten im In- und Ausland. Verbunden ist dieses mit einem Anstieg der Arbeitsproduktivität und damit der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch mit einem möglichen Verlust von weniger qualifizierten Arbeitsplätzen am Standort Paderborn. Trotzdem bieten die Firmen Benteler, Hella, Stute, Claas und Welle noch fast 40% der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe einen Arbeitsplatz. Darüber hinaus verändern sich die Anforderungen der traditionellen Industrie an die Bereitstellung von Gewerbeflächen.

Aber auch Mittelstand und Handwerk sind nach wie vor bedeutende Säulen der Paderborner Wirtschaft. Dies ist u.a. auf den ausgezeichneten Branchen-Mix zurückzuführen. Mit dem Trend der Informationsgesellschaft zu einer zunehmenden Transparenz von Warenangebot und Preisen wird den teilweise primär regional agierenden Unternehmen allerdings eine neue Qualität von überregionalem Wettbewerb begegnen.

Für den sich bereits etablierenden neuen Mittelstand, der in Paderborn aus jungen Technologieunternehmen mit einer Konzentration in der IuK-Branche besteht, liegt die heutige Firmengröße häufig zwischen 10-50 Arbeitnehmern, Tendenz exponentiell steigend. Die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche wird primär von der Durchsetzung der informationstechnischen Innovation am Markt sowie der Akquisition von Arbeitskräften abhängen.

Die Exportquote Paderborns liegt über dem Durchschnitt in OWL und ist in den letzten Jahren gestiegen, bleibt aber doch hinter dem Landes- und Bundesdurchschnitt zurück.

Erfreulich positiv ist die wirtschaftliche Entwicklung des Tourismus in Paderborn. Seit 1996 hat es einen deutlichen Zuwachs bei den Gästeankünften und Übernachtungen gegeben. Mit rund 80.000 Übernachtungsgästen und ca. 157.000 Übernachtungen in 2001 wurde eine neue Rekordbilanz aufgestellt. Damit beträgt der durch den Tourismus hervorgerufene Gesamt-Brutto-Umsatz in der 1. Umsatzstufe deutlich über 50 Mio. EUR. Diese erfolgreiche Entwicklung ist durch die verbesserten Rahmenbedingungen, die vielfältigen Angebote der Leistungsträger sowie durch ein gezieltes, konzeptionelles Marketing erreicht worden. Das zeigt, dass bei entsprechenden Anstrengungen Zuwächse möglich sind.

Trotz der zuvor skizzierten positiven Ausgangsbedingungen und Perspektiven liegt die Zahl der Arbeitslosen im Hauptamtsbezirk Paderborn knapp über dem Durchschnitt der alten Bundesländer und damit relativ hoch. Dieses gilt besonders für die Stadt Paderborn, wie es das starke Gefälle im Verhältnis zu den übrigen Gemeinden des Kreisgebietes verdeutlicht. Auch in Paderborn zeigt sich die Schere am Arbeitsmarkt: die Suche nach Fachkräften in fast allen Wirtschaftsbereichen bei gleichzeitig hoher Langzeitarbeitslosigkeit.

Der oben skizzierte Strukturwandel ist von den Arbeitnehmern erst „nachzuvollziehen“, dieses bedeutet unter anderem Qualifizierungsanstrengungen, um bestehende Potenziale zu nutzen. Dennoch wird es auch in Zukunft nicht gelingen, aus allen Arbeitslosen IT-Spezialisten zu machen, was gerade in der Stadt Paderborn neue Ideen zum Thema Beschäftigung erforderlich macht.

Insgesamt fällt im Rahmen einer näheren Betrachtung der Arbeitslosenstatistik auf, dass die Frauen von der Arbeitslosigkeit überproportional betroffen sind. Im Vergleich zum Land und Bund liegen diese Zahlen in Paderborn höher, obwohl die Erwerbsquote der Frauen geringer ist. Bei der Aufteilung der Arbeitslosen nach Gruppen liegt der Anteil arbeitsloser Aussiedler und Ausländer sehr hoch. Dieses gilt insbesondere für die Jugendlichen. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt hat bis 1998 stetig zugenommen und verharrt seit 1999 auf hohem Niveau. Dies verdeutlicht den strukturellen Wandel in der Wirtschaft, der zum Wegfall von Arbeitsplätzen - vor allem in der Produktion - geführt hat, ohne dass diese Gruppe im Dienstleistungssektor integriert werden konnte.

Im Bereich der Qualifizierung und Ausbildung sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Aktivitäten realisiert worden. Paderborn verfügt durch die vielseitige Landschaft der Bildungsträger heute über gut ausgebildete Arbeitskräfte. Betrachtet man Human-Kapital als den herausragenden Standortfaktor der Zukunft, der für die Unternehmen Innovationsfähigkeit bedeutet und die Voraussetzung für die intelligenten Produkte und Dienste von morgen darstellt, wird sich Paderborn im Standortwettbewerb besser positionieren müssen. Eine Chance besteht in der relativ "jungen" Altersstruktur.

Geographisch betrachtet, liegt Paderborn in Europa äußerst günstig. Die Entfernungen zu den bedeutendsten und einwohnerreichsten Ballungsräumen Europas sind vergleichsweise gering. Mit der guten Infrastruktur, vor allem für den Individualverkehr, aber auch durch die Entwicklung des Flughafens, bestehen gute Bedingungen zur Erreichung aller Absatzmärkte in Europa. Eine eindeutige Schwäche liegt bei den öffentlichen Verkehrsangeboten. Positiv ist der Auf- und Ausbau der informationstechnischen Infrastruktur in den letzten Jahren zu bewerten.

Paderborn entwickelt sich zu einem innovativen, dynamischen Standort. Eine Voraussetzung ist der Zugang zu Ergebnissen der Forschung und zu Absolventen aus der Universität für die Unternehmen, um ihre Innovationskraft und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Die Universität Paderborn mit ihrer Ausrichtung „Universität der Informationsgesellschaft“ hat hier die entscheidenden Weichen gestellt.

Für die Weiterentwicklung zu einem modernen Wirtschaftsstandort bietet sich zwangsläufig Paderborns bevorzugte Position bei der Schlüsseltechnologie, der Informationstechnologie, an. Bisher eher Geheimtipp der IT-Branche, haben sich aus den Anfängen des unternehmerischen Handelns von Heinz Nixdorf heute ca. 280 Unternehmen in Paderborn aus dieser Branche angesiedelt, davon ca. 50 im Technologiepark (primär start-ups). Mit der Gründung von InnoZent OWL als Multimedia-Kompetenz-Zentrum und dem jetzt gegründeten Paderborner Bildungsnetz wurden die ersten Schritte zur Bündelung der regionalen Kräfte getan.

Künftig steht in der Vermarktung vor allem nach außen die Profilierung Paderborns als IT-Standort im Vordergrund, u.a. um weitere Unternehmen in Paderborn anzusiedeln und den bestehenden Unternehmen ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen sowie Arbeitskräfte für Paderborn zu gewinnen. Denn mit jedem neuen Arbeitsplatz in der IT-Branche entstehen vier zusätzliche Arbeitsplätze in den übrigen Wirtschaftsbereichen.

2.3. Siedlungsentwicklung

Die Entwicklung Paderborns vollzieht sich in einem Naturraum, der durch das Zusammentreffen von mehreren großen und voneinander sehr verschiedenen Landschaftsräumen gekennzeichnet ist: der Sand- und Heidelandschaft der Senne im Norden, dem Karstgebiet der Paderborner Hochfläche im Süden, der Hellwegbörde als östlichem Teil der Münsterländer Bucht im Westen, Ausläufern des waldreichen Eggegebirges im Osten und der Lippeniederung. Die sich daraus ergebenden besonderen

geohydrologischen Verhältnisse lassen aus über 200 Quellen auf engstem Raum im Stadtkern den kürzesten Fluss Deutschlands entstehen - die Pader. Die Lage der Stadt im Schnittpunkt dieser Großlandschaftsräume beinhaltet ein erhebliches Potenzial für Naherholung und Touristik.

2.3.1. Wohnflächenbedarf

Zusätzlicher Wohnflächenbedarf entsteht einmal durch die erwartete Zunahme der Einwohnerzahl im Stadtgebiet. Diese fällt gegenüber der Entwicklung der letzten zehn Jahre deutlich geringer aus. In der Vergangenheit war jedoch für den Bedarf die Steigerung der Wohnfläche pro Kopf bedeutsamer. Sie stieg in Paderborn von 1968 bis 2000 von 27m² auf 40m².

Jüngere Untersuchungen haben gezeigt, dass bei Menschen in jungen Jahren der Bedarf an Wohnfläche steigt. Das betrifft die Altersgruppen bis 40/45 Jahren. In dieser Phase der Familienbildung vergrößert sich der Haushalt, es werden größere Wohnungen bezogen, die aber bis zum Ende des Lebenszyklus nicht mehr verkleinert werden. Ein Umzug „aufs Altenteil“ findet in relevanter Größenordnung nicht statt. Aufgrund der Wohlstandssteigerung haben die Haushalte die erreichten und dann beibehaltenen Wohnflächen steigern können. Es ist in den letzten zehn Jahren ein leichter Rückgang gegenüber den vorangegangenen Geburtsjahrgängen zu verzeichnen. Er liegt aber weiterhin deutlich höher als bei den alten Jahrgängen. Damit scheiden durch Tod Haushalte mit einer deutlich niedrigeren Wohnfläche aus, als neue Haushalte in ihrer Wachstumsphase in Anspruch nehmen. Dieser Effekt läuft erst gegen 2020 aus.

Diese Erkenntnisse sind für Paderborn zu verfeinern und entsprechend der laufenden Entwicklung zu beobachten. Die von der Bevölkerung voraussichtlich beanspruchte zusätzliche Wohnfläche liegt bei den angesetzten Daten in den nächsten zehn Jahren nur um ca. ein Viertel niedriger als in den letzten zehn Jahren. Die zu erwartende Wohnflächensteigerung um 4m² führt zu einem Wohnflächenbedarf in Paderborn in Höhe von 44m² pro Kopf (Bundesdurchschnitt 46m²).

Die Verwaltung geht davon aus, dass bis zum Jahre 2010 ein Wohnbauflächenbedarf von 300 bis 350 ha besteht. Dem steht eine erhebliche Reserve von erschlossenen bzw. rechtlich abgesicherten Bauflächen gegenüber, deren Höhe z. Z. ermittelt wird. 1994 betrug sie 220 ha. Hiervon ist jedoch seitdem nur ein geringer Teil bebaut worden mit der Folge einer deutlichen Baulandpreissteigerung. Die größten absoluten Reserven lagen und liegen in den drei Stadtteilen Kernstadt Paderborn, Schloss Neuhaus und Elsen. Relativ zur vorhandenen Bebauung ist dieses Baulandpotenzial in den aus den landwirtschaftlichen Streusiedlungen hervorgegangenen Stadtteilen (Elsen, Mastbruch) am größten. Wegen der geringen Mobilisierung dieses großen Potenzials hat die Stadt Paderborn in den letzten Jahren in erheblichem Maße neue Baugebiete geplant und erschlossen - in der Regel an den jeweiligen Rändern der Stadtteile („Grüne Wiese“). Sie befanden sich vornehmlich in städtischer Hand. Aufgrund der niedrigeren Preise und der Bauverpflichtung wurden diese zügig bebaut. Nach den Erfahrungen ist damit zu rechnen, dass eine Neuausweisung von privaten Bauflächen keine Garantie für eine tatsächliche Erweiterung des Marktangebotes und für einen preisdämpfenden Effekt gibt.

In vielen Städten hat der Truppenabbau nach 1990 die Stadtentwicklung wesentlich geprägt. Dies ist in Paderborn bekanntlich nicht so gewesen. Eine Grundannahme der Stadtentwicklung Paderborns ist, dass dies auch in den nächsten zehn Jahren so bleibt. Es gibt keine politischen Indizien für einen Truppenabbau, und auch die Investitionstätigkeiten der Briten sprechen dagegen. Allerdings haben größere Umstrukturierungen in den vergangenen Jahren zu einem Leerstand bei verschiedenen Gebäuden gesorgt (z.B. Crocker Barracks). In künftigen Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt wird darauf zu dringen sein, dass diese Quartiere bzw. Einzelgebäude schnellstmöglich einer alternativen Nutzung zugeführt werden.

2.3.2. Gewerbeflächen

Verglichen mit anderen Großstädten/Oberzentren in der Bundesrepublik Deutschland ist trotz des Strukturwandels in Paderborn die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie und des produzierenden Gewerbes erhalten geblieben. Da Paderborn nicht zu den altindustrialisierten Städten gehört, ist die Aufgabe von Produktionsstätten und die damit verursachten Industriebrachen sowie Rückführung dieser Flächen in eine neue Nutzung nicht von übergeordneter Bedeutung. Beschäftigungszuwächse wurden hingegen in den vergangenen 15 Jahren primär im dynamischen Dienstleistungssektor realisiert. Hieraus ergeben sich veränderte Anforderungen für die Stadtentwicklung.

Einerseits erfordert die industrielle Produktion große Flächen mit einem geringeren Beschäftigungseffekt, andererseits wird durch neue Büro- und Dienstleistungszentren, teilweise im direkten Anschluss an die Produktion für industrielle Forschung und Entwicklung, eine hohe Dichte von Arbeitsplätzen erreicht.

Seit vielen Jahren ist es ein wesentliches Ziel der Stadtentwicklung, in Paderborn für den - mit dem Konjunkturverlauf schwankenden - wachsenden Bedarf Gewerbe- und Industrieflächen sowohl durch Planung als auch durch Grundstückserwerb und durch Erschließung bereitzustellen. Die Dynamik der Flächeninanspruchnahme kann aus folgender Tabelle entnommen werden.

	1994	1999
Darstellung im Flächennutzungsplan	866 ha	945 ha
davon bebaut oder im Besitz von Betrieben	710 ha	820 ha
davon noch nicht gewerblich genutzt *)	156 ha	125 ha

*) z.T. nicht erschlossen

Auffallend ist, dass in den letzten Jahren fast ausschließlich städtische Flächen vermarktet wurden. So sind die in den letzten fünf Jahren verplanten Gewerbe- und Industrieflächen Hoppenhof, Balhorne Feld, Barkhausen-Süd sowie die südliche Erweiterung Mönkeloh heute bereits weitgehend bebaut, von der Stadt an Betriebe veräußert oder als Option zugesagt. Die privat vermarktungsfähigen Flächen liegen dagegen zum größten Teil verstreut in schon länger erschlossenen Flächen.

Für die künftige Entwicklung ist eine deutliche Verschiebung des räumlichen Schwerpunktes vorgenommen worden: Der Standort Dreihausen/Sander Bruch wird nunmehr nicht mehr weiter verfolgt. Stattdessen ist ein neuer Schwerpunkt nördlich des Autobahnzubringers Mönkeloh über das Gelände östlich der A 33 und der Barkhauser Straße bis zur B 64 festgelegt worden. Zum Kalkmergelsteinbruch der Ilse-Zementwerke einschließlich seiner Erweiterungsfläche wird ein Abstand von ca. 300m gehalten. Für dessen Erweiterung waren bis vor ca. zehn Jahren erheblich größere Flächen vorgesehen. Erst ihre Reduzierung hat den neuen Industriestandort möglich gemacht. Damit werden hier ca. 150 ha Industriefläche möglich, von denen heute ca. zehn Hektar der Autohof in Anspruch nimmt. Insgesamt dürfte der voraussichtliche Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen im Stadtgebiet für die nächsten zehn Jahre abgedeckt werden können.

Eine Sonderstellung wird weiterhin der Technologiepark haben. Diese Flächen sind in obiger Aufstellung nicht enthalten.

2.3.3. Infrastruktur

Verkehr

Der motorisierte Individualverkehr ist seit einigen Jahrzehnten eine Massenerscheinung. In der Nachkriegszeit wurde in der Regel über eine Erweiterung des Straßennetzes und damit eine Anpassung der Stadt an die Bedürfnisse des wachsenden Verkehrs nachgedacht.

Jahr	PKW		PESAG / Padersprinter	
	insgesamt	je 1.000 Einwohner	Beförderte Personen	Gefahrene Bus-Km
1970	14.700	216	6.776.123	1.459.800
1980	40.000	363	9.279.357	2.562.940
1990	56.189	467	8.744.468	2.808.000
2000	69.639	509	14.650.924	4.700.000

Seit den 80er Jahren steht stärker die Anpassung des Verkehrs an die städtischen Strukturen im Mittelpunkt. Hierbei geht es sowohl um Umschichtungen des Kfz-Verkehrs auf Busse, Bahnen und nichtmotorisierten Verkehr als auch um Verkehrsvermeidung durch Verringerung von Distanzen und Einsparung motorisierter Ortsveränderungen. In Paderborn werden keine wesentlichen Kapazitätserhöhungen des Straßennetzes gesehen, im Schienennetz sind sie möglich.

Der Stellenwert des so genannten Umweltverbundes ist bis Ende der 80er Jahre in Paderborn eher gering gewesen. Der Übergang vom Prinzip der Bedarfsdeckung zur Angebotsplanung hat bei der PESAG/Padersprinter, welche den Busbetrieb für Paderborn und Borcheln eigenverantwortlich durchführen, zu einer positiven Entwicklung der Fahrgastzahlen geführt. Die BVO, die die Stadt mit dem Umland verbindet, konnte die Fahrgastzahlen weitgehend konstant halten. Bei weiterer Kraftstoffverteuerung wird auch die Akzeptanz des ÖPNV weiter steigen, in gewissem Umfang sind die Angebote des ÖPNV noch verbesserungsfähig. Unbekannt ist, welche Auswirkungen eine Öffnung des Wettbewerbs auf den ÖPNV in Paderborn haben wird.

Energie

Da „ohne Energie nichts läuft“, haben die Höhe der Energiepreise und die Versorgungssicherheit im Hinblick auf die Langfristigkeit und Nachhaltigkeit der Stadtplanung erhebliche Bedeutung. Im Gegensatz zu der verbreiteten Vorstellung in der Öffentlichkeit – mitbeeinflusst durch die jüngste Senkung auf dem Stromsektor - muss bereits mittelfristig bei den übrigen Energiepreisen damit gerechnet werden, dass zumindest die Zeit „billigen Öls“ vorbei ist, langfristig ist mit deutlichen Preisanstiegen zu rechnen; Knappheit ist nicht auszuschließen. Auch auf dem Stromsektor ist wieder mit höheren Preisen zu rechnen, wenn die bestehenden Kraftwerke altersbedingt durch neue ersetzt werden müssen. In der Bundesrepublik wird dieser Prozess ab dem Jahre 2004 einsetzen und sich rasch vollziehen.

Dies bedeutet, dass weiterhin Investitionen im Bereich Energieeinsparung sowohl ökonomisch als auch ökologisch sinnvoll sein werden und mit diversen Förderungen von Bund und Land gerechnet werden kann. Der Trend wird weg von der Ölwirtschaft gehen und sich vermehrt auf dezentrale Energieanlagen, zunächst hauptsächlich gasbetrieben, später mit Wasserstofftechnik, Brennzellentechnik und regenerativen Energien verlagern. Dabei nimmt die Stadt Paderborn mit mehreren Windparks bereits heute eine Vorreiterrolle im Bereich der umweltfreundlichen erneuerbaren Energien ein, ist aber auch in Bezug auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes hier an Grenzen gestoßen.

2.4. Soziale und kulturelle Entwicklung

2.4.1. Bildung

Gegenwärtig vollzieht sich ein rapider Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, für die völlig neue Regeln gelten. Die Ressource "Wissen" und die Fähigkeit, Wissen zu erlangen und mit ihm umzugehen, sind für die Erhaltung der Stabilität und Prosperität unserer Gesellschaft unter sich ständig wandelnden Bedingungen von entscheidender Bedeutung. Das gilt im globalen wie im nationalen und lokalen Rahmen. Einmal erworbenes Schulwissen reicht nicht mehr aus, den Anforderungen eines im permanenten Umbruch begriffenen Berufs- und Alltagslebens gerecht zu werden. Der Mensch muss sich immer stärker auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens einstellen.

Unverzichtbare Grundlage zur Bewältigung dieser sich steigernden Herausforderungen ist ein vielfältiges praktisches, theoretisches und kreatives Bildungsangebot - ein Bildungsangebot, das, mit fließenden Übergängen und Überschneidungen, im Wesentlichen folgende Sparten umfasst:

Schulische Bildung mit dem Ziel der Vermittlung von Basis- und Allgemeinwissen sowie als Grundlage und zur Flankierung der Berufsausbildung (Lernen lernen),

Universitäre Bildung als qualifiziertester Bildungsabschluss,

Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger mit dem Ziel der Qualifizierung für die jetzigen und künftigen Anforderungen einer im permanenten Wandel begriffenen Gesellschaft,

Kulturelle Bildung zur Befriedigung von Bildungsbedürfnissen, die sich nicht primär aus ökonomischen Erfordernissen herleiten und mit dem Ziel des Erhaltes und der Steigerung eines attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandortes Paderborn einhergehen.

Soziale und ethische Bildung als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Integration

Als Oberzentrum wird sich Paderborn künftig einer besonderen Verantwortung für ein weiterhin vielfältiges Bildungswesen auf hohem Niveau gegenübersehen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Stadt als IT-Standort.

2.4.2. Kultur

Öffentliches Handeln für das Gemeinwesen im Hinblick auf Kultur kann auf verschiedenste Art begründet werden, etwa politisch, pädagogisch, staatsrechtlich, soziologisch, ökonomisch oder kunsttheoretisch. Gebräuchlich ist vor allem die den Traditionen der bürgerlichen idealistischen Philosophie verpflichtete politische Begründung, aber auch die dem Wohlfahrtsgedanken verpflichtete pädagogische Begründung. Zur Beschreibung der Rahmenbedingungen wird von zwei Erklärungsmodellen ausgegangen.

An erster Stelle steht eine vorrangig soziologische Beobachtung: Bisher gemeinschaftlich akzeptierte Grundwerte sind heute häufig nicht mehr konsensfähig, es existieren in der Gesellschaft verschiedene Lebensstile, so genannte kulturelle Milieus, deren jeweiliger kultureller Habitus vor allem der gesellschaftlichen Distinktion dient. Die Ausprägung der kulturellen Milieus sind letztlich Ausprägungen sozialer Geltungsansprüche mit kulturellen Mitteln. Die verschiedenen kulturellen Milieus sind nicht mit sozialen Schichten gleichzusetzen, sondern stehen quer zu diesen. Aufgabe der Politik ist es, diesen kulturellen Milieus gerecht zu werden, indem sie annehmbare Formen des Zusammenlebens und der Integration auch jenseits der Milieugrenzen findet und ermöglicht. Grundlage dazu ist, dass jedes Milieu mit seinen ästhetisch-kulturellen Präferenzen öffentlich Anerkennung findet,

etwa durch die Bereitstellung oder Förderung geeigneter, als Identifikationsangebot fungierender Kulturangebote.

Einige Begleitgrößen sind dabei unbedingt zu bedenken: einerseits die Begrenztheit der Ressourcen, andererseits die Frage, ob im Sinne des Gemeinwohls aus weltanschaulichen und ökonomischen Erwägungen alles in gleichem Maße förderungswürdig ist. Die Kulturarbeit der öffentlichen Hand muss sich in einer derart kulturell diversifizierenden Welt entscheiden, welche Angebote sie für sinnvoll und förderungswürdig hält.

Im Nebeneinander der kulturellen Milieus gibt es eine Paderborn-spezifische Ausgangslage:

Einerseits findet seit Jahren ein Öffnungsprozess statt, der mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 30 Jahre sowie der starken Zuwanderung in der jüngsten Vergangenheit einhergeht. Er begünstigt die Entwicklung zu einem echten großstädtischen Oberzentrum mit kulturellen Ereignissen, die längst nicht mehr provinziell sind. Gleichzeitig weicht dieser Prozess traditionell starke Bindungen auf. So existiert in der Stadt heute wie fast überall in Deutschland eine Vielzahl kultureller Milieus nebeneinander, und es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung im Grundsatz fortsetzt.

Andererseits ist noch eine ausgesprochen starke traditionelle Bindung festzustellen, aufgrund derer sich dieser Prozess von Öffnung und Aufweichung vergleichsweise langsam vollzieht. Die Kultur Paderborns ist seit jeher stark von der Rolle der Stadt als Oberzentrum in überwiegend ländlicher Umgebung sowie als Bischofsstadt geprägt worden. Das Bewusstsein darüber, eine starke historische Verwurzelung und ausgeprägtes Traditionsbewusstsein weiter Bevölkerungskreise, insbesondere der langansässigen Einwohner, ist eine Konstante, die sich auch in den kommenden zehn Jahren nicht entscheidend ändern wird. Diese Basis bietet die Chance, die kulturelle und gesellschaftliche Weiterentwicklung auch von diesem gesicherten Boden aus zu vollziehen.

Beides, sowohl die Tradition als auch die Öffnung, z.B. in Form neuer kultureller Milieus, ist in diesem Zusammenhang als Stärke Paderborns anzusehen.

Eine zweite Rahmenbedingung besteht in dem Bekenntnis zum Aspekt der Kultur als Instrument im Wettbewerb der Kommunen, als Repräsentation, als Imagefaktor, wobei das Image immer mit der Identität einhergehen muss, um glaubwürdig zu sein. Hier müssen gezielt Schwerpunkte bei besonderen Projekten gesetzt werden, die ein erkennbares Bild formen. Angesichts der Wechselwirkung von Identität und Image ist es geboten, den Traditionen Paderborns in besonderem Maße Rechnung zu tragen, da sie die größten Entwicklungschancen bieten, nicht Beliebigkeit, sondern ein erkennbares Bild zu erzeugen.

Für eine positive Entwicklung Paderborns wird es daher darauf ankommen, die kulturellen Milieus in ein angemessenes Verhältnis miteinander, aber auch mit den Imagezielen der Stadt zu bringen.

Im kulturellen Gefüge der Stadt ist ein Nebeneinander verschiedener Träger zu erkennen. Ein starkes Vereinswesen, Kirchen, Universität, Landschaftsverband, Stadt, private Stiftungen und Gesellschaften sowie kommerzielle lokale und überregionale Anbieter formen gemeinsam das kulturelle Leben der Stadt. Beispielhaft sei der Bereich der Museen und Galerien genannt. Hier verfügt die Stadt über die Städtische Galerie Am Abdinghof und in der Reithalle, das Historische und das Naturkundliche Museum im Marstall, das Museum für Stadtgeschichte und die ständige Ausstellung zur Baugeschichte des Schlosses im Remter. Darüber hinaus finden Ausstellungen in der Kulturwerkstatt sowie an diversen Orten (Paderquellgebiet, Rathaus) unter städtischer Federführung statt. Auch die städtische Bibliothek sowie die Schloss- und Auenpark GmbH richten regelmäßig Ausstellungen aus. An nicht-städtischen Einrichtungen existieren das Erzbischöfliche Diözesanmuseum, das Museum in der Kaiserpfalz, das Heinz Nixdorf MuseumsForum.

Dazu gehören auch noch das Deutsche Traktoren- und Modellautomuseum, das Schulmuseum und der Raum für Kunst e.V.. Dieses Angebot wird ergänzt durch die Ausstellungen des Kunstvereins, vor allem im Museum für Stadtgeschichte, sowie durch Ausstellungen in den örtlichen Kreditinstituten, bei der PESAG, gelegentlich in Kirchen und vielen anderen Einrichtungen. Besonders hervorzuheben ist hier die Arbeit des Fachbereichs Kunst der Universität im so genannten Kunst-Silo. Darüber hinaus existieren private Galerien und museale Einrichtungen wie etwa das Museum Ars sacrale.

Ähnliche Strukturen ergeben sich mit bestimmten Abweichungen auch für andere Sparten. Das für den Kulturbereich typische Erfolgsrezept ist, dass jede einzelne Institution ohne Rücksicht auf Proporz in möglichst großer Unabhängigkeit zunächst ein eigenes Profil entwickeln kann. Auf dieser Basis kann dann eine gezielte Zusammenarbeit entstehen, wie sie bereits jetzt nicht selten ist, insbesondere zwischen Stadt und nicht-städtischen Anbietern. Hier bestehen aber noch Verbesserungsmöglichkeiten wie auch im Bereich des Sponsoring, der sich bislang auf wenige Unternehmen und Banken konzentriert.

Zu unterscheiden sind im Gesamtgefüge einerseits die Angebote zur kulturellen Rezeption, andererseits die Angebote, sich selbst kulturell zu betätigen, wobei nur wenige Institutionen ausschließlich in einem Bereich tätig sind. So veranstaltet die Musikschule auch Konzerte, die Museen machen auch museumspädagogische Angebote. Zu unterscheiden ist idealtypisch außerdem nach Hochkultur(en) und Breitenkultur(en), wobei auch hier Überschneidungen bestehen. Eine dritte Strukturierung ist möglich nach eigenen Angeboten, z.B. den Westfälischen Kammerspielen mit ihrem eigenen Ensemble, und Gastveranstaltungen. Eine Sonderstellung nehmen hier die regelmäßigen regionalen Partner ein, vor allem die Nordwestdeutsche Philharmonie und das Landestheater Detmold.

Für die überregionale Profilbildung haben hochkulturelle Rezeptions-Angebote möglichst echter Paderborner Provenienz eine Vorrangstellung. Die enorm positiven Wirkungen der Karolinger-Ausstellung haben dies eindrucksvoll gezeigt. Ähnliches wird mit der Etablierung des Festivals Musica sacra angestrebt.

Für die Bevölkerung vor Ort sind Breitenkultur, auch in Form von Gastspielen, und die Möglichkeiten eigener Betätigung von mindestens gleichrangiger Bedeutung. In diesem Bereich ist auch die Brauchtums- und Heimatpflege anzusiedeln, die sehr wesentlich zum Selbstverständnis großer Teile der Bevölkerung beiträgt, beispielhaft seien hier nur das Schützenwesen und die durch ehrenamtliches Engagement geförderte Freilichtbühne in Schloß Neuhaus genannt.

Die Pole sind nicht unabhängig voneinander, sondern bedingen einander: Paderborn wird sich nur auf Gebieten profilieren können, die der kulturellen Identität mindestens wichtiger Teile der Bevölkerung entsprechen. Daher müssen beide Seiten in ein angemessenes Verhältnis zueinander gebracht werden.

Das Vorhalten bestimmter kultureller Einrichtungen und Angebote ist ein wesentliches Indiz für die Positionierung im Wettbewerb der Städte und der Funktion als Oberzentrum. Hier hat Paderborn insbesondere auf dem Museums- und Ausstellungssektor in den 90er Jahren erhebliche Fortschritte gemacht. Auf anderen Gebieten sind Defizite, etwa das Fehlen einer Großveranstaltungshalle oder die räumliche Unterbringung von Kultureinrichtungen, unübersehbar.

2.4.3. Sport/Freizeit

Der Deutsche Sportbund hat Paderborn bereits 1993 aufgrund seiner differenzierten sport- und freizeitorientierten Infrastruktur sowie des sportlichen Engagements und der damit verbundenen Identifikation seiner Bürgerinnen und Bürger mit dem Sport den anspruchsvollen Titel "Sportstadt" verliehen. Zudem hat der Landessportbund NRW gemeinsam mit dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport im Jahr 2001 den Prozess einer nachhaltigen Sportentwicklung in Paderborn gewürdigt. Paderborn entspricht dem Leitbild "Die sportgerechte Stadt".

Nach den Erkenntnissen aus der Sportverhaltensstudie 1993 bezeichneten sich rund 82% der Bevölkerung als sportlich aktiv. Selbst unter Berücksichtigung einer Mindestleistung von einer Stunde Sport pro Woche waren es immer noch 62% aller Bürgerinnen und Bürger. Nach aktuellen Statistiken des Landessportbundes sind über 38.000 Einwohner Mitglied in einem Sportverein. Damit gehen mehr als 48.000 Paderborner und Paderbornerinnen einer sportlichen Betätigung im Rahmen ihrer Freizeitgestaltung außerhalb von Vereinen nach.

Die 122 Sportvereine bieten für einen über die Stadtgrenzen hinausgehenden Einzugsbereich in nahezu 50 Sportarten ein vielfältiges Sport- und Freizeitangebot an. Darüber hinaus besteht eine breite Palette unterschiedlicher gewerblicher Sport- und Freizeitangebote. Die Bandbreite des Sportangebotes geht vom Leistungs- und Spitzensport (Bundesliga, Einzeldisziplinen, Landesleistungsstützpunkte) über den Freizeit- und Breitensport bis hin zu einem differenzierten kompensatorischen Sportangebot.

Das hohe Niveau im Leistungssport findet auch eine entsprechende Medienresonanz und trägt damit zum Bekanntheitsgrad der "Sportstadt" Paderborn bei. Neben den Ensembles in den Mannschaftssportarten sind dies auch zahlreiche Sportlerinnen und Sportler in Einzelsportarten. Ebenso hat sich die Paderborner Vielseitigkeitssichtung mit Beginn im 3. Schuljahr bundesweit zu einem Markenzeichen der Stadt entwickelt. Am Reismann-Gymnasium wurde mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 ein Teilinternatsbetrieb für Sporttalente eingerichtet. Ferner spielen Sportwissenschaft und der Hochschulsport eine gewichtige Rolle. Mit dem regelmäßigen Spielbetrieb der Paderborner Sportvereine, Meisterschaften auf unterschiedlichen Ebenen, Sonderveranstaltungen, Turnieren, Tagungen und Kongressen besteht ein umfassendes Veranstaltungsangebot.

Grundlage für die Sport- und Freizeitaktivitäten ist eine, auch der Aufgabenstellung als Oberzentrum entsprechende, Infrastruktur. Dazu zählen u.a. 32 Sportplätze für Fußball und Baseball, 13 Kleinspielfelder und 20 Bolzplätze, 45 Turn- und Sporthallen, der Ahornsportpark (u.a. mit Leichtathletikhalle, Ballspielflächen, Squash-Courts, 200m Rundbahn), ein freizeitorientiertes Schwimmbad (Schwimmoper), drei Hallen- und zwei Freibäder, der Lippe-See, zwei Wasserski-Seilbahnen, ein Sonderlandeplatz Haxterberg, vier tlw. beleuchtete Laufpfade, zwei Golfplätze, die Golfakademie sowie weitere Sondersportanlagen für Reitsport, Bogenschießen und Trendsportarten. Die zahlreichen Rad-, Reit-, Wasser- und Wanderwege sind Grundlage für eine aktive Naherholung.

2.4.4. Soziales

Der fortschreitende Prozess der Urbanisierung bietet zunächst eine Reihe positiver Auswirkungen für die Bevölkerung. Die Stadt Paderborn ist seit langem Kultur- und Bildungsträgerin für die Bürgerinnen und Bürger und darüber hinaus in ihrer Eigenschaft als Oberzentrum auch für die Region. Außerdem bietet sie den Bürgern gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine große Bandbreite an attraktiven Arbeitsplätzen.

Allerdings sind mit der zunehmenden Urbanisation auch eine Reihe von Problemen und Risiken verbunden, die sich gegenseitig beeinflussen und damit zum Teil verstärken. Dies sind insbesondere die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit (Jahresdurchschnitt 2001: Paderborn 10,9%, NRW 9,6%, D 10,3%, alte Bundesländer 8,3%) und hier gerade die Jugendarbeitslosigkeit, die zum Teil noch immer unzureichende Integration ausländischer Mitbürger sowie Drogenprobleme und steigende Kriminalität. Der hohe Lebensstandard und

die hohe Lebensqualität der Menschen in Paderborn werden künftig nur zu erhalten sein, wenn diesen Problemen entschieden entgegengetreten wird. Die wachsenden Anforderungen an die soziale Sicherung und die soziale Infrastruktur haben dazu geführt, dass die Kommune sie nicht alle selbst erfüllen kann.

Eine steigende Lebenserwartung durch den technischen und medizinischen Fortschritt, der Trend zur Kleinfamilie, wenn nicht gleich zum Zwei-Personen- oder Single-Haushalt, und gestiegenes Anspruchsdenken in immer mehr Bereichen des täglichen Lebens sind die Trends der modernen Gesellschaft. Das führt zu einer zunehmenden Belastung, ja Überlastung des sozialen Netzes. Die Kräfte aller sozialen Fachbereiche für das gemeinsame Ziel der "Sozialen Stadt" zu bündeln, ist daher eine große Herausforderung für die Zukunft.

Schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten, setzt die Stadt einen Schwerpunkt auf die sehr gute Kooperation mit und zwischen den Freien Trägern. Von den freien Wohlfahrtsverbänden über soziale Institutionen, Vereine und Initiativen bis hin zu Selbsthilfegruppen werden in Ergänzung der städtischen Leistungen zahlreiche Dienste, Leistungen und Hilfen angeboten, die in ihrer Gesamtheit zu einem dichten sozialen Netz verwoben sind. Dieses Netz umspannt nahezu alle Bevölkerungsgruppen und -schichten und bietet Hilfsangebote für nahezu alle Problemsituationen des täglichen Lebens an.

Begonnen wird in der Regel mit Beratungsangeboten. Wenn diese allein im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe nicht (mehr) ausreichen, werden konkrete Unterstützungsmaßnahmen angeboten, z.B. im Bereich der ambulanten, teilstationären und stationären Hilfen für alte und/oder pflegebedürftige Menschen.

Diejenigen, die die Stadt in ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge und -fürsorge entlasten, werden ideell und auch finanziell gefördert, wodurch eine stetige Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur gesichert wird. So werden den Trägern der Altenhilfeeinrichtungen Investitionskostenzuschüsse bei Neubau- oder Erweiterungsmaßnahmen gewährt.

Die Stadt Paderborn wird künftig noch stärker als bisher gefordert sein, ein attraktives Lebensumfeld mit bedarfsgerechten infrastrukturellen Angeboten für alle gesellschaftlichen und sozialen Gruppen zu bieten, wobei besondere Schwerpunkte in den Gruppen der Kinder und Jugendlichen, der Behinderten, der Senioren/innen, der Ausländer/innen und der Aussiedler/innen zu sehen sind.

Eine auf die Zukunft gerichtete Jugendpolitik ist daran zu erkennen, dass junge Menschen als eines der wichtigsten Potenziale für die Weiterentwicklung der Stadt gesehen werden. Deshalb sind die Förderung junger Menschen im Sinne von Prävention, die Schaffung gleicher Bildungs- und Ausbildungschancen im Sinne von Integration, die Beteiligung an politischen Prozessen im Sinne von Partizipation und die Bereitstellung von attraktiven Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt unverzichtbare Grundlagen für das Erreichen der Ziele. Eine besondere Herausforderung ist dabei die zu beklagende Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen, einhergehend mit beruflicher Chancenlosigkeit, Jugendkriminalität und dem gesamten Spektrum der Drogenproblematik.

Obwohl Paderborn gemessen am Bundes- und Landesdurchschnitt eine relativ junge Stadt ist, wird auch die Seniorenpolitik in Zukunft zunehmende Anstrengungen verlangen. Über 28.400 Bürgerinnen und Bürger sind 60 Jahre und älter, das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 20,5%. Dabei stehen nicht mehr allein die klassischen Probleme des Alters, wie Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung, im Mittelpunkt. Vielmehr erstreckt sich eine moderne Seniorenpolitik auf alle Bereiche des Alltags, um einer selbstbestimmten und erfüllten Lebensführung im Alter gerecht zu werden.

Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung, und hier speziell unter dem Aspekt der Zuwanderung, ist die Integration der wichtigste Gesichtspunkt. Als kontinuierlich weiterzuentwickelnde Aufgabe kann sie aber nur Erfolg haben, wenn sie von der heimischen Bevölkerung mitgetragen wird. So sind wechselseitige Akzeptanz und Toleranz zwischen den Bevölkerungsgruppen, aber auch Chancengleichheit und Gleichberechtigung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft, wesentliche Voraussetzungen für gelungene Integration.

Das gesamte soziale Netz steht und fällt mit der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen.

Abschließend ist festzustellen, dass sich die finanzielle Situation der Stadt gerade auch auf das soziale Paderborn in jeder Beziehung spürbar auswirkt. Eine gute soziale Infrastruktur ist aber auch ein wichtiger weicher Standortfaktor für die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Entwicklung der Stadt. Die effiziente Bereitstellung einer bedarfsgerechten sozialen Infrastruktur ist sehr kostenintensiv und kann nur auf der Basis aussagekräftiger Datenerhebungen optimiert werden.

2.5. Finanzen

Die Entwicklung der städtischen Finanzen verlief in den 90er Jahren uneinheitlich. Die ersten Jahre waren von hohen Investitionen gekennzeichnet, die durch den starken Zuzug bzw. das starke Bevölkerungswachstum notwendig wurden, sei es Neubau oder Erweiterung von Kindergärten und Schulen, sei es die Ausweisung und Erschließung neuer Baugebiete. Diese Investitionen wurden in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts deutlich zurückgeführt. Die Steuereinnahmen zeigen zwar einen Trend nach oben, aufgrund nicht beeinflussbarer Faktoren war die Höhe im Zeitablauf aber stark schwankend. Der Schuldenstand war bis Mitte der neunziger Jahre rückläufig, steigt seit 1995 aber wieder an.

Die Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren ist ungewiss. Zwar befindet sich die Wirtschaft in einer Phase des Aufschwungs, ohne dass damit aber notwendigerweise eine Verbesserung der kommunalen Finanzsituation verbunden wäre. Allein die beschlossene Steuerreform, einhergehend mit einer starken Erhöhung der Gewerbesteuerumlage, führt zu gravierenden Einschnitten in die kommunalen Haushalte. Das bereits seit Jahren bestehende Spannungsverhältnis zwischen erzielbaren Einnahmen einerseits und den Ausgaben andererseits wird zudem durch den seit einiger Zeit festzustellenden Anstieg des Zinsniveaus verstärkt. Die bundesstaatlichen Vorgaben stellen sowohl für die Kommunen als auch für die Länder auf Jahre hinaus belastende Faktoren dar.

In dieser durch erhebliche Unsicherheiten geprägten Gesamtsituation muss die Stadt bemüht sein, ihren Handlungsspielraum nicht zu verlieren. Dabei ist darauf zu achten, den ohnehin beengten Gestaltungs- und Handlungsspielraum durch Ausdehnung der geplanten Kreditaufnahme nicht noch weiter zu verengen.

Steuereinnahmen, Investitionen und Schuldenstand haben sich in den Jahren von 1990 bis 2000 wie folgt entwickelt:

Jahr	Einwohner laut Landesamt	Einnah- men *)	Investi- tionen	Schulden	Einnah- men *)	Investi- tionen	Schulden
1990	118.573	95.638	86.276	147.299	807	728	1.242
1991	122.663	103.820	89.385	141.534	846	729	1.154
1992	126.993	127.784	127.660	124.973	1.006	1.005	984
1993	129.450	115.396	105.724	125.458	891	817	969
1994	130.669	126.687	93.045	126.757	970	712	970
1995	132.100	113.742	86.489	134.757	861	655	1.020
1996	134.640	125.257	78.380	149.745	930	582	1.112
1997	135.923	131.066	73.374	174.867	964	540	1.287
1998	136.156	132.361	53.940	69.307	972	396	509
1999	136.837	130.002	45.186	72.377	950	330	529
2000	138.205	136.505	46.901	79.167	988	339	573

(1998 wurde der Stadtentwässerungsbetrieb als Eigenbetrieb ausgegliedert, der Schuldenstand mit STEB belief sich 1998 auf 182.075.000 EUR bzw. 1.337 EUR je Einwohner, 1999 auf 186.853.000 EUR bzw. 1.366 EUR je Einwohner und 2000 auf 188.073.000 EUR bzw. 1.361 EUR je Einwohner)

*) Steuereinnahmen und Allgemeine Zuweisungen

Das Wachstum der Stadt um über 18.000 Einwohner in einem Zeitraum von nur zehn Jahren hat ganz erhebliche Investitionen in die Infrastruktur notwendig gemacht. Allein für den Bau von Schulen und Kindergärten waren von 1990 bis 1999 rd. 56 Mio. EUR an städtischen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

So nachvollziehbar jeweils die Gründe für Investitionsentscheidungen sind, so steht gleichwohl fest, dass die Stadt Ende 2001 rd. 85,5 Mio. EUR Schulden hatte. Die Investitionsplanung für die Jahre 2002 bis 2004 sieht eine weitere Erhöhung der Brutto-Kreditaufnahme von 51 Mio. EUR vor. Dem stehen in diesem Zeitraum planmäßige Tilgungen in Höhe von 9,3 Mio. EUR gegenüber, so dass der Schuldenstand bis zum Jahre 2004 auf 127 Mio. EUR ansteigen wird.

Zinsen und Tilgungsleistungen werden damit zu einer immer größeren Belastung des städtischen Haushalts. Die Haushaltspolitik wird deshalb immer stärker herausgefordert sein, die städtische Gesamtverschuldung mittelfristig einzudämmen und längerfristig zurückzufahren. Dass größere Investitionen meist nicht ohne Fremdmittel zu finanzieren sind, ist Realität. Das wird im übrigen umso mehr der Fall sein, je stärker sich das Land wegen seiner eigenen Finanzsituation aus der Förderung kommunaler Investitionen zurückzieht. Sind aber Investitionen im Interesse der Stadtentwicklung erforderlich und ohne Kredite nicht zu finanzieren, dann muss die Kreditaufnahme in einem angemessenen Verhältnis zur eigenen Leistungsfähigkeit der Stadt stehen. Das bedeutet, dass die Stadt in der Lage sein muss, einen Teil der Investitionskosten aus eigenen nicht kreditfinanzierten Mitteln aufzubringen.

Neben der Belastung aus der Kreditfinanzierung verursacht jede Infrastrukturmaßnahme zwangsläufig Folgekosten. Diese aus den laufenden städtischen Steuereinnahmen und den allgemeinen Zuweisungen des Landes zu finanzierenden Folgekosten belasten den Haushalt nachhaltig. Das kann dazu führen, dass sich die Schere zwischen den erzielbaren Einnahmen und bedarfsnotwendigen Ausgaben immer weiter öffnet. Der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich gerät somit immer mehr in Gefahr mit der Folge, dass der politische Gestaltungsrahmen und Handlungsspielraum für längere Zeit verloren geht.

3. Das Leitbild der Stadtentwicklung

Ein Leitbild für die weitere Entwicklung der Stadt wurde zuerst von der 1993 ins Leben gerufenen Standortkonferenz Paderborn entwickelt. Dabei wurde u.a. das Thema "Nachhaltigkeit" besonders gewürdigt, in den Maßnahmen der Standortkonferenz aber nicht ausdrücklich berücksichtigt. Von der 1998 gestarteten Lokalen Agenda 21, die ihrerseits ein eigenes Leitbild entwarf, wurde das Thema "Nachhaltigkeit" wieder aufgegriffen. Beide Leitbilder ergänzen einander in fast idealer Weise und sollen daher gemeinsame Grundlage für die weitere Stadtentwicklung sein.

Leitbild Paderborn 2010

Im Jahr 2010 ist Paderborn ein innovativer, attraktiver Lebens- und Wirtschaftsstandort. Die Bürgerinnen und Bürger sind stolz auf die gemeinsam erarbeiteten Resultate und schauen zuversichtlich den Herausforderungen der Zukunft entgegen.

Paderborn hat sich mit seinen gesellschaftlichen Gruppierungen das Ziel gesetzt, einen Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Belangen sowie zwischen den Geschlechtern und Generationen zu erreichen. Die Förderung des friedvollen Zusammenlebens der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die globale Verantwortung sind dafür Grundlage.

Mit dieser Zielsetzung ist verbunden, die sich daraus abzuleitenden Anforderungen bei allen öffentlichen, wirtschaftlichen und privaten Entscheidungsprozessen gleichwertig zu verfolgen und gegeneinander abzuwägen.

Die Stadt Paderborn orientiert sich daher unter besonderer Berücksichtigung der Paderborner Potenziale an folgenden Leitlinien:

1. Paderborn baut seine Stellung als leistungsstarker Wirtschafts- und attraktiver Lebensstandort im Sinne eines Oberzentrums der Region aus.

Im Schnittpunkt Deutschlands und Europas ist Paderborn ein attraktiver Handelsplatz, eingebettet in einem breitgefächerten und leistungsfähigen Branchenmix von Handwerk, Mittelstand, Industrie und HighTech-Unternehmen. Paderborn stärkt gezielt sein Image als IT-Standort und setzt die Bemühungen der 90er Jahre fort, sich auch über die Region hinaus als Sport- und Kulturstadt zu profilieren, um so auch städtetouristische Akzente zu setzen.

2. Paderborn stellt sich als Gemeinwesen mit sozialer Verpflichtung, globaler Verantwortung und einem vorbildlichen Integrationsverhalten gegenüber allen benachteiligten Gruppen dar.

Dabei setzt die Stadt Paderborn auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger und verwirklicht ihre sozialen Ziele vor allem durch die Unterstützung der Freien Träger.

3. Paderborn zeichnet sich aus durch seine besondere Rücksichtnahme auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen und die Partizipation dieser heranwachsenden Generation am gesellschaftlichen und politischen Leben.

Paderborn ist ein hervorragender zukunftsorientierter Bildungsstandort mit einem kompletten Angebot von Kindergarten und Grundschule bis zur Universität und einem breit gefächerten Mix von Berufsbildenden Schulen und vielfältigen Weiterbildungseinrichtungen. Die Stadt Paderborn fördert das Vereinsleben in den unterschiedlichen Bereichen, um insbesondere Kindern und Jugendlichen eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

4. Paderborn ergreift und unterstützt Maßnahmen zum Schutz natürlicher Ressourcen und zum Einsatz regenerativer Energien.

Paderborn ist eine durchgrünte Großstadt. Bei der aufgrund des Bevölkerungswachstums erforderlichen Baulandmobilisierung vor allem im Innenbereich soll Paderborn diesen Charakter bewahren.

5. Paderborn schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für eine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter.

Dabei setzt Paderborn weiterhin darauf, durch gezielte Maßnahmen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und ausreichende Beteiligungsmöglichkeiten auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zu erleichtern.

6. Paderborn ist wertebewusst, weltoffen und zukunftsorientiert.

Durch gelebte Subsidiarität und die Stärkung des Ehrenamtes setzt Paderborn weiterhin auf die aktive Bürgergesellschaft.

7. Paderborn ist sich der zentralen Bedeutung und Funktion bewusst, welche die Familien für das Leben in dieser Stadt haben.

Die Stadt unterstützt die Familien bei der Erfüllung ihrer zentralen Aufgaben und reagiert mit entsprechenden Hilfeleistungen auf die Veränderungen und den Wandel, denen heutige Familienstrukturen unterliegen. Paderborn wirkt auf ein familienfreundliches Klima in der Stadt hin und stärkt die Handlungskompetenz und Eigenverantwortlichkeit der Familien.

Wirtschaftsstandort

I. Ausgangslage

Paderborn wird als eine der wachstumsstärksten Regionen in NRW bezeichnet und ist damit auch gegenüber der Bundesebene gut positioniert. Ausgangspunkt dafür sind ein guter Branchenmix mit der Dominanz wachstumsstarker Unternehmen und Branchen, eine Vielzahl von Unternehmen in Familienbesitz, ein erfolgreicher Mittelstand, ausgezeichnete Arbeitsplatzperspektiven und eine junge Bevölkerung mit traditionell guter Qualifizierung. Paderborn hat sich ferner in einem der Schlüsselbereiche der Wirtschaft der nächsten zehn Jahre, der Informationstechnologie (IT), bereits positioniert. Moderne Industrie und moderne Wirtschaft auf traditionellem Boden bilden die Basis, auf der sich, getragen von sozialer Kompetenz, die Region nach vorn bewegt.

Um sich die hieraus ergebenden Potenziale zu erschließen, gilt es, Herausforderungen im Bereich der Bildung, der Infrastruktur, des Arbeitsmarktes etc. zu bestehen. Die gesamte Wirtschaft benötigt für eine weitere positive Entwicklung Verbesserungen in all diesen Bereichen. Im Folgenden stehen die Herausforderungen im Vordergrund, die zu einer Stärkung der Position Paderborns im Standortwettbewerb beitragen und durch die Kommune steuerbar sind.

II. Generelle Ziele

1. Förderung des qualitativen Wirtschaftswachstums unter Berücksichtigung des Aspektes der Nachhaltigkeit und der Reduzierung der Arbeitslosigkeit
2. Weiterentwicklung der Infrastruktur, insbesondere des öffentlichen Verkehrs (vor allem Flughafen und Bahnverkehr) und der Flächenvorsorge
3. Weitere Öffnung Paderborns, z. B. durch die Internationalisierung des Schulangebotes in Absprache mit allen Schulträgern und Erhöhung des Anteils der ausländischen Studenten
4. Überwindung der Spaltung des Arbeitsmarktes
5. Qualifizierungsoffensive für die relativ junge Bevölkerung (vor allem für die erste, zweite und dritte Generation der Migrantinnen und Migranten)
6. Stärkere Aufschließung der Potenziale weiblicher Arbeitskräfte
7. Förderung der Akquisition von Arbeitskräften zur Deckung des Fachkräftemangels, vor allem aus Deutschland, dem EU-Raum und erforderlichenfalls darüber hinaus.
8. Die Sicherung der Entwicklung bestehender Unternehmen am Standort Paderborn erhält eine hohe Priorität durch die Weiterentwicklung von adäquaten Rahmenbedingungen
9. Stärkung des Handelsstandortes durch eine Ausweitung des Handels in der Innenstadt
10. Definition von Schlüsseltechnologien, die für die künftige Entwicklung des Standortes in Verbindung mit der Universität Entwicklungspotenziale für Paderborn enthalten
11. Initiativen zur Ansiedlung von wissenschaftlichen Instituten und Großforschungseinrichtungen
12. Die Gründungspotenziale werden systematisch weiter entwickelt
13. Initiative zur Ansiedlung von Unternehmen, auch aus dem Ausland
14. Konzertierte Aktion zur Verbesserung des Paderborner Stadtmarketings
15. Ausbau des Städtetourismus, unter besonderer Berücksichtigung des Bereichs Tagungen, Kongresse, Messen
16. Stärkung der außenwirtschaftlichen Position Paderborns durch Netzwerke im Vertrieb, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
17. Weiterentwicklung der harten und weichen Standortfaktoren zur Stärkung der Standortattraktivität
18. Sicherung eines niedrigen kommunalen Abgabenniveaus zur Standortstärkung
19. Technologietransfer

- 20. Aufbau und Weiterentwicklung von Dienstleistungszentren, Technologiepark
- 21. Weitere Profilierung Paderborns als IT-Standort

Das Anstreben und Erreichen dieser wirtschaftlichen Ziele hat natürlich positive Auswirkungen auch auf andere Bereiche. Insbesondere dürften sich soziale Probleme deutlich entschärfen. Aber auch die Wirtschaft selber kann durch die verstärkte Förderung und Honorierung ehrenamtlichen Engagements in den sozialen Problemfeldern tätig werden.

Gleichzeitig ist es für Paderborn notwendig, sich auch in den nächsten Jahren konzeptionell mit der Zeit nach 2010 auseinander zu setzen, denn letztlich wurde die Basis für die heute guten Ausgangsbedingungen in Paderborn schon vor mehr als 30 Jahren gelegt. Schenkt man den Zukunftsforschern und Wirtschaftswissenschaftlern Glauben, wird sich an das Zeitalter der Informationstechnologie das Zeitalter der Gesundheit, Freizeit und Umwelt anschließen. Dieses wird ausgelöst durch einen sehr hohen Stand der Technik und der Tertiärisierung (Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft), verbunden mit einer stark zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der daraus resultierenden Veränderung der Bedürfnisse in der Gesellschaft.

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Image

Positionierung Paderborns als moderne Großstadt im Sinne der Standortkonferenz und des Agenda-Prozesses

Im Rahmen des Standortmarketings gilt es an bestehende Potenziale anzuknüpfen und diese weiter zu entwickeln. Das Zugpferd stellt in Paderborn die IT-Branche dar, hier besitzt die Stadt schon heute Alleinstellungsmerkmale gegenüber anderen Regionen, deshalb ist die IT-Branche als Image-Träger für ein modernes und dynamisches Paderborn zu entwickeln. Von dieser Profilbildung werden auch die übrigen Wirtschaftsbereiche profitieren.

Allgemeine Wirtschaftsförderung

Unternehmensfreundlichkeit und ein positives wirtschaftspolitisches Klima zur Stärkung der Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft

Die klassischen Aufgaben der Wirtschaftsförderung - hierzu zählen Bestandspflege, Unterstützung bei Unternehmensneugründungen und -neuansiedlungen - werden weiterhin zentral durchgeführt, um der Wirtschaft eine Anlaufstelle, die in der Nähe des Bürgermeisters angesiedelt ist, anzubieten. Die Arbeit des internen Schnellentscheidergremiums wird konsequent weiter geführt, um flexibel An- und Umsiedlungsfragen zu lösen.

Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen genießen gewerbliche Vorhaben oberste Priorität. Die Mischung von Wohnen und Arbeiten, vorzugsweise in den eher dörflich strukturierten Ortsteilen, erfordert entsprechend geänderte Bebauungspläne.

Die Bindung von Führungskräften aus der Wirtschaft an Paderborn ist durch attraktive Wohnangebote zu Marktpreisen zu unterstützen. Aber auch auf ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Kulturangebot ist in diesem Zusammenhang besonders zu achten.

Die Werbemöglichkeiten in der Stadt werden verbessert. In diesem Zusammenhang ist über die Aufstellung von Infotafeln, verbunden mit einer verbesserten Ausschilderung der Hotels, touristischer Attraktionen und der Gewerbegebiete, zu entscheiden. Diese Maßnahme wird gleichzeitig verkehrslenkend wirken. Finanzielle Mittel zur Realisierung erster Schritte sind im Haushalt 2002 enthalten. Die Umsetzungsplanung wird den entsprechenden Ausschüssen zur Jahresmitte 2002 vorgelegt.

Die derzeitige Struktur des Stadtmarketing und der Fremdenverkehrsförderung ist zu optimieren. Die Verwaltung legt dem Rat in der ersten Jahreshälfte 2002 ein Konzept vor, welches die bisherigen Aktivitäten zusammenfasst und weitere Akteure in der Stadt einbezieht. Tagungen, Ausstellungen und Kongresse lassen für Paderborn den Ausbau der Stellung als moderne Großstadt erwarten und werden in die Konzeption mit einbezogen.

Der weitere Ausbau von Kooperationen zwischen Paderborner Firmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erschließung regionaler Absatzmärkte ist ein wichtiges Ziel. Aktivitäten, wie das Firmenforum, werden weiterhin initiiert und koordiniert. Als erster Schritt wird ein Unternehmersymposium (in Analogie zur ursprünglichen Konzeption der Standortgespräche) initiiert. Diese Plattform soll dem Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung dienen und sollte gemeinsam mit den anderen unternehmensnahen Institutionen wie Industrie- und Handelskammer (IHK), Kreishandwerkerschaft (KH) und Arbeitgeberverband veranstaltet werden. Um neue Impulse durch den Aufbau von Unternehmensnetzwerken im Bereich der Zulieferer zu realisieren, wird der örtlichen Wirtschaft im Laufe des Jahres 2002 ein Angebot gemacht.

Im Bereich der hochstiftweiten Arbeitsmarktpolitik wird sich Paderborn stärker positionieren. Es bieten sich somit bessere Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren und die Integrationsmöglichkeiten von Zuwanderern und sozial Schwächeren zu verbessern. Auch künftig werden für und mit der Wirtschaft Perspektiven für sozial schwache Personen entwickelt. Dabei geht es um Strategien der Integration des zweiten Arbeitsmarktes (Stellen, gefördert durch die Arbeitsverwaltung; Arbeit statt Sozialhilfe; Integration von Behinderten; Ehrenamt) in ein Gesamtgefüge der regionalen Wirtschaft. Die Wirtschaft selbst soll hier Mitverantwortung übernehmen. Die Initiativen des zweiten Arbeitsmarktes dürfen aber nicht zu unfairer Konkurrenz und Wettbewerbsverzerrungen führen.

Die Europäisierung und Internationalisierung Paderborns wird weiter voran getrieben.

Es wird eine Transferstelle zur Unterstützung vor allem von kleineren und mittleren Unternehmen eingerichtet, die bei der Nutzung von Fördermitteln und bei der Erschließung der neuen Märkte auf EU-Ebene berät.

Die Städtepartnerschaften werden gerade im Hinblick auch auf Unternehmenskooperationen intensiver genutzt.

Die weitere Internationalisierung der Paderborner Schul- und Bildungslandschaft (z.B. fremdsprachlicher Unterricht im gesamten Fächerkanon) wird in Zusammenarbeit mit allen Schulträgern angestrebt.

Erhalt des zur Zeit positiven Gründungsklimas

Es ist erklärtes Ziel der Stadt Paderborn, das positive Gründungsverhalten noch stärker zu nutzen. Hierzu wurde die Fortführung des Gründerfonds Paderborn beschlossen, genauso wie die Vorhaltung von spezifischen Beratungsangeboten, z. B. Technologie-Beratung, Beratung von Existenzgründerinnen und -gründern und von Unternehmensnachfolgern.

Gleichzeitig ist für mehr Transparenz im Hinblick auf Förderprogramme durch das erweiterte Internetangebot zu sorgen.

Im Hinblick auf die Finanzierungsmöglichkeiten, u. a. zum Risikokapital, hat es mit der Standortkonferenz eine Vielzahl von positiven Impulsen gegeben, die bereits umgesetzt wurden. Im Jahr 2001 wurde der lokale Risikokapitalfonds TECHNO aufgelegt, aus dem bereits mehrere Unternehmen Geldmittel bezogen haben. Diese Entwicklungen sind weiter zu begleiten.

Um verstärkt an bestehenden Potenzialen anzusetzen, profiliert sich Paderborn nicht nur allgemein als IT-Standort, sondern als DIE GRÜNDERSTADT für die IT-Branche mit einem gründerfreundlichen Klima, einer innovativen Verwaltung, die auch für eigene Pilotprojekte offen ist, mit spezifischen Beratungsangeboten, Venture Capital, günstigen Grundstücken und Mietflächen, qualifiziertem Personal, „Keimzellen“ für potenzielle Gründer mit innovativen Ideen.

Stärkere Einbeziehung der Wirtschaft in eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung

Einführung des Projektes „ÖkoProFit“. Mit Hilfe der Wirtschaftsverbände werden Umweltschutz- und Energiesparmaßnahmen in Unternehmen angestoßen, auch im Hinblick auf erneuerbare Ressourcen, die zu finanziellen Einsparungen und einer deutlichen CO²-Minderung führen. Dabei sind Eigenengagement und eine aktive Mitwirkung der Wirtschaft unerlässlich.

Der Handel von fair gehandelten Produkten wird gefördert. Öffentliche Einrichtungen werden vorbildhaft fair gehandelte Produkte, z.B. Tee, Kaffee, verwenden.

Ausweisung/Nutzung von Gewerbe- und Industriestandorten

Planung des weiteren Flächenbedarfs für die Gewerbe- und Industrieentwicklung

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass geeignete Flächen in ausreichendem Maß bis zum Zeitpunkt 2010 im Stadtgebiet ausgewiesen werden können. Zur Strategie-Entwicklung ist im Laufe des Jahres 2001 eine detaillierte Kartierung der GE/GI-Gebiete durchgeführt worden. Auf dieser Grundlage ist ein Gewerbeflächenbedarfsplan aufzustellen, der die Nachfrage der örtlichen Wirtschaft mit den Zielen einer verfeinerten Ansiedlungspolitik (Synergien durch Zuliefer-Abnehmer-Strukturen) verknüpft. Darüber hinaus wird die Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete und interkommunaler Absprachen zwischen den Kommunen wegen inhaltlicher Ausrichtungen der Gebiete angestrebt, um die Region insgesamt zu stärken und ein gegenseitiges Ausbooten in der Ansiedlungspolitik zu vermeiden. Ein weiteres Ziel ist es, auch in Zukunft kostengünstige Gewerbeflächen bereitzustellen.

Ansiedlung von Gewerbe-, Handels-, Dienstleistungs- und Industrieunternehmen

Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, genießen eine optimale Unterstützung. Die Vermarktung der neuen GE- und GI-Flächen Mönkeloh-West wird durch eine aktive Akquisition begleitet. Hierzu wird eine Konzeption erarbeitet mit der Zielsetzung, auch Unternehmen mit einem Angebot für ungelernte bzw. angelernte Arbeitskräfte anzusiedeln, auch wenn hierfür ein höherer Flächenverbrauch und kostengünstige Grundstückspreise Voraussetzung sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die Unternehmen eine wichtige Ergänzung der örtlichen Wirtschaftsstruktur bedeuten. Darüber hinaus werden die Belange der örtlichen Wirtschaft im Sinne der Bestandspflege einbezogen. Dieses gilt insbesondere für die expandierenden Paderborner Unternehmen mit ihrer Nachfrage nach kostengünstigen Flächen für Bürostandorte, kleinteiliges Gewerbe, u.a.

Handwerksbetriebe als ein Mittel der Beschäftigungsförderung und aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Bei der Erstellung des Vermarktungskonzeptes wird auf eine Zusammenführung und Gliederung nach Branchen für Teilgebiete im Bebauungsplan geachtet. Dabei sind durchaus auch neue Handelsstandorte bei Ausschluss der Innenstadtrelevanz vorstellbar.

Bessere Nutzung der Flächenressourcen

Da keine hinreichenden Erfahrungen bei Architekten zum Thema „Flächensparendes Bauen für Gewerbe und Industrie“ vorliegen, wird Jahr 2002 ein Pilotprojekt aus Paderborn initiiert.

Investitionswillige Unternehmer werden künftig zur Bildung von Interessengemeinschaften motiviert, um gewerbliche Bauobjekte zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang wird das Gebiet um die Dessauer Straße als Dienstleistungszentrum überplant.

Darüber hinaus ist zu gewährleisten, dass trotz eventuell notwendiger Erweiterungsbauten am jeweiligen Standort eines Unternehmens die im Bebauungsplan ausgewiesenen Grünflächen erhalten bleiben.

Für Industrie- und Gewerbegebiete werden bauökologische Grundstandards empfohlen und Modellvorhaben gefördert. Während und nach der Realisierungsphase werden Unternehmen, die sich in diesem Zusammenhang besonders hervor tun, als beispielhaft öffentlich dargestellt. So kann z.B. die Nutzung regenerativer Energien als Schritt zur CO₂-Reduzierung aber auch als Instrument zur Kostenreduzierung dargestellt werden. Dieser Ansatz fügt sich ein in das angestrebte Image der modernen Stadt.

Verkehr / Infrastruktur

Weiterentwicklung/Optimierung der Infrastruktur

Im Rahmen der Standortkonferenz und dem Agenda-21-Prozess erhielt die Stadt Paderborn gute Noten für die Ausstattung mit der so genannten harten Infrastruktur. Dieses gilt insbesondere für den Individualverkehr und den Flughafen, aber auch für günstige Konditionen bei der Ver- und Entsorgung. Optimierungsbedarf besteht im Bereich des öffentlichen Verkehrs. Als wichtiger Faktor wird die Forcierung der Infrastruktur im Sinne eines attraktiven Schienenangebotes gesehen. Hier ist primär die überregionale Anbindung von Bedeutung. In diesem Sinne forciert die Stadt Paderborn Ausbau und Nutzung der Schienenverbindung Paderborn-Flughafen-Büren.

Der kombinierte Ladungsverkehr wird mit der Veränderung des Preisgefüges zwischen Straße und Schiene einen Standortfaktor für den Wirtschaftsstandort darstellen. Die Flächenbevorratung Barkhauser Straße für den geplanten Container-Bahnhof wird deshalb auf jeden Fall bis Ende 2004, eventuell auch darüber hinaus beibehalten. In dieser Zeit werden Initiativen unterstützt und koordiniert, welche eine private Andienung zum Ziel haben.

Die Logistik ist eines der wichtigsten Themen der Wirtschaft. Im Rahmen der Bereitstellung von Transportmöglichkeiten spielt der Luftfrachtersatzverkehr eine zunehmende Rolle. Vor diesem Hintergrund ist es Ziel der Stadt Paderborn, den Flughafen bei der Entwicklung zu unterstützen. Diese Weiterentwicklung des Luftverkehrs sollte einer Großstadt entsprechen.

Region

Stärkung der regionalen Zusammenarbeit

Paderborn wird seine Rolle als Oberzentrum in OWL überarbeiten. Allianzen auf regionaler und OWL-Ebene sind erstrebenswert und werden derzeit teilweise schon praktiziert, um bspw. gegenüber dem Ruhrgebiet etc. mehr „Marktmacht“ zu erzielen.

Erste Schritte wurden seit der Vorlage des Maßnahmenplanes der Standortkonferenz bereits eingeleitet. Die Stadt Paderborn wird sich weiterhin – insbesondere auch mit ihrer Ausrichtung als IT-Standort – in intraregionale Projekte einbringen. Darüber hinaus werden Kooperationsprojekte auf Kreis- und Hochstufenebene angestrebt.

Dabei geht es sowohl um ein detailliertes Aufgreifen der Stadt-Umlandbeziehungen wie um eine stärkere Abstimmung auf regionaler Ebene. Denn zwischen der Lebensqualität im Stadtgebiet von Paderborn, den verkehrsbedingten Emissionen und der räumlichen Verteilung von Wohn- und Arbeitsstätten in der Stadt Paderborn und der Region bestehen deutliche Zusammenhänge. Im Hinblick auf die Rolle als Oberzentrum wird die Stadt verstärkt auf eine interkommunale Zusammenarbeit drängen und mehr Verantwortung übernehmen.

Qualifizierung / Ausbildung / Gleichberechtigung

Wirtschaftliche Integration der Zuwanderer aus dem Ausland

Die Qualifikationsprofile der Zuwanderer entsprechen häufig nicht den Anforderungen der Wirtschaft. Deshalb ist - neben einer Förderung von Arbeitsplätzen mit mittleren und geringen Qualifikationsanforderungen - die Qualifizierung, insbesondere der jungen Angehörigen der ersten Generation sowie der zweiten und dritten Generation, eine Notwendigkeit. Dabei wird die wirtschaftliche Integration der Zuwanderer und anderer sozial schwacher Gruppen durch geeignete Projekte angestrebt.

Wirtschaftsnahe Berufsqualifizierung

Vorhandenes Human-Kapital als Standortfaktor an sich sollte durch Maßnahmen der schnelleren, unternehmensnahen Qualifizierung (bspw. durch die Betriebe selbst) besser genutzt werden. Trotz guter Voraussetzungen am Standort sind die Bildungs- und Qualifizierungsinstrumente i.S. des Bedarfes der Wirtschaft mittelfristig weiter zu entwickeln, auch an der Universität. Es wird eine Informationsoffensive initiiert, um auf die in der Stadt vorhandenen Aus-, Weiter- und Fortbildungspotenziale inkl. wirtschaftsorientierter Qualifizierung aufmerksam zu machen. Aus der damit einhergehenden Bestandsaufnahme sollten dann auch die notwendigen Weiterentwicklungen abgeleitet werden.

Von Seiten der Wirtschaft wird in zunehmendem Maße die Vermittlung weniger praxisrelevanter Lehrinhalte vor allem an den weiterführenden Schulen beklagt. Vor diesem Hintergrund wurde gemeinsam mit dem Arbeitsamt ein Pilotprojekt im IT-Bereich zur wirtschaftsnahen Qualifizierung entwickelt, in dem die Wirtschaft ihre Anforderungen konkret definiert hat. Die Erfahrungen sind bis Mitte 2002 auszuwerten und gegebenenfalls auf andere Wirtschaftsbranchen zu übertragen.

Die Schulbildung soll die Funktion der Wirtschaft in der Gesellschaft stärker aufgreifen. Die Stadt bleibt aufgefordert, sich bei der Landesregierung hierfür nachdrücklich einzusetzen. Gleichzeitig ist es notwendig, sich dem zunehmenden Problem der „nicht zu qualifizierenden“

Menschen zuzuwenden. Die Stadt Paderborn ist in den vergangenen Jahren in diesem Bereich verstärkt tätig geworden:

- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
- „Arbeit statt Sozialhilfe“,
- „Zusätzliche stadt eigene soziale Beschäftigungsprojekte“
- „Arbeiten und Lernen“.

Die Stadt wird das Angebot von Arbeitsplätzen für Halbtagskräfte aktiv fördern. Sie hat sich dieses Themas bereits im Rahmen des „Job Sharings“ angenommen und wird es in den nächsten Jahren, auch bedingt durch gesetzliche Neuregelungen der Teilzeitarbeit, weiter umsetzen.

Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben

Aus der Statistik geht hervor, dass Frauen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, obwohl die Erwerbstätigkeit von Frauen geringer ist als in anderen Regionen. Auch vor diesem Hintergrund hat im Jahre 2000 die Regionalstelle Frau, Wirtschaft und Beruf im Kreis Paderborn ihre Arbeit aufgenommen. Die Etablierung der Regionalstelle erfolgte durch konkrete Maßnahmen und Projekte. Hierzu zählten z. B. „Mädchen in technischen Berufen“, wirtschaftsnahe Qualifizierungsangebote für Berufsrückkehrerinnen und die Beratung von Gründerinnen.

Die Sensibilisierung der heimischen Wirtschaft für das Thema berufliche Frauenförderung wird angestrebt, um bestehende Benachteiligungen der Frauen in der Arbeitswelt auszugleichen und die Beschäftigung von Frauen als wertvolle Ressource für den Wirtschaftsstandort Paderborn mit seinem Fachkräftemangel zu begreifen. Hierzu werden u. a. innovative Konzepte zur Berufsförderung entwickelt.

Insgesamt soll die Beschäftigung von Frauen deutlich verstärkt werden. Qualifizierte Mitarbeiterinnen werden durch vielfältige und flexible Angebote der Kinder- und Familienbetreuung entlastet. Dazu eignen sich Dienstleistungsangebote, z.B. Familienservice in Kooperation mit dem jeweiligen Arbeitgeber, aber auch erweiterte Betreuungsangebote für Kinder unter drei und über sechs Jahren.

Die erfolgreiche Frauenberufsmesse „Professionelle“ wird auch künftig in einem Drei-Jahres-Turnus realisiert.

Innovation / Forschung

Innovative Wirtschaftsentwicklung trägt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in allen Qualifikationsbereichen bei

Zur Verbesserung des Technologie- und Wissenstransfers wird neben bereits existierenden Begegnungsplattformen einzelner Fächer der Universität, z. B. Industrie trifft Informatik, ab 2002 einmal im Jahr eine Großveranstaltung etabliert, um Wissenschaft und Wirtschaft zusammenzubringen.

Außerdem ist es für die Wirtschaft wichtig, durch den Zugang zu weiteren Schlüsseltechnologien ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Hiermit lassen sich auch Potenziale für neue Technologiegründungen hervorbringen. Voraussetzung ist das Erkennen dieser Schlüsseltechnologien und deren systematische Erschließung, wie das vergleichbar bei der Informationstechnologie betrieben wurde. Dabei ist es das Ziel, den gegenseitigen Dialog zum Wissens- und Technologietransfer gemeinsam mit weiteren Organisationen, z.B. der Technologietransferstelle der Hochschule, zu institutionalisieren. Die Universität sollte auch weiterhin ihre Bemühungen verstärken, sich als überregionale Universität mit einer Spitzenposition in Forschung und Lehre zu etablieren.

Erweiterung Technologiepark / Universität

Weitere Flächen für die Fortentwicklung des Technologiepark-Konzeptes in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Universität sind zu sichern. Die Erweiterung des Technologieparks am Südring wird ebenso angestrebt wie eine stadtgestalterische Verbesserung am Südring.

Die Technologieparkgesellschaft mbH (TPG) erstellt ein innovatives Parkraumkonzept, welches den hohen Imageansprüchen des Technologieparks gerecht wird, und setzt es im Einvernehmen mit der Stadt um.

Die Errichtung eines weiteren TechnologieZentrums wird angestrebt.

Darüber hinaus strebt die TPG den Ausbau der Mehrwertdienstleistungen für Unternehmen im Technologiepark an, z.B. Einkaufsverbände für die Bereiche Telekommunikation, Energie, Büromaterial.

Die Stärkung der Stellung des Technologieparks Paderborn als wesentlicher Bestandteil eines regionalen Netzwerkes ist erklärtes Ziel. Hierzu erfolgt eine inhaltliche und konzeptionelle Überarbeitung des Projektes SIGMA zur Stimulierung von Existenzgründungen aus der Universität, der Ausbau der internationalen Kooperationen durch Initiierung und Moderation von Auslandskontakten für die Firmen des Technologieparks unter Ausnutzung bestehender Städtepartnerschaften sowie die fachliche Profilierung des Technologieparks durch schwerpunktmäßige Konzentration auf die Themen E-Commerce, M-Commerce.

Die Geschäftsführung des Technologieparks und der Beirat werden aufgefordert, ein Konzept vorzuschlagen, um die Innovationskraft und Dynamik, die gegenwärtig im Technologiepark mit seinen ansässigen Unternehmen steckt, intensiver nutzen und weiterentwickeln zu können.

Stärkung der Wettbewerbsposition der heimischen Wirtschaft durch innovative Projekte

In den vergangenen Jahren sind diverse Projekte in Verbindung mit der örtlichen Wirtschaft angestoßen worden, so bspw. die flächendeckende Versorgung mit der Geldkarte, die Installation von Infoterminals für die Web-Präsentation, die Gründung von InnoZent OWL oder das Ratsinformationssystem im Internet.

Für die künftige Arbeit steht die Schaffung einer Informations- und Kommunikationsplattform (Infobroking) für die örtliche Wirtschaft im Vordergrund.

Weiterhin steht die Verwaltung Pilotprojekten offen gegenüber, um innovative Projekte mit Partnern aus der Paderborner Wirtschaft zu erproben.

Die Stadt Paderborn engagiert sich für die Neue Bahntechnik Paderborn.

Stärkere Profilierung des IT-Standortes Paderborn in der Innen- und Außendarstellung

Paderborn ist im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der IT-Branche noch nicht ausreichend national und international positioniert. Deshalb soll die Darstellung nach außen verbessert werden, u. a. um Arbeitskräfte für Paderborn zu gewinnen und neue Unternehmen dieser Branche anzusiedeln. Die IT-Branche entwickelt sich somit als Imageträger für ein modernes Paderborn.

Lebensraum

I. Ausgangslage

Die Stadt Paderborn hat in den letzten Jahren, die von starker Bevölkerungszuwanderung geprägt waren, in erheblichem Umfang zusätzliche Wohnbauflächen ausgewiesen.

Die Statistik weist für Paderborn im Jahre 2001 fast 27.000 Wohngebäude mit über 65.000 Wohnungen aus. Seit 1990 hat sich der Bestand an Wohnungen um 25% erhöht.

Wie bereits in den Rahmenbedingungen umschrieben, wird sich auch in Paderborn der bundesweite Trend, Anstieg der Pro-Kopf-Wohnfläche, abzeichnen. Diese Steigerung wird zwischen 2000 und 2010 bei etwa vier m²/Kopf liegen. Insgesamt ergibt sich daraus ein Zuwachs von 480.000m² Wohnfläche, ausgehend von 138.500 Einwohnern Ende 2001.

Aufgrund der angenommenen Steigerung der Einwohnerzahl um 10.000 von 2000 bis 2010 entsteht daraus nach 2001 ein weiterer Wohnflächenbedarf von 290.000m², insgesamt also ein Mehrbedarf an Wohnfläche von rd. 770.000m². Je nach angenommener Siedlungsdichte werden für 770.000m² Wohnfläche ca. 230 bis 270 ha Wohnbaufläche benötigt. Da der überwiegende Teil schon erschlossen bzw. rechtlich abgesichert ist, muss mit einem zusätzlichen Wohnbaulandbedarf von rd. 120 ha gerechnet werden. Diese Fläche fällt allerdings wesentlich höher aus, wenn es nicht gelingt, rechtlich bereits gesichertes Bauland auf Privatflächen in hohem Maße zu bebauen.

Der zusätzliche Bedarf ist unter Berücksichtigung ökologischer, infrastruktureller, sozialer und ökonomischer Aspekte zu befriedigen.

Der Lebensraum der Stadt wird auch geprägt durch die Gestaltungsqualität. Es gilt nicht nur den Wohnflächenbedarf quantitativ, sondern auch die städtebaulichen Anforderungen zu erfüllen. Stadtplanung muss sich dabei an einem modernen und damit zukunftsweisenden Stadtbild orientieren. Dabei sind neben den Aspekten, wie Baumassenverteilung, Außen- und Freiraumgestaltung, Objektgestaltungen von Einzelgebäuden etc, auch die historische Struktur der Stadt Paderborn zu beachten. Diese Forderungen gelten dabei nicht nur für die Innenstadt und die vorhandenen Ortsteile, sondern auch bei der Planung und Ausgestaltung von Neubaugebieten. Auch bei der Abwägung zwischen weiterer Verdichtung vorhandener Wohnraumflächen und der Ausweisung neuer Wohnbaugebiete sollte der Aspekt der vorhandenen gewachsenen Qualität eines Lebensraumes differenziert betrachtet werden.

Wohn- und Lebensqualität werden auch ganz entscheidend von den zur Verfügung stehenden Naherholungsmöglichkeiten beeinflusst. In Paderborn leben im Durchschnitt rund 755 Einwohner pro km². Damit ist Paderborn im Vergleich zu anderen Großstädten weniger dicht besiedelt. Dies liegt in erster Linie am geringeren Anteil besiedelter Fläche im Stadtgebiet. Nur bei den sehr großen Städten liegt auch die Einwohnerdichte pro besiedelter Fläche deutlich – bis zu dreimal – höher. Der hohe Grünanteil, die damit verbundene Wohn- und Freizeitqualität, zeigen die attraktive Seite der Stadt. Die Gestaltung und Ausweisung von Grün- und Freiräumen sind bedeutende Bausteine einer positiven Stadtentwicklung. Mit dem steigenden Individualverkehr nimmt zwar die Mobilität der Menschen zu, dennoch ist die unmittelbare Nähe von Erholungsflächen zum Wohnumfeld ein wichtiger Faktor für das Wohlbefinden der Menschen. Die Stadt Paderborn hat dies sehr frühzeitig erkannt. Mit der Pflege und dem Ausbau vorhandener Naherholungsgebiete und mit der Anlage neuer Erholungsflächen wurde der positive Akzent in der Stadtentwicklung, die „grüne“ Großstadt oder die Stadt im Grünen, verstärkt.

Zum Gesamtbild der Stadt gehört ein Netz von Grün- und Parkanlagen, Waldflächen, Plätzen, baumbestandenen Straßen, Rad- und Fußwegen, Kleingartenanlagen, Sport- und Spielflächen und nicht zuletzt die Freiräume auf den städtischen Freiflächen. Sie gliedern die Stadt und schaffen vielfältige Möglichkeiten zur Erholung und zum Naturerleben.

Mit der zu erwartenden Bevölkerungszunahme und der Schaffung neuer Wohnbauflächen werden künftig auch zusätzliche Naherholungsflächen auszuweisen oder vorhandene weiterzuentwickeln sein.

Neben ausreichenden Wohnflächen und wohnumfeldnahen Erholungsflächen als Indikatoren eines attraktiven Lebensraumes gewinnt der Aspekt „Sicherheit und Sauberkeit“ für die Menschen mehr und mehr an Bedeutung.

Aufgabe der Stadt Paderborn ist es, die öffentliche Sicherheit und Ordnung mit dem Ziel zu gewährleisten, den bereits erreichten Sicherheitsstandard weiter auszubauen. Entsprechende kriminalpräventive Maßnahmen und Lösungsansätze sind zu entwickeln. Entsprechendes gilt auch für die Sauberkeit in der Stadt, die als Maßstab zur Beurteilung der Attraktivität einer Stadt gewertet wird.

Die Stadt Paderborn hat 1998 im Rahmen einer Ordnungspartnerschaft eine gemeinsame Anlaufstelle von Ordnungs- und Polizeibehörde B.O.S.S. (Büro für Ordnung, Schutz und Sicherheit) eingerichtet. Die im Streifendienst eingesetzten Ordnungskräfte zeigen sichtbare Präsenz im öffentlichen Straßenbild. Sie stehen der Bevölkerung für Informationen, Auskünfte und Beratungen zur Verfügung, nehmen Hinweise, Meldungen und Anzeigen entgegen, registrieren ordnungswidrige Zustände und Verhaltensweisen, stellen diese ab und ahnden sie durch mündliche Ermahnungen oder Verwarnungen, durch Verwarnungsgelder oder erstatten Anzeigen. Seit dem Einsatz dieser Ordnungskräfte hat sich das Stadtbild insgesamt verbessert. Jedoch ist nicht zu verkennen, dass sich ein Teil der Störungen in andere Bereiche des Stadtgebietes verlagert hat und Rechtsverstöße in den späten Abendstunden aufgrund der geringeren Kontrolldichte der Polizei nur in begrenztem Rahmen verfolgt werden. Hier werden zusätzliche Kontrollen benötigt. Mit dem Einsatz des B.O.S.S. Mobil in Problembereichen außerhalb des Innenstadtbezirks ist ein weiterer Schritt vollzogen worden.

Das saubere Stadtbild konnte in den vergangenen Jahren, insbesondere im Innenstadtbereich, nur durch erheblich verstärkte Reinigungsmaßnahmen erhalten werden. Die vielfältigen Veranstaltungen in der Innenstadt (Frühlingsfest, Libori, Weekend of Sports, Power-Woche etc.) mit Tausenden von zusätzlichen Besuchern erfordern darüber hinaus regelmäßig Sonderreinigungen in erheblichem Umfang.

Auch der zunehmende Vandalismus und die Graffiti-Verunreinigungen zeigen einen „Trend“ der Zeit, der zu erheblichen Kostensteigerungen und zu einem negativen Stadtbild führt. Hinzu kommt, dass viele Menschen sich der eigenen Mitverantwortung entziehen und sich gedankenlos ihres Mülls entledigen.

Zur Sauberkeit einer Stadt zählt auch der durchzuführende Winterdienst auf Straßen und Plätzen. Die reibungslose Abwicklung des Straßenverkehrs ist sowohl für die Wirtschaft von überragender Bedeutung als auch von privatem und öffentlichem (Verkehrssicherungspflicht des Straßenbaulastträgers) Interesse. Diese Aufgabe wird auf der Basis eines differenzierten Streu- und Räumplanes unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Gesichtspunkte erfüllt. Von Vorteil ist, dass sowohl der Reinigungs- als auch der Winterdienst erbracht werden, um Synergien zu nutzen. Die Gebührenstruktur ist im Vergleich zu anderen Städten als äußerst günstig zu bezeichnen.

II. Generelle Ziele

Die Lebensqualität auf der Basis einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu sichern und weiterzuentwickeln, ist die Grundlage allen Handelns.

Paderborn richtet seine Bauleitplanung und Grundstückspolitik innovativ an der Sicherung der Lebensqualität und der Entwicklung eines leistungsfähigen Wirtschaftsstandortes aus. Die Orientierung an den Bedürfnissen der Bürger, soziale und ökologische Verantwortung sowie neue Lebensformen finden genauso Eingang wie die Berücksichtigung der Anforderungen der Wirtschaft.

Daraus leiten sich folgende Zielfelder ab:

- Entwicklung zukunftsfähiger Siedlungsstrukturen durch intelligente Nutzung der innerhalb der Stadt vorhandenen Flächenpotenziale
- Innenentwicklung vor Außenentwicklung, Potenziale im Bestand nutzen
- Sparsamer Umgang mit Grund und Boden im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung
- Erhalt der innerstädtischen Wohnfunktion und Schaffung eines qualitativ hochwertigen innerstädtischen Wohnungsbaus
- Wahrung stadtbildprägender Elemente
- Beibehaltung des Charakters der kleineren Ortsteile und Erhalt der einzelnen Ortszentren
- Erhaltung, Entwicklung und Verbesserung der Grün- und Freiräume im besiedelten und unbesiedelten Bereich
- Ausweisung bzw. Anlage von wohnortnahen Sport- und Freizeitflächen für Kinder und Jugendliche
- Schutz und Sicherung der stadtbildprägenden Quellbereiche
- Bewahrung des Naturraumes
- Bürgerverträgliche Verkehrspolitik, Förderung des Umweltverbundes
- Vermeidung ungleicher sozialer Entwicklungen in städtischen Teilräumen
- Stärkung von Nachbarschaften durch geeignete Siedlungsstrukturen
- Berücksichtigung des Sicherheitsaspektes der Bürgerinnen und Bürger bei allen Maßnahmen, von der Bauleitplanung bis zum konkreten Ausbau (Beleuchtung, Begrünung etc.)
- Berücksichtigung der von der Arbeitsgruppe „Frauen und Stadtplanung“ erarbeiteten Maßnahmen zur frauengerechten Gestaltung der Paderborner Innenstadt

- Weitere Verbesserung der objektiven Sicherheit in der Stadt Paderborn sowie die Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung
- Erhalt eines sauberen Stadtbildes mit hohem Qualitäts- und Umweltstandard unter Beibehaltung günstiger Gebühren.

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Deckung des Wohnbaulandbedarfs

Langfristige Bodenvorratspolitik

Es ist generell eine langfristige Bodenvorratspolitik zu betreiben, um die erforderlichen Flächen zu einem Preisgefüge zwischen innerlandwirtschaftlichem Verkehrswert und niedrigster Bauerwartungslandstufe erwerben zu können. Da die Vorhaltekosten sich in einem Zeitraum von zehn Jahren verdoppeln, besteht bei diesem Preisgefüge nicht die Gefahr einer alsbaldigen Preisexplosion auf dem Baulandsektor. Der Verkauf des Baulandes muss nicht unter einem Zeitdruck erfolgen, um die Investitionskosten zu amortisieren.

Baulandmobilisierung

Zur Deckung des oben beschriebenen Bedarfs sind nach einer detaillierten Bedarfsanalyse im Gebietsentwicklungsplan (GEP) bzw. Flächennutzungsplan (FNP) neue Wohnbauflächen auszuweisen. Hierbei spielen die Aktivierungschancen privater Grundstücke, das gesamtstädtische Preisniveau bezüglich Neuausweisungen insgesamt und bezüglich des Anteils von Flächen im Stadtbesitz eine wesentliche Rolle.

Es sind potenzielle neue Wohnbauflächen zu ermitteln und unter unterschiedlichen Bewertungskriterien zu gewichten, ggf. in verschiedenen Modellen gegenüberzustellen. Ein neues Siedlungskonzept, das auch das Wachstum der Infrastruktur zu berücksichtigen hat, ist zu beschließen. Der nachfolgende Infrastrukturausbau ist darauf auszurichten.

- Ein Baulückenkataster ist bis Ende 2002 zu erarbeiten. Die Flächen sind im Hinblick auf ihre Umsetzungsgeschwindigkeit zu analysieren, hieraus sind Konsequenzen für Neuausweisungen zu ziehen.
- Die Aktivierung ausgewiesener, im Privatbesitz befindlicher Wohnbauflächen ist vorrangig zu betreiben.
- Die Hinterlandbebauung ist im Einzelfall zu prüfen und ggf. ohne öffentliche Erschließung zu realisieren.
- Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung, aus finanziellen wie aus sozialstrukturellen Gründen, ist eine Auffüllung nur teilbesiedelter Stadtgebiete einer Neubebauung auf der „grünen Wiese“ vorzuziehen.

Die in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Bodenpreise stellen bereits heute – und erst recht bei weiterem ungebremsten Anstieg – ein deutliches Hindernis einer nachhaltigen, insbesondere sozialverträglichen Stadtentwicklung dar. Der ehemals gegebene Standortvorteil Paderborns durch günstige Bodenpreise wird immer geringer und kehrt sich gegenüber vielen anderen Städten ins Gegenteil um. Die gegenwärtig durchgeführte noch nicht abgeschlossene Analyse bezüglich der Aktivierung ausgewiesenen Baulandes zeigt,

dass das „Zurückhalten für die eigenen Kinder“ nur einen geringen Teil der Flächen betreffen kann.

Zur Baulandmobilisierung sind alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, wobei die Umlegung nicht grundsätzlich der Königsweg ist. Umlegungen können zu vielen langwierigen Rechtsstreitigkeiten und viel Unmut und Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger führen. Die Stadt wird nach intelligenten Wegen suchen, um zusätzliches Wohnbauland zu aktivieren. Es sollen darüber hinaus Maßnahmen ergriffen werden, um Baulücken in teilbesiedelten Gebieten zu schließen. Möglichkeiten und Maßnahmen sind in einem Konzept darzustellen.

Das Schließen von Baulücken, z.B. durch Hinterlandbebauung, sollte dort Grenzen finden, wo es sich um den unmittelbaren Randbereich von vorhandenen Grünzügen oder Grünanlagen handelt, um sie als Verzahnungsflächen zwischen Grün- und Baulandbereich zu sichern. Dies gilt ebenso für Flächen, die offensichtlich eine wichtige Ausgleichsfunktion für flächennahe Belastungen haben. Auch sind bei einer Verdichtung der Bebauung vorhandene erhaltenswerte kleine Stadtbiotope zu berücksichtigen, die gerade in der Kernstadt auch als grüne Lungen wichtige Funktionen haben. Es ist auch zu prüfen, ob diese Fläche als wesentlicher Bestandteil eines neu zu schaffenden Biotopverbundsystems, Grünzugs oder auch einer innerstädtischen öffentlichen Grünfläche im Sinne einer vorausschauenden Freiflächenpolitik von Bebauung freigehalten werden muss.

Auch künftig hat eine Baulandausweisung nur zu erfolgen, wenn die Flächen im Wesentlichen im Eigentum der Stadt sind.

Im Wohnungsbau sind Qualitätsziele einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zu formulieren und bei der Umsetzung der Bebauung zu berücksichtigen. Das kann nur durch eine enge Verzahnung von Planung und Vergabe erfolgen. Das gerade angestoßene Konzept für den Bebauungsplan Nr. 48 D „Goldgrund“ ist richtig und zukunftsweisend. Eine solche Veränderung der Grundstücksvergabepolitik zu erreichen, ist Neuland und sicher mit höherem Personaleinsatz verbunden.

Schaffung eines kommunalen Flächenmanagements

Zur Realisierung dieses Zieles ist ein kommunales Flächenmanagement anzustreben, mit dem gleichzeitig in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft auch die Aspekte zur Deckung des Bedarfs für Gewerbebauland berücksichtigt werden. Ein kommunales Flächenmanagement ist auf eine aussagekräftige Bestandsaufnahme angewiesen, in der die Eigentumsstruktur der Flächen, die ökologischen und ökonomischen Komponenten sowie die sozialen Belange der Eigentümer erfasst werden.

Dazu sind u.a. folgende Maßnahmen erforderlich:

- Entwicklung eines Zielkonzeptes für die Bodenvorratswirtschaft mit Aufstellung konkreter Maßnahmen und Handlungsprogramme
- Schaffung und Pflege eines verwaltungsinternen Bauland- und Baulückenkatasters
- Als Planungs- und Entscheidungsinstrument eines konkreten Maßnahmen- und Handlungsprogramms ist eine flächendeckende Strategie für das gesamte Stadtgebiet zu erarbeiten.
- Bei der Einstufung der künftigen Nutzungsart (Bauland, Gewerbegebiet, Grün-Waldfläche) sind Aspekte wie Verhinderung des Zusammenwachsens von Kernstadt und Ortsteilen, Regenerierung des Grundwassers und Biotopverbund im Stadtgebiet zu beachten.
- Generell ist ein Beteiligungsmodell zu erarbeiten, nach welchem die Stadt an der Aufschließung der Flächen in Form von Flächenübertragungen partizipiert.

Berücksichtigung ökonomischer Belange in der Baulandentwicklung

Um die Einnahmen und Ausgaben handhabbar zu machen, sind städtebauliche Kalkulationen erforderlich. Sie zeigen, inwieweit die geplanten oder angedachten Maßnahmen wirtschaftlich sind und ob bzw. wie sie finanziert werden können. Städtebauliche Kalkulationen ersetzen keine gesamtwirtschaftliche Betrachtung des Baulandbereitstellungsprozesses auf der Gemeindeebene. Es werden i.d.R. auch keine politischen Ziele Eingang in eine solche Kalkulation finden. Sie helfen aber, eine ökonomisch fundierte Entscheidung zu treffen.

Dazu gehören folgende Handlungsschritte:

- Schaffung einer Kosten- und Finanzierungsübersicht für den ganzen Zeitraum einer Baulandentwicklung bis zur vollständigen Vermarktung.
- Für jedes Neubaugebiet ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung im Rahmen der bereits beschlossenen Investitionssteuerung auf der Basis einer städtebaulichen Kalkulation durchzuführen, um die voraussichtliche Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen einer Baulandentwicklung sowie die finanzielle Gesamtbelastung nach Vollendung des gesamten Aufschließungsprozesses zu verdeutlichen.
- Vollkostenrechnung bei der Baulandentwicklung

Die Verwaltung wird dem Rat bis 30.09.2002 zwei Plangebiete (Wohngebiet, Gewerbegebiet) vorschlagen, für die das Bebauungsplanverfahren exemplarisch unter Kostengesichtspunkten einschließlich Folgekosten durchgeführt wird. Aufgrund der Ergebnisse, die bis 2003 vorliegen, entscheidet der Rat, ob und in welchen Bebauungsplanverfahren künftig so vorgegangen werden soll.

Bereitstellung von Ausgleichsflächen

Bei weiterem Flächenverbrauch ist die grünordnerische Optimierung von Wohn- und Gewerbegebieten geboten, weil diese Bereiche immer mehr zu Aufenthalts- und Erlebnisorten für die Paderborner Bevölkerung werden. In neueren Bebauungsplänen wird dies bereits berücksichtigt. Problematisch sind die Innenstadt und einige Stadtviertel, wo keine oder nur sehr geringe Möglichkeiten der Umsetzung bestehen. Deutliche Defizite im Verhältnis zur baulichen Entwicklung der Stadt gibt es aber beim Bestandserhalt, Neubau und Ausbau von Naherholungsgebieten.

Die Bereitstellung von Ausgleichsflächen ist eine notwendige Voraussetzung für die Bereitstellung neuer Siedlungsflächen (Gewerbe und Wohnen). Da die Zuordnung der Ausgleichsflächen im Bebauungsplan geregelt sein muss, wirken fehlende Ausgleichsflächen sich rechtshemmend für ihn aus.

Zur Abdeckung des Bedarfs, zur Vermeidung von Engpässen und zur Sicherung der Ausgleichsflächenqualität ist ein „Ausgleichsmanagement“ erforderlich.

Der Bedarf an Ausgleichsflächen für Wohn- und Gewerbebauland ist mit rd. 200ha bis 2010 realistisch kalkuliert, davon hat die Stadt zur Zeit rd. 40ha im Eigentum.

Erforderlich sind folgende Maßnahmen:

- Deckung des Fehlbedarfs an Ausgleichsflächen von ca. 160ha
- Ankaufspreis für Ausgleichsflächen auch in den nächsten zehn Jahren deutlich unter fünf EUR/m² halten
- Einrichtung einer Ausgleichsbörse auch in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, aus der Umweltmaßnahmen gezielt durchgeführt werden können

- Ausgleich in der Region anstreben
- Erstellung einer Konzeption für die Pflege und Weiterentwicklung der Ausgleichsflächen

2. Wohnbaukonzepte

Realisierung städtebaulicher Wohnbauprojekte

Um den zukünftigen Herausforderungen des Wohnungsbaus gerecht zu werden, sind bei den Bauvorhaben, die auf den zur Vergabe anstehenden städtischen Grundstücken realisiert werden, Qualitätsziele einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zu berücksichtigen.

- Damit die Wohngebiete sich zu einem harmonischen Quartier entwickeln, achtet die Stadt Paderborn darauf, dass - wie im Bereich Goldgrund zur Zeit praktiziert - :
 - bei Planung und Vergabe auf eine flächensparende Bauweise mit einem entsprechenden Nutzungskonzept, das die Standards des kosten- und flächensparenden sowie ökologischen Bauens beinhaltet, geachtet wird. Dazu gehören auch Pläne über die Gestaltung der Baukörper und deren Einbindung in die Umgebung. Das flächen- und kostensparende Bauen soll eine breite Eigentumsstreuung bewirken, gerade im Bereich der mittleren und geringen Einkommen.
 - nachhaltiges Wohnen durch Anlage von Häusern als Mehrgenerationenhaus und eine dauerhafte Nutzung des Quartiers als Lebensraum für Bewohner mit unterschiedlichen Ansprüchen und Alter sichergestellt wird.
 - zur Förderung des selbstgenutzten Eigentums Wohngebäude mit einer oder zwei Wohneinheiten vorrangig zu errichten sind. Dabei ist Ziel, dass vorwiegend als Käufer der Baugrundstücke von der Stadt benannte Ehepaare, Familien und Alleinerziehende berücksichtigt werden.
 - eine soziale Durchmischung der Wohngebiete mit unterschiedlichen Nutzungskonzepten erfolgt. Die Berücksichtigung von Ortsansässigen ist bei der Grundstücksvergabe ein Stabilitätsfaktor. Fehlt es an einheimischen Bewerbern, sind adäquate Lösungsansätze zu finden. Auch sollen verschiedene Gebäude- und Wohnungstypen eine Bevölkerungsmischung und -integration unterstützen.
- Bei der Vergabe der Grundstücke ist zur Förderung der Eigentumsbildung für Familien mit niedrigem und mittleren Einkommen die Möglichkeit der Vergabe von Erbbaurechten als Finanzierungshilfe zu erweitern.
- Alle wirtschaftsfähigen Komponenten des ökologischen, energiesparenden und solaren Bauens sind bei der Umsetzung der Bauvorhaben zu berücksichtigen.
- Hochwertiger ökologischer Siedlungsbau als Modellvorhaben wird durch die Stadt Paderborn gefördert.
- Dem Trend eines steigenden Flächenverbrauchs pro Kopf muss bei der Flächenausweisung und –vergabe entgegengewirkt werden.
- Dem Problem der mangelnden Nachfrage nach verdichteten Bauweisen wird durch innovative Modellprojekte, entsprechende Werbung und Förderung über den Grundstückspreis begegnet.

- Verkehrswegenetze und Bebauungspläne werden so aufeinander abgestimmt, dass eine Verknüpfung von Leben, Wohnen und Arbeiten (nicht störendes Kleingewerbe) in einem Gebiet möglich wird.
- Bei der Ausweisung von Wohnbaugebieten muss auch darauf geachtet werden, dass die vorhandenen Infrastruktur-Einrichtungen (z.B. Bürgerhäuser, Kultur- und Sporteinrichtungen) nicht in ihrer Existenz gefährdet werden.

3. Naherholung

Für die Wohnqualität der Menschen in unserer Stadt ist das Vorhandensein von Naherholungsmöglichkeiten von erheblicher Bedeutung. In einer Zeit, in der sich das Freizeitverhalten der Menschen immer mehr verändert, insbesondere in Richtung aktiver und bewegungsorientierter Naherholung, steigen auch die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt an die ihnen gebotenen Naherholungsmöglichkeiten.

Als weicher Standortfaktor tragen die Naherholungsmöglichkeiten auch erheblich zum positiven Image der Stadt bei, machen bekanntermaßen Investoren und Neubürger ihre Standortentscheidung nicht zuletzt auch von diesen Faktoren abhängig. In diesem Zusammenhang ist auch der Städtetourismus, der zu den expansivsten Segmenten des Tourismussektors zählt, nicht außer acht zu lassen.

Grünflächen allgemein

Das im Umweltausschuss am 19.11.1997 vorgestellte Naherholungskonzept wird umgesetzt. Es ist ein Zeitplan bis Ende 2002 zu erstellen.

Folgende Maßnahmen sind ausführungsfähig zu planen und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten umzusetzen:

- Grünzug Driburger Straße – Springbach – Tausendquell Niesenteich – Mährenstrasse, mittelfristig
- Goldgrund, mittelfristig
- Elsen, langfristig
- Haxterberg/Mönkeloh, langfristig

Kurz- und mittelfristig sind folgende Naherholungsgebiete zu überarbeiten bzw. auszubauen:

- Haxtergrund
- Fischteiche
- Gestaltung der Uferbereiche des Lippesees

Im Stadtteil Wewer ist im Zuge der Realisierung des Bebauungsplanes Wewer West eine übergeordnete Spielplatzanlage zu erstellen.

Der Rat der Stadt Paderborn hat vor Jahren den Pflegestandard der öffentlichen Grünflächen deutlich herabgesetzt. Die Grünanlagen zeigen inzwischen erhebliche Unterhaltungsdefizite auf, die sowohl von den Bürgerinnen und Bürgern als auch von auswärtigen Besuchern massiv kritisiert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat bis Ende 2002 ein überarbeitetes Pflege- und Entwicklungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei ist die Bedeutung der natur- und landschaftsgerechten Pflege zu berücksichtigen.

Die Erstellung eines qualifizierten Baum- und Grünflächenkatasters wird bis Ende 2003 abgeschlossen. Dieses Kataster ist anschließend regelmäßig fortzuschreiben und jährlich zu aktualisieren.

Schloss- und Auenpark

Die Schloss- und Auenpark Gesellschaft wird sich in Zukunft folgenden Herausforderungen stellen müssen:

- Sicherstellung des vorhandenen Pflegestandards des Schlossparks, um den Erhalt dieses kulturhistorischen Erbes auch für die Zukunft zu sichern
- Pflege und Weiterentwicklung der übrigen Geländebereiche mit den zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen
- Ausbau der vorhandenen Potenziale im Stadtteil Schloß Neuhaus unter Einbindung und in Kooperation aller Beteiligten
- Stärkere überregionale Positionierung des Schlossparks als touristischer Anziehungspunkt in Zusammenarbeit mit dem Stadtmarketing und dem Verkehrsverein
- ? Ausbau des Informations- und Unterhaltungsprogramms

Die mit der Landesgartenschau 1994 geschaffenen Potenziale sind noch stärker von den Akteuren vor allem aus dem Stadtteil Schloß Neuhaus als Chance zu nutzen und weiter auszubauen.

Die Ausnutzung der vorhandenen Einrichtungen im Schloss ist zu verbessern. Hier sind insbesondere die historischen Räumlichkeiten für Tagungen, Kongresse und der Schlossinnenhof für Veranstaltungen zu sehen. Ebenso ist eine intensivere touristische Vermarktung anzustreben. In diesem Zusammenhang sind die historischen Räumlichkeiten zur Besichtigung freizugeben. Bei der Intensivierung der Nutzung sind die Belange der Realschule, die im Schloss untergebracht ist, zu berücksichtigen.

Langfristig ist die bislang in der ehemaligen Hausmeisterwohnung untergebrachte Schulbibliothek in vorhandene freie Raumkapazitäten im Schloss zu verlegen, um eine Zweigstelle des Verkehrsvereins und einen Souvenirladen/Kiosk im Schloss unterzubringen. Im Bereich des Schlossparks besteht ein aktueller Bedarf nach einer öffentlichen Toilettenanlage. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Standortuntersuchung durchzuführen und bis Anfang 2003 einen Beschlussvorschlag vorzulegen.

In der städtebaulichen Zielsetzung der Landesgartenschau wurde der Themenschwerpunkt „Lippe-Pader-Lebensader“ realisiert. Seit der Gebietsreform im Jahre 1975 war es ein Anliegen, den kurzen Flusslauf der Pader von den Quellgebieten in der Paderborner Innenstadt bis zur Mündung in die Lippe in Schloß Neuhaus als stadtteilverbindende Erholungszone auszubauen und in Teilbereichen ökologisch aufzuwerten. Durch die Einbindung der sich dem Schlosspark nordwestlich anschließenden Auenbereiche von Alme und Lippe wurde den überörtlichen landschaftlichen Bezügen Rechnung getragen. Für den weiteren Ausbau der Lippeaue in Richtung Lippesee als weiteren verbindenden Grünzug (Lippe-Auen-Renaturierungsprogramm) sind von der Stadt Paderborn bis Mitte 2003 ein Konzept und ein Plan zur Realisierung zu erstellen. Vorbereitende Gespräche sind mit dem zuständigen Staatlichen Umweltamt aufzunehmen.

Kleingartenanlagen

Kleingartenanlagen sind auch als Erholungsflächen zu sichern. Deren Ausbau ist weiter zu optimieren. Am Springbach, südlich der Benhauser Straße, ist bei Nachweis eines entsprechenden Bedarfs eine neue Kleingartenanlage zu erstellen.

Friedhöfe

Auf den städtischen Friedhöfen sind gemäß Beschluss des Umweltausschusses vom 27.10.98 die vorhandenen Grünanteile in einem verträglichen Umfang zu reduzieren, um zusätzliche Belegungsflächen zu schaffen.

Es wird auf allen städtischen Friedhöfen eine zusätzliche Grabform (Rasengrab mit Grabstein) eingeführt. Besondere konfessionsbedingte Bestattungswünsche sind angemessen zu berücksichtigen.

Vorhandene Friedhöfe werden bedarfsgerecht unter Berücksichtigung der Gebührensituation ausgebaut. Da die Belegungskapazitäten auf dem Waldfriedhof in Schloß Neuhaus in einigen Jahren erschöpft sein werden, ist bis Ende 2002 eine Planung zu erstellen, um neue Belegungskapazitäten an anderer Stelle zu schaffen. Danach ist eine Standortentscheidung zu treffen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Kosten-Leistungs-Rechnung ist bis Ende 2002 die bisherige Vergabepraxis für die Unterhaltungsarbeiten auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu überprüfen.

Stadtwald

Der Forstbetrieb hat im Jahre 2000 an dem Modellprojekt „Zertifizierung nachhaltiger Forstwirtschaft in der Region Ostwestfalen-Lippe“ teilgenommen. Nach Beendigung einer Testphase in 2001 hat sich die Stadt im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung dazu entschieden, weiter bis 2006 an beiden der zur Wahl stehenden Zertifizierungsverfahren teilzunehmen.

Die städtischen Waldflächen sind sukzessive im Rahmen gegebener Möglichkeiten zu erweitern.

Das bestehende Informationsangebot der „Waldschule“ im Waldpark Haxtergrund wird weiter ausgebaut. Darüber hinaus ist diese Einrichtung 2001 durch die Anlage eines Arboretums (forstlicher Lehr-Pflanzgarten) erweitert worden, das geführten Gruppen wie auch der Allgemeinheit allmählich zugänglich gemacht werden soll.

Der Stadtwald wird entsprechend der mittelfristigen waldbaulichen Planung (Forsteinrichtung) vor dem Hintergrund der Zielsetzungen in den Landschaftsplänen „Paderborn/Bad Lippspringe“ und „Senne“ als Naherholungsgebiet nach den Grundsätzen der naturgemäßen Waldwirtschaft gepflegt.

4. Sicherheit und Sauberkeit

Sicherheit in der Stadt

Zur dauerhaften Verbesserung der Sicherheit in der Stadt ist eine Ausweitung der Präsenzzeiten des Büros für Ordnung, Schutz und Sicherheit (B.O.S.S.) bis in die späten Abendstunden und eine Ausdehnung der Dienstleistungen auf weitere Stadtbereiche (auch Ortsteile) angezeigt. Dabei ist der Einsatz von B.O.S.S.-Mobil in Schwerpunktbereichen des

gesamten Stadtgebietes als erster Schritt in diese Richtung anzusehen. Die Erfahrungen werden in Zukunft zeigen, ob hier ggf. eine zusätzliche Ausweitung erforderlich sein wird.

Zur weiteren Verbesserung des Sicherheitsstandards ist auch die Möglichkeit einer stationären oder mobilen Videoüberwachung kritischer Innenstadtbereiche oder besonderer Störungsschwerpunkte in anderen Gebieten ernsthaft zu prüfen. Schon der deutliche Hinweis auf die Durchführung von Video-Überwachungsmaßnahmen kann zu einer Verbesserung der Situation führen.

Auch der Aspekt „Gewalt gegen Frauen“ ist im Rahmen der Sicherheit in der Stadt zu berücksichtigen. Es sind Mittel und Maßnahmen zu verstärken, die die Prävention im Sinne der Frauen fördern. Zu überprüfen sind insbesondere Maßnahmen, wie die Einrichtung eines Mädchenhauses, Verbesserung der Mobilität von Frauen in den Nachtstunden und Aktionen gegen Gewalt.

Eine Verstärkung der Bürgerinformation und –aufklärung kann zudem das Sicherheitsgefühl aller Bürgerinnen und Bürger weiter verstärken. Sie sind auch zu ermutigen, in Notsituationen Hilfe zu leisten und damit Zivilcourage zu zeigen.

Fragen des Feuerschutzes und Rettungsdienstes werden in dem bereits beschlossenen Brandschutzbedarfsplan dargestellt. Unter Berücksichtigung der Größe und weitgehenden fachlichen Eigenständigkeit der Feuerwehr muss mittelfristig über die Einrichtung einer Berufsfeuerwehr unter Bildung einer eigenständigen Organisationseinheit entschieden werden.

Sauberkeit in der Stadt

Durch gezielte Maßnahmen, wie regelmäßige Sonderaktionen zur Erhaltung einer sauberen Stadt, regelmäßige Sonderreinigungen (z. B. Kaugummientfernung, umgehende Beseitigung illegaler Graffiti-Schmierereien und wilder Plakatierungen), verstärkte Punktreinigungen und Kontrollen durch „Schnellreiniger“ im Innenstadtbereich, ist ein konsequenter Beitrag zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt zu leisten. Unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit sollte eine Sensibilisierung für dieses Thema im Rahmen der laufenden Abfall- und Umweltberatung, Schul-, Sozial- und Jugendarbeit regelmäßig erfolgen; groß angelegte Aktionen sollten jedoch aufgrund des erheblichen organisatorischen, personellen und finanziellen Aufwands nur in längeren Zeitabständen wiederholt werden. Die Aktion „Schwamm drüber?!“ hat im Frühjahr 2001 in diesem Rahmen Maßstäbe gesetzt. Zur Lösung der Abfallprobleme an Schulen sollten einheitliche Entsorgungskonzepte erstellt werden.

Neben der Ahndung von Verstößen gegen das Verunreinigungsverbot (z.B. Hundefäkalien) sind auch die erforderlichen Hilfestellungen (z. B. Bereitstellung von Hunde-Toiletten-Sets, ausreichende Zahl von Abfallbehältern bei Großveranstaltungen) vorzuhalten und schließlich alle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Abfallvermeidung (z. B. Dosen-, Flaschen- und Verpackungspfund) auszuschöpfen.

Auch die Grünflächenpflege ist in diesem Zusammenhang zu optimieren. Durch Vorlage einer modifizierten Pflegekonzeption sollen die Pflegestandards auf ein optimiertes Niveau gehoben werden.

Mobilität

I. Ausgangslage

Die Stadt Paderborn verfügt über ein gutes Hauptverkehrsstraßennetz; für wesentliche Netzerweiterungen gibt es keinen erkennbaren Bedarf. Die Anbindung an das Fernstraßen- und Autobahnnetz ist als sehr gut zu bezeichnen.

Der Generalverkehrsplan aus dem Jahr 1989 stellt jedoch keine akzeptable Beurteilungsbasis mehr dar. Wegebeziehungen, Wegelängen sowie die Wahl der Verkehrsmittel werden im Verkehrsentwicklungsplan (ehemals Generalverkehrsplan), der neu zu erarbeiten ist, ermittelt.

Das Angebot des ÖPNV im Stadtgebiet hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Der Übergang von der Bedarfsorientierung zur Angebotsorientierung hatte einen erheblichen Anstieg der Fahrgastzahlen zur Folge (seit 1988 eine Verdopplung auf heute ca. 15 Mio. Fahrgäste pro Jahr). Der flächendeckende 15-Minuten-Takt wird angestrebt.

Im Schienennah- und im Schienenfernverkehr gibt es Defizite. Das Regionalbahn- und Stadtbahnkonzept ist grundsätzlich vom Rat beschlossen, die Umsetzung liegt beim Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter (nph). Im Schienenpersonennahverkehr bildet der Paderborner Hauptbahnhof einen Knotenpunkt mit acht Regionallinien. Paderborn ist damit eingebunden in den Integralen Taktfahrplan NRW, der im Mai 1998 eingeführt worden ist und derzeit in einer zweiten Stufe auf Landesebene weiterentwickelt wird. Ein Integraler Taktfahrplan (ITF) unterscheidet sich vom herkömmlichen Taktfahrplan dadurch, dass nicht nur die Linie, sondern auch alle Anschlüsse vertaktet sind. Verbesserungen bei der Taktfrequenz und die Anlage neuer Haltepunkte sind aber noch erforderlich. Im Fernverkehr muss auf der Ost-West-Strecke der Stundentakt mit Anschlussmöglichkeiten in Kassel bzw. Dortmund / Düsseldorf angefordert werden. Darüber hinaus ist eine bessere Verbindung nach Berlin anzustreben.

Der Flughafen Paderborn / Lippstadt schafft ortsnahe die Verknüpfung zum weltweiten Flugnetz.

Im Radverkehr gibt es viele Ausbaumaßnahmen. Die Umsetzung kann nur im Rahmen der Zuweisung von Fördermitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) erfolgen.

Das Parkraumangebot im Stadtgebiet ist befriedigend. Lediglich Optimierungen im Detail stehen hier an, die jedoch bereits beschlossen sind.

Es gibt täglich ca. 26.100 Einpendler und ca. 11.500 Auspendler (1998). Die Zahl der Einpendler steigt, wie deren Wegelänge.

II. Generelle Ziele

Umweltgerechte Mobilität für alle

Gute Erreichbarkeit städtischer Funktionen im öffentlichen Verkehr und im Individualverkehr

Stadtverträgliche Verkehrsbewältigung

Förderung des Umweltverbundes (Modal-Split)

Wahrung der Belange des Individualverkehrs

Ausbau der Radverkehrseinrichtungen

Ausbau, Beschleunigung und Steigerung der Attraktivität des ÖPNV durch verschiedene Maßnahmen

Koordinierter Lieferverkehr in die Innenstadt und im Gegenzug Lieferservice aus der Innenstadt

Einrichtung eines Fahrgastbeirates beim Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

Sicherstellung und Verbesserung der regionalen und überregionalen Erreichbarkeit

Entwicklung, Optimierung und Sicherstellung eines ausgewogenen, preiswerten und kundenfreundlichen Parkraumangebotes

Deutliche Reduzierung der Verkehrslärm- und Verkehrsabgasbelastungen

Entwicklung eines Konzeptes zur Vermeidung von LKW-Verkehr in den Ortsteilen und Untersuchung, inwieweit eine Beschränkung der Lieferzeiten praktikabel ist

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Verkehrsplanung, Verkehrsmanagement

Der neue Verkehrsentwicklungsplan wird bis Ende 2002 vorgelegt.

Die künftigen Verkehrsmengen und die künftige Verkehrsmittelwahl sind in Abhängigkeit zur künftigen Stadtentwicklung sowie zu den städtischen Steuerungsmöglichkeiten, insbesondere hinsichtlich einer stadtverträglicheren Verkehrsverteilung, zu untersuchen. Nach Abwägung aller Belange ist eine Maßnahmenbündelung zur stadtverträglichen Verkehrsbewältigung zu beschließen.

Im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes sind alle Verkehrsarten – auch der Individualverkehr – gleichermaßen zu analysieren und zu optimieren. Insbesondere ist ein Abgleich mit Regionalbahn-/Stadtbahnkonzept, Stadtbussystem und Schienenverkehr zu berücksichtigen.

Das Stadtbussystem ist weiter zu entwickeln, zu optimieren und der künftigen Stadtentwicklung anzupassen.

Weiterhin soll untersucht werden, ob überprüfbare Zielvorgaben für eine Veränderung von Mobilität gefunden werden können.

Versucht werden sollte auch, eine Definition von „bürgerverträglicher“ Verkehrspolitik zu finden (Parksituation, Straßenbeleuchtung, fußläufige Anbindung zwischen der Fußgängerzone und Parkplätzen, Beschilderung).

Eine bessere Infrastruktur für Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV ist anzustreben sowie das Busbeschleunigungssystem durch eine verbesserte Verkehrssteuerung und durch Bussonderspuren weiter zu optimieren. Die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur ÖPNV-Beschleunigung ist auch abhängig von der Realisierung der Maßnahmen auf den Straßenabschnitten, die in der Trägerschaft des Landes und des Kreises stehen. Unter Zugrundelegung einer entsprechenden Finanzierung durch diese Straßenbaulastträger ist mit dem Abschluss des ÖPNV-Beschleunigungsprogramms bis spätestens 2005 zu rechnen.

Auch durch eine zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit ist auf eine Änderung der Verkehrsmittelwahl (Modal-Split) zu Gunsten des Umweltverbundes hinzuwirken. Zur Erhöhung der Kundenfreundlichkeit soll eine gemeinsame Mobilitätsberatung für alle Verkehrsmittel erfolgen.

Die Stadt unterstützt die Träger des ÖPNV bei der zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit, wobei eine finanzielle Beteiligung jedoch nicht in Frage kommen kann.

Seitens der Stadt würde auch ein Stadt-Teil-Auto-Konzept unterstützt, sofern ein Dritter als Betreiber auftritt.

Regionalbahn-/Stadtbahnkonzept

Die Umsetzung des Regionalbahn-/Stadtbahnkonzeptes ist die Aufgabe des nph in Abstimmung mit den verschiedenen Geschäftsbereichen der DB AG.

Die Stadt Paderborn sagt dem nph begleitende Unterstützung zu.

Im Rahmen der Bauleitplanung sind mögliche Trassenführungen des Regionalbahn- und Stadtbahnkonzeptes zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Strecke Uni/Lieth – Hauptbahnhof – Almepark – Elsen.

Die Strecke Paderborn – Bielefeld gehört zum Regionalbahn- und Stadtbahnkonzept. Die Sennebahn wird priorisiert. Die Einrichtung eines Bahnhalt punktes in Schloß Neuhaus, welche die Angelegenheit der DB Station & Service ist, ist dabei unumgänglich.

Die Haltestelle Rosentor wird die Schlüsselstation des Regionalbahn- und Stadtbahnkonzeptes darstellen. Die Machbarkeitsstudie ist mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, dass die drei vorhandenen Gleise ausreichend sind. Allerdings gibt es nur eine technisch machbare Lösung. Die Errichtung des Haltepunktes wird von DB Station & Service durchgeführt.

Ein attraktiver Zugang von der Haltestelle Rosentor zur Innenstadt ist zu planen und umzusetzen. Hierbei sind die Konsequenzen für die Führung des Individualverkehrs und die Kapazität auf dem Le-Mans-Wall abzuwägen. Die traditionelle Liborifestfläche bleibt im Kern unberührt.

Das Regionalbahn- und Stadtbahnkonzept soll zunächst nur auf vorhandenen Bahnstrecken realisiert werden. Sicherzustellen ist auch, dass bestehende Verbindungen erhalten bleiben. Neue Strecken werden erst nach einer ausführlichen Kosten-Nutzen-Analyse gebaut.

Stadtbussystem

Das in den letzten Jahren ausgebaute Stadtbussystem soll zu einem durchgängigen System tagsüber im 15-Minuten-Takt und zu verdichteten Taktzeiten abends und nachts

weiterentwickelt werden. Außerdem soll eine bessere Anbindung der Stadtteile untereinander und mit der Innenstadt erreicht werden. Schienenfernverkehr, Regionalbahn- und Stadtbahnkonzept, Regionalbusverkehr und Stadtbussystem sind aufeinander abzustimmen. Insbesondere sind hierbei auch die Bedürfnisse der Schülerverkehre in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu berücksichtigen.

Für Großveranstaltungen sollen Konzepte für ein Park and Ride-Angebot erstellt werden.

Dem Rat liegt eine gutachterliche Stellungnahme zum weiteren Verbleib der Busse in der Fußgängerzone vor. Der Rat wird im Laufe des Jahres 2002 entscheiden, ob die Verwaltung mittelfristig eine alternative Linienführung realisieren soll.

Zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sollen flexible und preisgünstige Tarifsysteme für jedermann entwickelt werden, wobei vor allem die Situation von Kindern, Jugendlichen, Seniorinnen und Senioren und deren Abhängigkeit vom ÖPNV zu berücksichtigen ist. Die Einführung eines Schülertickets ist eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits vorhandenen Angeboten. Die Mobilität der Schüler wird gefördert und es wird ihnen die Nutzung des ÖPNV näher gebracht. Dies hat auch Auswirkung auf die spätere Verkehrsmittelwahl. Details sind zu erarbeiten, insbesondere sind Fragen der Defizitabdeckung zu klären.

Das Stadtbussystem wird um alternative Beförderungsformen wie z.B. um das Anrufsammeltaxi ergänzt.

Schienenfernverkehr

Der Ausbau der Mitte-Deutschland-Schienen-Verbindung als Schnellverkehrsstrecke ist auf allen politischen Ebenen zu fordern und zu fördern. Auf jeden Fall muss die InterRegio-Verbindung erhalten bleiben, und für die Zukunft soll eine schnellere Verbindung angestrebt werden. Zur Realisierung der schnelleren Verbindung will die Stadt durch Beseitigung des Bahnübergangs Scharmeder Straße im Stadtteil Elsen beitragen.

Derzeit sind die Fahrzeiten auf der Schiene von Bielefeld nach Süddeutschland wegen des Umweges über Hannover, und von Paderborn nach Hamburg und Berlin sehr lang, wenn man sie auf die Luftlinienentfernung bezieht. Von einer besseren Anbindung Bielefelds über Paderborn nach Süden würde die Auslastung der Mitte-Deutschland-Verbindung profitieren. Eine erfolgreiche Umsetzung erfordert eine deutlich höhere Geschwindigkeit, als z.Z. für die Sennestrecke vorgesehen ist, die aber nach den Kurvenradien möglich erscheint. Wahrscheinlich sind zudem eine westliche Einfädelung (Neubauabschnitt) in den Paderborner Hauptbahnhof und eine Elektrifizierung notwendig.

Auf eine optimale Vertaktung der Verbindungen in Kassel und nach Berlin sowie in Dortmund und Düsseldorf ist Wert zu legen.

Der derzeitige Zustand des Paderborner Hauptbahnhofs ist nicht einladend. Das Bahnhofsumfeld ist unter dem Gesichtspunkt der Neuordnung der Verkehrsarten zu attraktivieren; das Bahnhofsgebäude ist zu modernisieren und auf den neuesten Stand der Technik zu bringen. Ein mit der DB Station & Service sowie den Bus- und Taxiunternehmen abgestimmtes Konzept für das Bahnhofsumfeld liegt vor, die Grunderwerbsverhandlungen mit der DBImm laufen.

Das Bahnhofsgebäude steht nicht im Eigentum der Stadt; eine Modernisierung ist Angelegenheit von DB Station & Service. Aufgrund der Finanzlage der Stadt ist eine finanzielle Beteiligung am Bahnhofsgebäude nicht möglich. Trotzdem sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine Verbesserung der heutigen Situation zu erreichen.

Radverkehr

Das Radverkehrsnetz ist nach überprüfbareren Zielsetzungen weiterzuentwickeln. Im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes ist sein Beitrag zur Bewältigung des Aufkommens grundsätzlich zu bewerten. An Punkten mit Flächenengpässen sind Lösungen im Hinblick auf andere Verkehrsarten zu prüfen und abzuwägen. In Paderborn fehlen noch immer erhebliche infrastrukturelle Voraussetzungen. So sind z.B. an wichtigen Verkehrsstraßen begleitende Radwege sowie an Kreuzungen fahrradfreundliche Lösungen zu schaffen. An dem Ziel eines konsequenten Radwegebaus ist festzuhalten, auch in Konfliktbereichen mit anderen Verkehrsnutzungen

Auf die Prioritätenliste im Radwegebau wird verwiesen.

Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Naherholungsgebiete und Freizeitangebote sind untereinander und mit den Wohnstandorten zu vernetzen. Ebenso darf der Ausbau von Radwanderwegen nicht vergessen werden.

Das Radwegenetz und seine Ausschilderung ist in bezug auf direkte Verbindungen zwischen den Ortsteilen bzw. Wohngebieten und der Innenstadt zu verbessern.

Beim Ausbau des Radverkehrsnetzes werden die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Seniorinnen und Senioren besonders beachtet.

Die Errichtung von Fahrradboxen ist nach bedarfsgerechter und angebotsorientierter Planung an verkehrstechnischen Schnittstellen vorzunehmen. Besonders gilt dies für den Bereich der Parkhäuser und der Parkplätze in zentraler Lage. Durch Installation eines solchen Systems kann auch den Fahrradnutzern zentrumsnah eine kostengünstige und diebstahlsichere Abstellmöglichkeit angeboten werden. Dabei darf der Parkraum nicht reduziert werden.

Fußgängerverkehr

Das Fußwegenetz ist weiter auszubauen und verkehrssicher und behindertengerecht zu gestalten. Auf ausreichend breite Wege und auf eine konfliktarme Führung ist zu achten. Im Zuge verkehrsreicher Straßen sind Überquerungshilfen anzulegen.

Im Bereich von Kindergärten und Grundschulen sind entsprechende Schutzbereiche zu schaffen. Für Grundschulen sind Schulwegepläne zu erstellen.

Die Fußgänger sind möglichst umwegfrei an ihr Ziel zu führen. Die Fußwege und ihr Umfeld sind attraktiv zu gestalten. Plätze mit Aufenthaltsqualität sind zu integrieren. Die Fußwege sind sicher und sauber zu halten.

Straßen

Aufgrund des guten Hauptverkehrsstraßennetzes in Paderborn stehen wesentliche netzweiternde Straßenbauvorhaben zur Zeit nicht an. Das Augenmerk ist zu richten auf die Erhaltung und die Optimierung des Bestandes.

Als hervorzuhebende Baumaßnahmen im vorhandenen Netz sind der Neubau der Brücke „Dr. Rörig-Damm“ und die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes zu nennen.

Erkennbarer Bedarf besteht beim Ausbau des Frankfurter Weges; allerdings bedarf es dazu der Bereitschaft der Anlieger, die erforderlichen Grundstücksflächen abzutreten.

Von großer Bedeutung ist zur verkehrlichen Entspannung in Sande der Bau der lange geplanten Tangente zwischen Münsterstraße und Ostenländer Straße. Allerdings ist das Land NRW als Baulastträger zuständig. Eine Anmeldung gegenüber dem Land ist bereits erfolgt. Wichtig ist, dass die erforderliche Trasse freigehalten wird.

Der Unterhaltung des gesamten Bestandes ist große Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu ist derzeit eine systematische Bestandserfassung der Straßen in der Unterhaltungspflicht der Stadt in Arbeit, deren Resultat eine Straßendatenbank sein wird. Aus dieser Straßendatenbank ist ein konkretes mehrjähriges Unterhaltungsprogramm abzuleiten.

Über Neu- und Ausbaumaßnahmen wird nach Vorlage der Ergebnisse des Verkehrsentwicklungsplanes entschieden.

Im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes sind alle Auswirkungen einer Einbahnstraßenlösung für den Inneren Ring aufzuzeigen.

Parken

Die bekannten Optimierungen des Parkraumkonzeptes im Detail werden abgearbeitet. Im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung der Florianstraße wird an den integrierten Neubau eines öffentlichen Parkhauses gedacht. Dieses Parkhaus kann ggfls. auch privat finanziert werden.

Ziel der Stadt ist es, auch im Rahmen der Umplanung des Bahnhofsbereichs Stellplätze in einem Parkhaus für P + R und Dauerparker zu schaffen.

Das Parkraumangebot im Ortskern von Schloß Neuhaus ist einer genauen Überprüfung zu unterziehen. Das betrifft vor allem die Zeiten von Veranstaltungen im Bereich Schloss- und Auenpark.

Unter Bezugnahme auf jedes einzelne Objekt sind bei größeren Planungen wie z.B. Kötterhagen oder Florianstraße stets Parkplatzanalysen bzw. Anpassungen vorzunehmen, um kein Defizit an Parkraum entstehen zu lassen.

Luftverkehr

Der Flughafen Paderborn-Lippstadt ist eine der bedeutendsten Infrastruktureinrichtungen der Region. Die Entwicklung des Flughafens wird grundsätzlich unterstützt.

Insbesondere sollte regional die Initiative zur Wiederaufnahme der Flugverbindung zum Luftverkehrskreuz Amsterdam erfolgen.

Der weitere Siedlungsausbau der vom Flugverkehr betroffenen Bereiche sollte im Rahmen der Regionalplanung unterbunden werden.

„Neue Bahntechnik Paderborn“

Die von der Universität Paderborn vorangetriebene Forschungsinitiative „Neue Bahntechnik Paderborn“, welche die moderne Fahrgasttechnologie mit den Vorteilen des Transrapid und der Nutzung bestehender Bahntrassen vereint, wird begrüßt und unterstützt. Das Projekt wird auch als Chance für den Wirtschaftsstandort Paderborn verstanden. Das Konzept wird zunächst auf einer Versuchsstrecke modellhaft verwirklicht. Nach einem erfolgreichen Abschluss der Forschungsarbeiten sieht die Stadt Paderborn eine Perspektive für einen möglichen Einsatz der „Neuen Bahntechnik“ auf der Verbindungsstrecke „Paderborn - Flughafen“.

Kultur

I. Ausgangslage

Paderborn hat sich in eine zunehmend städtische Bürgergesellschaft mit kultureller Vielfalt entwickelt. Das Selbstverständnis dieser Gesellschaft wird u.a. bestimmt einerseits durch eine handwerklich-landwirtschaftliche Tradition und katholisch geprägte Geschichte der Stadt und andererseits durch Mobilität der Menschen und eine globale, aber auch unmittelbar am Ort erfahrene dynamisch sich entfaltende Wissenschaft und Wirtschaft. Entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen vollzieht sich die Entwicklung unterschiedlicher Betrachtungsweisen auch der sozialen und kulturellen Werte. Von den einzelnen Gruppen der Bürgergesellschaft wird Kultur unterschiedlich wahrgenommen. Daraus resultiert, dass für das Selbstverständnis der Menschen unserer Stadt das Nebeneinander von kultureller Kontinuität und Neuorientierung eine zukunftsweisende Bestimmung hat. Die Kulturarbeit der öffentlichen Hand muss daher beiden Gesichtspunkten Rechnung tragen.

II. Generelle Ziele / Leitlinien

Aufgabe der städtischen Kulturpolitik und Kulturarbeit ist es, den stetig stattfindenden gesellschaftlichen Dialogprozess der Lebensstile mit ihren kulturellen Ausprägungen und damit einhergehenden Wertvorstellungen auch auf politischer Ebene zu begleiten und ihm in Entscheidungen Rechnung zu tragen.

Infolge der kulturellen Vielfalt wird diese Aufgabe neben einer Grundversorgung stärker als in der Vergangenheit bestimmt sein durch Kulturmoderation, die sich an Leitkriterien zur politischen Steuerung orientieren muss.

Die Stadt bietet auf diese Grundversorgung aufbauend den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, lokale, regionale und überregionale kulturelle Wurzeln kennen zu lernen und kommunikativ teilzuhaben am kulturellen Leben der Gegenwart.

Die Stadt Paderborn will sich weiter als Kulturstadt etablieren und profilieren. Sie lässt sich dabei von der Erkenntnis leiten, dass Kultur und deren Pflege zu den Grundbedürfnissen gehört, da sie Identität und Orientierung schaffen und dem Einzelnen die Chance intellektueller und emotionaler Bereicherung und Prägung bieten.

Die Kulturpolitik berücksichtigt die Wurzeln der bestehenden Kulturen. Sie hilft, sie zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Eine besondere Bedeutung hat die hohe Zahl der Neubürgerinnen und Neubürger. Sie sollen einerseits für das bestehende kulturelle Selbstverständnis in der Stadt gewonnen werden, andererseits soll es ihnen ermöglicht werden, ihre eigene(n) Kultur(en) in das Leben der Stadt einzubringen.

Kultur ist für die Außenwirkung der Stadt von enormer Bedeutung. Eine blühende Kulturszene ist durch ihre Wirkungen nach innen und außen ein bedeutender Standortvorteil.

Durchgängiges Merkmal der Kulturszene in Paderborn muss auch weiterhin in allen Sparten die Mischung städtischer und anderweitiger Angebote sein. Die Stadt tritt in einer Doppelfunktion einerseits als Förderer, andererseits als Anbieter kultureller Leistungen auf.

Besondere Bedeutung haben hochwertige Kulturangebote, z.B. im Bereich Sprech- und Musiktheater. Hochwertigkeit des Angebots sollte für die Stadt ein leitendes Kriterium sein, sowohl im Hinblick auf das eigene Angebot als auch auf die Förderung.

Im Ergebnis gilt es, die kulturelle Grundversorgung zu sichern, ein kreatives Klima für alle Kulturschaffenden zu erreichen und darüber hinaus gehend das kulturelle Profil der Stadt zu schärfen. Für die Grundversorgung und das kreative Klima ist ein Kriterium, den vielfältigen kulturellen Lebensweisen gerecht zu werden, wichtig. Sie sind der nötige kulturelle Urgrund, aus dem die besonderen Hervorhebungen erwachsen.

Hierzu bedarf es der Pflege und Förderung der Kultur auf allen Ebenen in einem angemessenen Verhältnis, d. h.

- von der Grundlagenarbeit im Bereich der kulturellen Bildung und Betätigung (Grundversorgung, Bibliothek, Musikschule)
- über das regelmäßige qualitativ hochwertige professionelle Kulturangebot (notwendiges kulturelles Angebot mit Möglichkeiten zur Profilbildung durch Alleinstellungsmerkmale: z.B. Westfälische Kammerspiele, Städtische Konzert- und Theaterreihen, Kirchenmusik im Hohen Dom)
- bis hin zu den singulären Spitzenereignissen (Profilbildung, Alleinstellungsmerkmale).

Dabei wird die Stadt vor allem solche Angebote machen und Angebote anderer fördern, die vor dem Hintergrund der im Dialogprozess festgestellten Förderungswürdigkeit, der Qualitätskriterien und der allgemeinen Zielsetzungen (Sicherung von Grundbedürfnissen der Lebensqualität; Identität und Orientierung; Image) wünschenswert sind, die es aber besonders "schwer" haben, weil sie privatwirtschaftlich nicht zu gewährleisten sind. Beispielhaft sei hier nur die Förderung der Frauenkulturarbeit genannt. In eigener Initiative wird die Stadt besonders solche Angebote aus dem spitzenkulturellen Bereich und in der vermittelnd bzw. pädagogisch ausgerichteten Kulturarbeit machen, die auch durch private Initiative von Vereinen und engagierten Einzelpersonen nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden.

Für eine aktive, effiziente und unbürokratische Förderung, insbesondere der nicht institutionsgebundenen Kultur und der Förderung von deren Nachwuchs sind neue organisatorische und finanzielle Voraussetzungen zu schaffen.

Darüber hinaus sollte das vorhandene Profil Paderborns als moderner Wirtschaftsstandort durch geeignete Entsprechungen im Kulturbereich verstärkt werden, insbesondere durch avantgardistische kulturelle Angebote der Gegenwart, z.B. einer Kunstaussstellung im öffentlichen Raum oder avantgardistischer Musik. Besondere Bezüge zum IT-Standort Paderborn sind wünschenswert.

Ferner ist die Nutzung der Möglichkeiten regionaler Vernetzung, Zusammenarbeit und Profilierung weiter zu verbessern. Der interkommunalen Zusammenarbeit kommt dabei besondere Bedeutung zu. Sie ist zu verstärken. Regionale Wurzeln unserer Kultur sollten besondere Beachtung finden.

Paderborn hat trotz seines reichen Denkmalbestandes mit über 340 eingetragenen Bau- und Bodendenkmälern kein ausreichendes überregionales Image als historische Stadt. Ausgehend von der Karolinger-Ausstellung ist das Bild „Paderborn – eine historische Stadt“ zu verstärken.

Zur Erreichung der Ziele im Kulturbereich sollten alternative Finanzierungsmodelle (Public-Private-Partnership) besondere Berücksichtigung finden, insbesondere bei den großen Bauvorhaben, aber auch bei den laufenden Projekten. Für private Initiativen sind geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die kulturelle Bildung zur Befriedigung von Bildungsbedürfnissen, die sich nicht primär aus ökonomischen Erfordernissen herleiten und mit dem Ziel des Erhaltes und der Steigerung eines attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandortes Paderborn einhergehen, genießt hohe

Priorität. Paderborn sieht sich als Oberzentrum in besonderer Verantwortung für ein Bildungswesen auf hohem Niveau. Stärker als bisher wird die Stadt dort, wo sie Trägerin von Bildungseinrichtungen ist, eine Vorreiterfunktion übernehmen und nach dem Motto "Stillstand ist Rückschritt" ihre Bildungseinrichtungen stärken und deren Angebote kontinuierlich ausbauen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Paderborn als IT-Standort.

Dabei wird sich die Aufgabe stellen, entsprechende Räumlichkeiten zu schaffen, um dem anspruchsvollen Bildungsauftrag gerecht werden zu können.

Paderborn besitzt eine Vielzahl von Institutionen, die der Sparte kulturelle Bildung zuzurechnen sind: Archive, Bibliotheken, Museen, Musikschulen und Volkshochschule (VHS).

III. Handlungsprogramm/Maßnahmen

Unterbringung von Einrichtungen der kulturellen Bildung

Zur Sicherung der Grundversorgung durch Musikschule, Kinder- und Computerbibliothek, Volkshochschule und zur Schaffung funktionaler und für Nutzer angemessener Räume sind die genannten Einrichtungen neu unterzubringen. Seit langem bestehende erhebliche Unterbringungsdefizite sind zu beseitigen und die Normalisierung der Arbeitsbedingungen der genannten Einrichtungen ist herzustellen.

Verschiedene Standorte (Innenstadt, Am Bogen u.a.) sind zu überprüfen und nach Vor- und Nachteilen zu gewichten.

Die Entwicklung eigener unverwechselbarer Profile, die konzeptionell von den einzelnen Institutionen zu entwickeln sind, ist dabei ebenfalls einzubeziehen.

Eine Entscheidung ist im Rahmen der Haushaltsberatungen 2003 zu treffen.

Kammerspiele

Angesichts der besonderen kulturellen und repräsentativen Bedeutung der Westfälischen Kammerspiele für Paderborn ist eine Verbesserung der räumlichen Situation notwendig. Die räumlichen Bedingungen der Kammerspiele sind unzureichend, bauordnungsrechtliche Probleme bestehen. Ferner fehlen eine behindertengerechte Gestaltung und moderne Bühnentechnik.

Nach der noch im Jahre 2002 vorzulegenden umfassenden und zukunftsweisenden inhaltlichen und baulichen Konzeption ist für die Kammerspiele schnellst möglich eine Standortalternative zum Kötterhagen vorzulegen. Nur ein Neubau gewährleistet ein voll funktionsfähiges Theater mit einer möglicherweise integrierten Kinder- und Jugendsparte. Städtebaulich und stadtentwicklungspolitisch ist für die Kammerspiele, das Schauspieltheater für Paderborn, nur ein Innenstadtstandort vorstellbar.

PaderHalle und Veranstaltungshalle

Überlegungen für eine Großveranstaltungshalle müssen mit Überlegungen zu einer Profilierung des Veranstaltungsortes PaderHalle verknüpft werden.

Die PaderHalle benötigt ein klareres Profil. Gemäß ihrer baulichen Konzeption ist sie in erster Linie für Theater und Konzerte im Rahmen des Kulturprogramms zu nutzen.

Von großer Bedeutung für die Stadt ist die mittelfristige Schaffung der Rahmenbedingungen für größere Veranstaltungen. Gedacht ist an eine Multifunktionshalle. Es ist im Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit in einer Machbarkeitsstudie genau zu prüfen, für welche Veranstaltungen (Event-Kultur, Messen, Gesellschaft, Sport) Raumbedarf besteht, welche Voraussetzungen (Technik, Verkehrsanbindung etc.) und Platzkapazitäten benötigt werden und welche Organisationsform am günstigsten wäre. Verschiedene Standorte sind zu prüfen, sowohl ein Neubau als auch der Ausbau bestehender Einrichtungen unter Berücksichtigung von deren jetziger Funktion. Einer privaten Investition ist der Vorrang vor städtischem Engagement zu geben. Für eine solche Investition sind günstige Rahmenbedingungen zu schaffen.

Historische Räume im Schloss

Langfristiges Ziel ist eine kulturell repräsentative und insbesondere touristisch wertvolle Nutzung des gesamten Schlosses. Langfristig sind weitere Räume dazu auszugestalten.

Die bereits bestehenden historischen Räume des Schlosses im Stadtteil Schloß Neuhaus bedürfen auch für eine verstärkte kulturelle Nutzung einer schrittweisen Verbesserung der Ausstattung, insbesondere in Bezug auf die Bestuhlung, das Mobiliar und die Beleuchtung. Das Nutzungskonzept hat strenge Vorgaben zu machen, damit die Veranstaltungen dem Ambiente gerecht werden, Wert und Image der Räume erhalten bleiben.

Städtische Galerien

Es ist zu prüfen, ob das Ausstellungswesen (Museen und Galerien) als eigene Organisationseinheit direkt dem Kulturdezernenten unterstellt werden kann.

Die Städtische Galerie Am Abdinghof wurde umgebaut und erweitert. Ihre Attraktivität als künstlerischer Mittelpunkt im Herzen der Stadt hat sich damit deutlich erhöht. Damit einher geht die Erarbeitung eines neuen, eigenständigen Ausstellungskonzeptes, das auf eine Niveauverbesserung abzielt. Dieses Ausstellungskonzept ist weiter zu entwickeln.

Um dem gesamten Aufgabenspektrum gerecht werden zu können, ist mittelfristig die Umsetzung des zweiten Bauabschnittes erforderlich. Für die in Anspruch genommenen Büroflächen muss Ersatz geschaffen werden. Erst mit der Realisierung des zweiten Bauabschnitts wird die adäquate Unterbringung von qualitativ hochwertigen Sonderausstellungen, Wechselausstellungen, insbesondere mit regionalen Künstlern, dem Kunstverein, den musealen Bereichen (insbesondere Sammlung Bergmann-Michel) möglich werden.

Die kunstpädagogische Begleitung und multimediale Unterstützung der Kunstaussstellungen in den Galerien ist mittelfristig zu verbessern, insbesondere museums- und kunstpädagogische Aktivitäten (Forum für Kunst und Spiel - FoKuS) und kunst- und kulturbezogene Medienangebote. Die Voraussetzungen finanzieller, personeller und räumlicher Natur sind dafür schrittweise zu schaffen.

Die Gründung eines Fördervereins „Galerien“ ist anzustreben.

Zudem ist der Vorplatz der Städtischen Galerie Am Abdinghof, wie bereits im Kulturausschuss beschlossen, im Rahmen eines internationalen Wettbewerbes künstlerisch

zu gestalten. Der Termin ist mit der landschaftsarchitektonischen Gestaltung des Gesamtbereichs abzustimmen.

Städtische Museen

Wegen der bestehenden Unzulänglichkeit bei der räumlichen Unterbringung besteht besonderer Handlungsbedarf für das Museum für Stadtgeschichte im Adam- und Eva-Haus. Die museale Vermittlung der über 1200jährigen Geschichte der Kernstadt, die naturgemäß ein zentrales Anliegen der städtischen Museumsarbeit darstellt, ist gezwungenermaßen in bescheidenen Ansätzen stecken geblieben. Das geringe Raumvolumen und die konstruktiven Besonderheiten des Gebäudes (Fachwerk) setzen einem vollständigen Überblick über die facettenreiche Stadtgeschichte und einer sinnvollen Konzeption unüberwindliche Hindernisse entgegen. Zudem fehlen großzügige Räumlichkeiten für eigene stadthistorische Sonderausstellungen bzw. historische Wanderausstellungen.

Hinweisen muss man in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Museums für das Image der Stadt: Stadtgeschichtliche Museen sind für kulturinteressierte Besucher von außen immer ein beliebter und zentraler Anlaufpunkt.

Mittelfristig muss für das Museum ein neuer Standort in zentraler Lage gefunden werden, der die o.g. Defizite nicht aufweist und eine umfassende und modern konzipierte Präsentation der Stadtgeschichte wie auch ergänzende Wechselausstellungen erlaubt. Sodann sollte dieses Museum künftig den Namen „Stadtmuseum“ führen und eine Neukonzeption zugrunde gelegt werden.

Die Museen im Marstall und die Ständige Sammlung zur Baugeschichte des Neuhäuser Schlosses sind weiterhin zu fördern und weiterzuentwickeln.

Die museumspädagogische Arbeit aller Einrichtungen, insbesondere in Kooperation mit den Schulen, ist zu verstärken und auszubauen.

Archive

In Paderborn haben drei Archive von überörtlicher Bedeutung ihren Sitz: das Erzbistumsarchiv, das Archiv des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Abt. Paderborn, und das Stadtarchiv. Sie bewahren schriftliche Quellen zur Geschichte Paderborns und des Umlandes auf und halten diese für Wissenschaft und Forschung bereit. Der zeitliche Umfang der Quellen reicht vom frühen Mittelalter bis in die Gegenwart.

Die Zuständigkeit des Stadtarchivs erstreckt sich in erster Linie auf die Schriftgutüberlieferung der Stadt Paderborn und ihrer Rechtsvorgänger. Insbesondere hat das Stadtarchiv nach dem Archivgesetz NW neben der Erhaltung und Erschließung der Quellen auch die Aufgabe, historisch-politische Bildungsarbeit / Archivpädagogik zu betreiben.

Die seit Jahren andauernde prekäre Raumsituation hat den Handlungsspielraum des Stadtarchivs erheblich eingeengt. Mit der Verlagerung in das Dienstgebäude Pontanusstraße wurde eine völlig neue Ausgangslage geschaffen. Jetzt stehen moderne und ausreichend dimensionierte Räumlichkeiten zur Verfügung, die auf absehbare Zeit allen archivspezifischen Anforderungen genügen dürften und für ein öffentliches Archiv dieser Größenordnung als mustergültig anzusehen sind.

Die bisher nur punktuell durchführbare historisch-politische Bildungsarbeit und Archivpädagogik soll kontinuierlich und planmäßig ausgeweitet werden:

Dies betrifft die historische Projektarbeit mit Schulen und anderen Interessentengruppen, öffentliche allgemeine und sachthemenische Führungen, Ausstellungen und Vorträge. In diesem Zusammenhang ist eine verstärkte Kooperation mit den historischen Museen der Stadt Paderborn anzustreben.

Der Informations-, Beratungs- und Benutzerservice ist der technischen Entwicklung und der gewandelten Erwartungshaltung der Archivbesucher anzupassen:

- Recherche-PC´s im Besucherraum,
- Internetzugang für Besucher zur Nutzung externer Informationsquellen,
- Bereitstellung eigener Archivalienverzeichnisse, der "Paderborner Bibliographie" und des Kataloges der Dienstbibliothek im Internet (2. Stufe des Pilotprojektes der Deutschen Forschungsgemeinschaft - DFG - "NRW-Archive im Internet"),
- Einsatz moderner und die Archivalien schonender Reprotechniken: z.B. Buchscanner,
- Vereinfachung und Beschleunigung der Benutzung visueller Archivalienbestände (Bilder, Plakate, Presseauschnitte) durch Digitalisierung.

Mittel- bis langfristig sind erhebliche Anstrengungen zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur dauerhaften Erhaltung des Archivgutes erforderlich:

- Wie in allen anderen Archiven und Bibliotheken mit älteren Beständen macht sich auch im Stadtarchiv seit einigen Jahren zunehmend das Problem des Papierzerfalls bemerkbar (Zersetzung der seit Mitte des 19. Jahrhunderts verwendeten industriell gefertigten Zellulosepapiere aufgrund Freisetzung von Säure). Eine durchgreifende und umfassende Bekämpfung des Phänomens ist nur durch die Forcierung der Mikroverfilmung (Ausschluss der Originale von der Benutzung) sowie durch die Anwendung mittlerweile zur Einsatzreife gediehener industrieller Massenentsäuerungs- und -konservierungsverfahren zu erzielen.
- Es sind Konzepte und Verfahren zur dauerhaften Archivierung und Nutzbarkeit von nur noch in digitaler Form in der Verwaltung vorgehaltenen Daten zu entwickeln (z.B. Meldewesen).

Bibliotheken

Paderborn verfügt über drei jeweils ein eigenes Profil aufweisende große öffentliche Bibliotheken: die Universitätsbibliothek, die Erzbischöfliche Akademische Bibliothek und die Stadtbibliothek mit den Sonderabteilungen Kinderbibliothek und Computerbibliothek sowie den Stadtteilbibliotheken Dahl, Elsen, Sande, Schloß Neuhaus und Wewer. Abgesehen von den Stadtteilbibliotheken ist die Stadtbibliothek derzeit auf drei Standorte in der Innenstadt verteilt: Rothoborn, Rathausplatz und Rathauspassage.

Als artverwandte Einrichtung ist auch das Medienzentrum für das Erzbistum Paderborn zu nennen. Hinzuweisen ist auf das Institut für Religionsunterricht und Katechese im Erzbischöflichen Generalvikariat sowie die Bibliothek des Johann-Adam-Möhler Institutes.

Generelle Zielsetzung der Stadtbibliothek ist die Sicherstellung der informatorischen und kulturellen Grundversorgung in der Kommune. Derzeit noch vorhandene Defizite in der Literaturversorgung der Stadtteile Lieth und Kaukenberg, insbesondere mit Kinder- und Jugendliteratur, sollen durch die Errichtung einer kombinierten Schul- und Stadtteilbibliothek abgebaut werden.

Ein besonderer Schwerpunkt der künftigen bibliotheksspezifischen Arbeit wird in der weiteren Optimierung des Kundenservice durch Ausbau des IT-Einsatzes liegen: Öffnung der Bibliothek ins Netz.

In diesem Kontext sind Synergieeffekte freisetzende Kooperationsmodelle mit kompetenten örtlichen und überörtlichen Partnern anzustreben, speziell mit der Universitätsbibliothek Paderborn (UB) und der Stadtbibliothek Gütersloh.

Die Zusammenarbeit mit der UB soll sich insbesondere auf den Bereich der Konzipierung und Bereitstellung neuer und erweiterter Bibliotheksdienstleistungen erstrecken:

- Katalog-Austausch (gemeinsamer One Public Access Catalogue -OPAC-; Nachweis der Bestände wechselseitig in beiden Einrichtungen),
- Gemeinsamer Nachweis der Bestände in Netzen

Für eine Kooperation mit der Stadtbibliothek Gütersloh bieten sich folgende Bereiche an:

- gemeinsame EDV-Administration (EDV-Verbund),
- koordinierte Öffentlichkeitsarbeit,
- gemeinsame Aus- und Fortbildungsmaßnahmen,

Ein besonderer Vorteil der Kooperation mit Gütersloh liegt in der engen Verbindung der dortigen Stadtbibliothek zur Bertelsmann-Stiftung. Mit Unterstützung der Stiftung lassen sich gemeinsame Innovationen entwickeln, die die jeweils einzelne Bibliothek personell wie finanziell nicht realisieren könnte, z.B.:

- bibliotheksspezifische Suchmaschinen ("Bibliotheksagenten"),
- elektronische Auskunft bzw. elektronischer Lesesaal,
- Optimierung des Bibliotheksmanagements.

Die Stadtbibliothek Paderborn ist von ihrer Aufgabenstellung und ihrem Selbstverständnis her schon seit langem nicht mehr nur die klassische "Ausleihstelle" für Bücher. Sie stellt mit ihrem reichhaltigen "Rahmen"-Programm (insbesondere Lesungen, Ausstellungen und Vorträgen) einen unverzichtbaren Faktor im Paderborner Kultur- und Bildungsleben dar. Durch Programmarbeit in gemeinsamer Trägerschaft mit anderen örtlichen Kultureinrichtungen (Volkshochschule, städtische Musikschule, Westfälische Kammerspiele u.a.) sind diese Aktivitäten auszuweiten.

Da die Mietverträge für die Standorte Rathausplatz und Rathauspassage in absehbarer Zeit auslaufen, muss mittelfristig für diese Außenstellen ein geeigneter neuer Standort gefunden werden, zumal die Unterbringung den räumlichen Anforderungen nicht genügt. Sowohl aus organisatorischen als auch aus Gründen der Benutzerfreundlichkeit kommt dabei der Reduzierung der Zentralbibliothek von derzeit drei auf künftig wieder zwei Standorte eine besondere Bedeutung zu.

Städtische Musikschule

Musikschulen als öffentliche Einrichtungen gehören zur kulturellen Grundversorgung der Bevölkerung.

Die Städtische Musikschule Paderborn unterrichtet ca. 2.100 Schülerinnen und Schüler in 21 Instrumentalfächern, dem Grundbereich mit musikalischer Früh- und Grundausbildung, Theoriekursen und Kammermusikgruppen, Orchestern und Spielkreisen sowie Tanz. Ein Schwerpunkt der Schule liegt in dem Fachbereich Ensemblespiel sowie Instrumentalunterricht mit Behinderten – hier speziell blinden Schülern.

Die Wochenstundenzahl von derzeit 1060 für das gesamte Leistungsspektrum teilt sich auf in 900 BAT Wochenstunden (hauptamtliche Lehrkräfte) und 160 Wochenstunden, die durch Honorarkräfte erteilt werden.

Die Unterbringung der Musikschule ist schnellstmöglich zu verbessern.

Aufgrund der wachsenden Bevölkerungszahl und der steigenden Nachfrage nach Unterricht wird der Rat im Zuge der Haushaltsberatungen 2003 zu entscheiden haben, ob die im Jahr 1994 beschlossene Begrenzung auf 900 BAT Wochenstunden (hauptamtliche Lehrkräfte) noch zu halten ist und inwieweit eine Anpassung an die Gegebenheiten vorgenommen werden sollte.

Über die interkommunale Zusammenarbeit ist die Basis zu schaffen, dass auch Kinder aus Nachbargemeinden die Städtische Musikschule besuchen können.

Die Städtische Musikschule sucht die Abstimmung mit den privaten Musikschulen, wobei ihr zentraler Bildungsauftrag als öffentliche Einrichtung der kulturellen Grundversorgung bewahrt wird.

Kulturwerkstatt

Die Arbeit an der Neukonzeption und dem Regelwerk der Kulturwerkstatt ist fortzusetzen. Die Verwaltung wird kurzfristig einen Entwurf über die Konzeption und das Regelwerk vorlegen. Dabei ist auch die eigene Veranstaltertätigkeit der Kulturwerkstatt einzubeziehen.

Öffentlicher Raum

Die kulturellen Angebote im öffentlichen Raum sind zu verbessern. Für den weiteren Ausbau dieser Angebote ist eine Ertüchtigung der geeigneten Orte im Rahmen der landschaftsarchitektonischen Gestaltung des Gesamtbereichs vorzusehen, insbesondere des Ensembles Paderquellgebiet-Galerievorplatz-Franz-Stock-Platz, aber auch des Marienplatzes und des Rathausplatzes. Dazu gehört auch die Schaffung der geeigneten Infrastruktur für Open-Air-Veranstaltungen, die in Abstimmung mit den verschiedenen potentiellen Anbietern zu schaffen ist. Derzeit behindern Busse, die durch die Fußgängerzone fahren, kulturelle Angebote im öffentlichen Raum. Dieses Problem ist in diesem Zusammenhang zu lösen.

Profilierung des städtischen Kulturangebots

Als Kulturanbieter muss die Stadt ein streng ausgewähltes Kulturprogramm von hoher Qualität, überregionaler Bedeutung und vor allem erkennbarer Eigenständigkeit machen, das einer ausgewählten Zielsetzung entspricht. In diesem Sinne ist vorgesehen, die sehr erfolgreiche Veranstaltung „Musica Sacra“ zum Festival auszubauen.

Im Jahre 2005 oder 2006 sollte in Paderborn erneut eine kunst- und kulturhistorische Großveranstaltung möglichst wieder in Kooperation zwischen dem Landschaftsverband, dem Erzbistum und der Stadt Paderborn durchgeführt werden. Damit könnte das durch die Karolinger-Ausstellung gewonnene Profil weiter gestärkt und die Stadt als Zentrum der Mittelalterforschung weiter gefördert werden.

Eine weitere Profilierung des Kulturprogramms mit überregionalem Anspruch ist durch einen periodisch wiederkehrenden Beitrag zur Vermittlung und Auseinandersetzung mit zeitgenössischem Kunstschaffen im Wechsel mit einer großen historischen Ausstellung zu schaffen. Ein Ansatzpunkt sollte dabei der in Deutschland einmalige öffentliche Raum der Paderquell- und Padergrüngebiete und deren Verbindung sein. Es ist zu prüfen, ob dafür jeweils ein international renommierter Ausstellungsmacher gefunden werden kann, der durch die Leitung der städtischen Galerien begleitet bzw. betreut wird.

Das Kulturangebot der Stadt muss nicht nur „unterbreitet“, sondern „vermittelt“ werden. Hierzu gehören insbesondere pädagogische Angebote für alle Altersstufen. Diese Vermittlung muss durch eine konzentrierte Öffentlichkeitsarbeit und Werbung unter Verwendung zeitgemäßer Präsentationsformen gefördert werden. Es ist ein kulturpädagogisches Konzept erforderlich, in das die bestehenden Kultureinrichtungen und freien Träger sowie insbesondere die Schulen eingebunden sind.

Um Programmatik bzw. Profilbildung der Kulturaktivitäten in der Stadt herauszuarbeiten, werden die Akteure der Kultur in Paderborn aufgefordert, einen „Stadtkulturverband“/„eine Interessengemeinschaft Kultur“ zu gründen.

Die Koordination und Kooperation zwischen den kulturellen Trägern mit der Bündelung der kulturellen Ressourcen und den regelmäßigen Gesprächen zur Entwicklung, Planung und Durchführung und Vermarktung von Projekten ist fortzuführen und auszubauen.

Die aktive Rolle Paderborns im Bereich der regionalen Kulturkooperation ist weiter zu intensivieren. Ziel muss es dabei sein, dass z. B. das Landestheater Detmold und die Nordwestdeutsche Philharmonie nicht als Gäste der Stadt, sondern als fester Bestandteil der heimischen Kulturszene angesehen werden.

Förderung

Zur Förderung gehört einerseits Mittelbereitstellung, andererseits die aktive Mitarbeit bei und Unterstützung von geeigneten Aktivitäten der kulturell aktiven Gruppen in Paderborn.

Für die unbürokratische Unterstützung kultureller Initiativen sind neue Strukturen innerhalb der Kulturverwaltung zu entwickeln, die bestehende Distanzen abbauen. Die Förderinstrumente sind entsprechend anzupassen.

Dazu ist kurzfristig eine Umorganisation der Kulturverwaltung nötig. Ziel der Umorganisation ist es, eine Basis zur Wahrnehmung folgender Aufgaben zu schaffen, die in der bisherigen Struktur nicht genügend wahrgenommen werden können:

- Förderung kultureller Aktivitäten (entdecken, anregen, ermutigen, unterstützen, fördern)
- Moderation des kulturellen Dialogs
- Koordination von Veranstaltungen (Kulturkalender in Kooperation mit dem Verkehrsverein)

Konkret soll Gruppen oder auch Einzelpersonen, die sich kulturell betätigen wollen, gezielt bei Aufgaben der Selbstorganisation, der Raumbeschaffung, des Marketings und der Veranstaltungsorganisation geholfen werden.

Darüber hinaus soll durch die Umorganisation die Möglichkeit geschaffen werden, Kontakt zwischen den Kulturschaffenden herzustellen und Kommunikationsprozesse zu moderieren. Ziele solcher Prozesse reichen von zentraler Terminabstimmung bis zu Integrationsversuchen. Ein mögliches Ziel könnte ein gemeinsamer Kultursommer im Paderquellgebiet sein.

Um im Bedarfsfalle beim Start auch finanziell helfen zu können, sind im Rahmen der Umorganisation Mittel für projektbezogene Förderung einzustellen.

Insbesondere gilt es, auf diesem Wege die nicht institutionsgebundene Kulturszene stärker zu fördern, um die Angebotspalette zu vergrößern sowie Ideen und Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

Kulturelle Jugendarbeit

Die beteiligten Stellen der Stadtverwaltung Paderborn sollten Instrumente und Strukturen erarbeiten, wie unter Beachtung der allgemein geltenden Richtlinien für die Kulturarbeit (Qualitätsanspruch, Identität, Orientierung, intellektuelle und emotionale Bereicherung, fördern, was es schwer hat etc.) der Bereich kultureller Jugendarbeit besser eingebunden werden kann. Hierzu sind z.B. der Dialog mit der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und der Landesvereinigung Kulturelle Jugendarbeit sowie die Teilnahme am Projekt Jugendkultur des Kultursekretariats NRW Gütersloh geeignete Hilfen. Schwerpunkt sollte die Förderung von Eigeninitiative sein, z.B. durch das Bereitstellen von Probenräumen, Schaffung von Präsentationsmöglichkeiten, evtl. Ausschreibung von Wettbewerben. Für solche Projekte bedarf es flexibler und unbürokratischer Strukturen. Diese organisatorischen Voraussetzungen sind zu schaffen.

Es soll ein Jugendkulturring gegründet werden, mit dem Kinder und Jugendliche an Ausstellungen, Museen und Theater herangeführt werden können.

Multikulturelle Kommunikation

Die vorhandenen verschiedenen Kulturen sind eine Chance für die Stadt im globalen Wettbewerb mit anderen Standorten. Durch eine verbesserte finanzielle und organisatorische Förderung ist die multikulturelle Kommunikation und Integration weiter voranzutreiben. Die Träger der verschiedenen Kulturen sind zu ermuntern, sich in das städtische Kulturleben noch stärker einzubringen.

Um ausländische Kulturschaffende stärker einzubeziehen, sollen diese aktiv angesprochen werden, um passende Strukturen für eine Unterstützung zu entwickeln. Außerdem soll der Austausch einheimischer und ausländischer Künstlerinnen und Künstler gefördert werden. Hierbei sollen besonders die ausländischen Kulturtage eingebunden werden.

Städtepartnerschaften

Die bestehenden Städtepartnerschaften sind auszubauen und zu intensivieren. Besonders das Interesse der Jugendlichen für den Partnerschaftsgedanken muss weiter gestärkt werden. Dies kann z. B. durch regelmäßige Informationsveranstaltungen in den Schulen erreicht werden. Die Partnerschaften von Paderborner Schulen sind vorrangig mit Schulen der Partnerstädte zu fördern. Ziel ist es, dass jede Schule in der Stadt Paderborn eine Schulpartnerschaft mit Schulen aus den sechs Partnerstädten eingeht. Die Stadt fördert ideell Partnerschaften mit Schulen besonders in den Ländern der so genannten „Dritten Welt“.

Der Austausch auf Vereinsebene zwischen den Partnerstädten ist weiter auszubauen. Die Stadt hat ein Interesse daran, die Kontakte zwischen den Universitäten der Partnerstädte zu intensivieren und stärker als bisher gemeinsame wirtschaftliche Interessen zusammenzuführen.

Es gibt Initiativen zu weiteren Städtepartnerschaften, so beispielsweise mit einer Stadt in einem so genannten Entwicklungsland (Vorschlag durch die Lokale Agenda), zur türkischen Stadt Mersin (Verbindungen über die Universitäten der beiden Städte) und zu einer israelischen Stadt (Kontakte über den Jugendaustausch).

Der Rat hat grundsätzlich zu entscheiden, ob weitere Städtepartnerschaften geschlossen werden sollen. Für diesen Fall wäre aufgrund der starken Zuwanderung von Rußlanddeutschen in den letzten Jahrzehnten und der daraus resultierenden Bindungen eine Partnerschaft mit einer russischen Stadt erwägenswert.

Denkmalschutz

Zwei besonders bedeutsame Handlungsfelder sind zu bearbeiten, zum einen die archäologische Bestandserfassung, die in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Köln einen Zeitraum von vier Jahren in Anspruch nimmt. Des Weiteren ist die Auswertung der Grabungen am westlichen Stadtrand zu gewährleisten.

Der angesichts des reichen Denkmalbestands (über 340 eingetragene Bau- und Bodendenkmäler) nicht genügend ins Bewusstsein gerückte Aspekt der Geschichtsträchtigkeit Paderborns ist im Stadtmarketing stärker hervorzuheben.

Bildung

I. Ausgangslage

Gegenwärtig vollzieht sich ein rapider Wandel von der Industrie- zur Informationsgesellschaft, für die völlig neue Regeln gelten. Die Ressource "Wissen" und die Fähigkeit, Wissen zu erlangen und mit ihm umzugehen, sind für die Erhaltung der Stabilität und Prosperität unserer Gesellschaft unter sich ständig wandelnden Bedingungen von entscheidender Bedeutung. Das gilt im globalen, wie im nationalen und lokalen Rahmen. Einmal erworbenes Schulwissen reicht nicht mehr aus, den Anforderungen eines im permanenten Umbruch begriffenen Berufs- und Alltagslebens gerecht zu werden. Der Mensch muss sich auf die Notwendigkeit lebenslangen Lernens einstellen.

Unverzichtbare Grundlage zur Bewältigung dieser Herausforderungen ist ein vielfältiges praktisches, theoretisches und kreatives Bildungsangebot - ein Bildungsangebot, das, mit fließenden Übergängen und Überschneidungen, im Wesentlichen folgende Sparten umfasst:

Schulische Bildung mit dem Ziel der Vermittlung von Basis- und Allgemeinwissen sowie zur Berufsvorbereitung und Berufsausbildung

Paderborn gilt als Stadt der Schulen. Das außerordentlich breit gefächerte Schulwesen hat lange Tradition, die bis in die karolingische Zeit zurückgeht.

Die Stadt Paderborn ist Trägerin von 24 Grundschulen (neun Gemeinschaftsgrundschulen, 14 katholische Bekenntnisgrundschulen und eine evangelische Bekenntnisgrundschule). Im Rahmen der gebildeten Schulbezirke haben die Erziehungsberechtigten grundsätzlich die freie Wahl zwischen den vorgenannten Schulformen. Außerdem ist die Stadt Träger von drei Sonderschulen, fünf Hauptschulen, fünf Realschulen (davon eine Abendrealschule), fünf Gymnasien sowie zwei Gesamtschulen.

Über die städtischen Schulen hinaus verzweigt sich die Struktur weiter zu den Berufskollegs in Trägerschaft des Kreises (Georg-Mendel-Berufskolleg, Helene-Weber-Berufskolleg, Ludwig-Erhard-Berufskolleg, Berufskolleg Schloß Neuhaus – kaufmännisches Berufskolleg des Kreises Paderborn, Richard-von-Weizsäcker Berufskolleg) bzw. in privater Trägerschaft. Sie befassen sich mit der Berufsvorbereitung, Berufsausbildung und der Weiterbildung. Die Schulträger in der Stadt Paderborn halten dabei Angebote vor, die weit in die Region reichen.

Ergänzend zu den Regelschulen ist in der Stadt Paderborn ein ausgeprägtes System installiert, um den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf entweder in einer Sonderschule oder auch in Regelschulen gerecht zu werden. Zudem ist seit mehreren Jahren ein Schulversuch eingerichtet für den integrativen Unterricht in der Sekundarstufe I.

Weiterhin sind in privater Trägerschaft eine Realschule und ein Gymnasium eingerichtet.

Auch für den so genannten zweiten Bildungsweg sind an einem Standort von mehreren Trägern Angebote sowohl berufsbegleitend als auch in „Vollzeitschulform“ geschaffen worden.

Verantwortlich für Bau, Ausstattung und Unterhaltung sind die Schulträger, Personalhoheit und Festlegung der Unterrichtsinhalte obliegen dem Land.

Universitäre Bildung als qualifiziertester Bildungsabschluss

Für das Profil und die Entwicklung der Stadt spielt die Universität mit ihren zehn Fachbereichen und etwa 1600 Stellen sowie rund 13.300 Studierenden eine herausragende

Rolle. Die Universitätsstadt Paderborn beherbergt neben der Universität die Theologische Fakultät mit ebenfalls universitärem Status (rund 200 Studierende), die Abteilung Paderborn der Katholischen Fachhochschule NW mit den Fachbereichen Sozialwesen (rund 800 Studierende) und Theologie sowie die private Fachhochschule der Wirtschaft (rund 300 Studierende), die das Profil im tertiären Bildungsbereich abrunden.

Weiterbildung mit dem Ziel der Qualifizierung für die jetzigen und künftigen Anforderungen einer in permanentem Wandel begriffenen Gesellschaft

Die Stadt Paderborn ist Sitz einer Vielzahl von in unterschiedlicher Trägerschaft stehenden Institutionen, die sich dem Weiterbildungssektor widmen und eine breite Angebotspalette aufzuweisen haben. Exemplarisch und ohne Wertung seien hier genannt: das Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe b.i.b., die Fachschule für Technik des Richard-von-Weizsäcker-Berufskollegs, die Fachschule für Wirtschaft des Berufskollegs Schloß Neuhaus, das Institut für Betriebsorganisation und Informationstechnik InBit, die Familienbildungsstätte des Erzbistums Paderborn, das Evangelische Erwachsenenbildungswerk, das IN VIA Bildungswerk, das Kolping-Bildungswerk, das ESTA-Bildungswerk, das Paritätische Bildungswerk, die Paderborner Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit Pignal und das Technologie- und Berufsbildungszentrum tbz.

Die Weiterbildungsinstitution in städtischer Trägerschaft ist die Volkshochschule Paderborn (VHS), die den Weiterbildungsauftrag des Gesetzgebers (Weiterbildungsgesetz) zugleich auch für die Nachbarkommunen Altenbeken, Bad Lippspringe, Borchlen und Lichtenau wahrnimmt. Das Angebot der VHS umfasst jährlich ca. 1.500 Veranstaltungen, die von 25.000 Personen besucht werden. Die Zahl und die Qualität der zur Aufgabenerledigung in der Kernstadt für die VHS-Veranstaltungen und das Projekt "Arbeiten und Lernen" zur Verfügung stehenden Räume ist unzureichend und führt aufgrund mannigfacher organisatorischer Probleme zur Qualitätsminderung des Angebotes.

Kulturelle Bildung

Einrichtungen der kulturellen Bildung, wie Bibliotheken, Archive und Musikschule, werden im Baustein Kultur ausführlich behandelt.

Soziale und ethische Bildung als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Integration

Sozialethische Fragestellungen werden für die Region Paderborn dauerhaft von zentraler Bedeutung sein. Um Antworten auf gesellschaftspolitische Fragestellungen finden zu können, ist ethische Sensibilität und Kompetenz erforderlich. Diese ist durch ein vielfältiges Bildungsangebot der unterschiedlichen Träger in Bezug auf gesellschaftliche Fragen zu stärken und zu schulen. Die Stadt Paderborn kann dabei auf eine starke und leistungsfähige Infrastruktur zurückgreifen, die von zahlreichen verschiedenen Institutionen, bspw. Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie Bildungseinrichtungen, getragen wird.

Schulische Bildung

Generelles Ziel

Ein Bildungsangebot, das unterschiedlichste Potenziale fördert, ist Grundlage für die weitere dynamische Entwicklung der Stadt Paderborn als Oberzentrum der Region.

Aufgabe und Ziel der Stadt als Schulträger ist in diesem Zusammenhang vorrangig, die schulische Infrastruktur sowie die Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten der Kinder

und Jugendlichen entsprechend den aktuellen Erfordernissen weiter zu entwickeln. Hierbei begrüßt und unterstützt die Stadt Anstrengungen der einzelnen Schulen im Rahmen von Schulprogrammen bzw. speziellen Förder- und Entwicklungskonzepten, das Bildungsangebot an die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen anzupassen.

Die Stadt unterstützt ausdrücklich die Initiativen zwischen Schulen und der Wirtschaft im Rahmen von Partnerschaften und Kooperationen, die dem Lernen eine größere Praxisnähe verleihen.

Handlungsprogramm/Maßnahmen

Grundlage für Schulbaumaßnahmen ist der Schulentwicklungsplan in der aktuellen Fassung vom 26.10.1995. Er wird nach Bedarf fortgeschrieben. Die nächste Überarbeitung legt die Verwaltung bis Mitte 2002 vor.

Grundschulen:

Im Bereich der Grundschulen ist nach den aktuellen Bevölkerungsprognosen davon auszugehen, dass die Gesamtkapazitäten im Wesentlichen ausreichen werden.

Probleme in diesem Bereich bestehen vor allem im Hinblick auf den baulichen Zustand der vorhandenen Schulgebäude.

Aktuell bzw. mittelfristig ist festzustellen, dass die Pavillons, in denen die Domschule seit 1973 untergebracht ist, als baulich abgängig zu bezeichnen sind. Der Neubau einer ein- bis zweizügigen Schule ist beschlossen; das Antrags- bzw. Zuwendungsverfahren läuft.

Hauptschulen:

Auch bezüglich der Hauptschulen ist festzustellen, dass die Gesamtkapazitäten im mittelfristig überschaubaren Zeitraum insgesamt ausreichen.

Da im Hauptschulbereich keine Schuleinzugsbereiche gebildet sind, kommt es auf Grund des Wahlverhaltens der Eltern verstärkt zu einer den Interessen des Schulträgers zuwider laufenden ungleichmäßigen Auslastung der vorhandenen Kapazitäten.

Insbesondere hat sich in den letzten Jahren auf Grund der geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Tendenz hin zu Ganztags Hauptschulen deutlich verstärkt.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ist zu entscheiden, ob die im Sekundarbereich I nunmehr mögliche Nachmittagsbetreuung im Rahmen der Programme „13 Plus“ zu neuen Verteilungen führen oder ob ergänzende Maßnahmen erforderlich sind (siehe auch den noch folgenden Abschnitt „Ausweitung des Betreuungsangebotes an Schulen“).

Eine weitere Problematik im Hauptschulbereich ist die seit Jahren steigende Zahl der Schulwechsler nach der Klasse 6. Die „Rückkehrer“ von den Realschulen bzw. Gymnasien bringen immer mehr die Notwendigkeit mit sich, zusätzliche 7. Klassen zu bilden.

In diesem Zusammenhang muss mit besonderen Förderkonzepten an einzelnen Hauptschulen (derzeit Förderkonzept für Schulwechsler bei der Kilian-Hauptschule) Entlastung geschaffen werden. Nach entsprechendem Beschluss des Schulausschusses sind an der Kilian-Hauptschule ergänzend bauliche Maßnahmen notwendig. Diese werden in den Jahren 2002/2003 realisiert.

Realschulen:

Im Realschulbereich ist festzustellen, dass die Anmeldungen zu den städtischen Realschulen bereits im zweiten Jahr über den festgelegten Gesamtkapazitäten liegen mit der Folge, dass zusätzliche Eingangsklassen an einzelnen Realschulen gebildet werden mussten.

Die als dreizügige Realschule geführte Lise-Meitner-Schule wurde in dieser Form neu gebaut und zum Schuljahresbeginn 2000/2001 in Betrieb genommen.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung ist zu entscheiden, wie fehlender Raumbedarf gedeckt werden kann.

Gymnasien:

Die Schülerprognose sagt für die kommenden Jahre einen Anstieg der Schülerzahlen auf etwa 23 bis 25 Eingangsklassen pro Jahr voraus. Leichte Schülerüberhänge dürften im vorhandenen Raumbestand aufgefangen werden können. Sollte dies nicht möglich sein, bietet allein das Schulgrundstück des Goerdeler-Gymnasiums Erweiterungsmöglichkeiten.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es nicht zuletzt durch die landesgesetzlich gewollte Profilbildung der einzelnen Gymnasien zu einer sehr ungleich gewichteten Auslastung der vorhandenen Kapazitäten gekommen ist.

Hier ist es Aufgabe, Entwicklungen und Strömungen beim Anmeldeverhalten der Eltern nachzuzeichnen. Vor Beginn der Anmeldeverfahren ist ein Verfahren festzulegen, dass eine gleichmäßige Auslastung der vorhandenen Raumkapazitäten sicherstellt.

Die Stadt Paderborn unterstützt Modellversuche, die es den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, nach 12 Schuljahren die Reifeprüfung ablegen zu können.

Gesamtschulen:

Während die Gesamtschule in Elsen seit Jahren steigende und zum Teil über den Kapazitäten liegende Anmeldezahlen zu verzeichnen hat, sind die Schülerzahlen an der Gesamtschule Friedrich von Spee rückläufig.

Die Gesamtkapazitäten im Sekundarbereich I reichen aus, um eventuelle Überhänge bei den Gesamtschulen auszugleichen.

Schaffung neuer Sportanlagen für Schulen

Auf Grund der Untersuchungen der Sportstättenprioritätenliste ist festzustellen, dass im Bereich der städtischen Schulen ein großes Defizit an qualifizierten Sportanlagen für Schulen zu verzeichnen ist. Dieses Defizit ist vorrangig abzuarbeiten. Dabei ist darauf zu achten, dass für Schulen neben Sporthallen auch ausreichend Sportfreianlagen zur Verfügung stehen. Ein Konzept soll entwickelt werden, wie die vorhandenen Anlagen erreicht und genutzt werden können.

Dringender kurz- bzw. mittelfristiger Bedarf für den Neubau von Sporthallen besteht für

? die Hauptschule Georg,

- ? die Grundschulen Bonhoeffer und Heinrich,
- ? die innerstädtischen Gymnasien sowie
- ? die Schulen im Ortsteil Elsen.

Sicherstellung der erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen im bestehenden Schulraum

Nach der Prioritätenliste des Gebäudemanagements gibt es einen Sanierungsbedarf an den städtischen Gebäuden in einer Gesamthöhe von über 10 Millionen Euro. Der Abarbeitung dieses Sanierungsstaus muss im Rahmen der jährlichen Finanzausweisung höchste Priorität eingeräumt werden.

Aufgrund der positiven Erfahrungen beim Einsatz von professionellen Wachdiensten und mobiler Videoüberwachung zum Schutz vor Vandalismus an der Stephanusschule sind diese Maßnahmen auch für andere gefährdete Objekte vorzusehen.

Ausstattung der Schulen

Es ist festzustellen, dass die Ausstattung der Schulen mit Fachräumen - nicht zuletzt auch bedingt durch die Priorität, zunächst genügend Klassenräume zu schaffen - nicht dem neuesten Stand entspricht. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sind der qualitative und quantitative Bedarf sowie der finanzielle Aufwand an neuen Fachräumen zu ermitteln.

Vermittlung von Medienkompetenz in den Schulen

Vorrangiges Ziel ist hier die Weiterführung des zunächst auf fünf Jahre angelegten Projektes „Paderborner Bildungsnetz“.

Auf Initiative der Stadt und der Universität Paderborn werden alle Paderborner Schulen und andere Bildungseinrichtungen zu einem leistungsfähigen Intranet zusammengeschlossen. Hierzu wird ein leistungsfähiges Standleitungsnetz geschaffen, das alle Paderborner Schulen untereinander mit der Universität und dem globalen Internet verbindet. Dazu stellt die Stadt im Rahmen des Ampelnetzes vorhandene Kabelwege zur Verfügung, um den Datenverkehr über eigene Leitungen abzuwickeln und gleichzeitig zu höheren Übertragungsraten zu kommen.

Zusätzlich zur Schaffung eines leistungsfähigen Netzes ist auch die zeitgemäße Ausstattung der Schulen mit neuen Technologien entsprechend der in der „e-initiative NW“ dargestellten „Meilensteine“ erforderlich.

Es wurden die entsprechenden Beschlüsse im Rahmen des Projektes „Lernstatt Paderborn“ gefasst, die umzusetzen sind. Die Schulen werden derzeit mit Hard- und Software ausgerüstet.

Die geschätzten Gesamtkosten bis 2005 betragen etwa 4 Millionen Euro.

Nicht berücksichtigt hierbei sind die jeweiligen Kosten für Ersatzbeschaffungen.

Neben der Ausstattung der Schulen mit PC- bzw. Multimediaarbeitsplätzen wird es Aufgabe sein, die Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in dem Bereich „Medienkompetenz“ für die Lehrer zu unterstützen und ggf. organisatorisch zu begleiten.

Zur Betreuung bzw. Pflege der im Endausbau ca. 2000 PC-Arbeitsplätze umfassenden Ausstattung wird es notwendig sein, qualifiziertes Personal - entweder intern oder extern - zu gewinnen.

Zur Finanzierung der erforderlichen Investitionen sind neben den Fördermitteln des Landes (für die Stadt Paderborn inzwischen bewilligt) und zusätzlichen Haushaltsmitteln der Stadt Sponsorenmittel, u.a. über den bereits gegründeten Trägerverein, einzuwerben.

Ausweitung des Betreuungsangebotes an Schulen

Aufgrund der geänderten gesellschaftlichen und familiären Rahmenbedingungen mit zunehmender Berufstätigkeit von Müttern ist seit dem Ende der 80er Jahre landesweit - so auch in der Stadt Paderborn - ein ständig wachsender Bedarf an Betreuung sowohl von Grundschulkindern als auch von Schülern der Sekundarstufe I vor und nach dem Unterricht festzustellen.

Insbesondere die Betreuungsmaßnahmen im Grundschulbereich erfreuen sich großer Beliebtheit („Schule von 8 - 1“). Nicht zuletzt aufgrund des großen Engagements von Elterninitiativen konnten die Paderborner Betreuungsangebote an allen Paderborner Grundschulen stetig ausgebaut werden. Bislang konnte der entstehende Bedarf ohne nennenswerte finanzielle Probleme abgedeckt werden. Bei steigendem Bedarf - insbesondere bei einer Ausweitung in den Nachmittagsbereich - ist jedoch davon auszugehen, dass mittelfristig an einzelnen Schulen zusätzlich finanzielle Unterstützung seitens der Stadt erforderlich werden könnte. Dies gilt vor allem dort, wo die räumliche Situation der Schule eine Ausweitung nicht mehr zulässt und auf angemietete Räume zurückgegriffen werden muss. Bei Neu- und Erweiterungsbauten sollten die räumlichen Möglichkeiten für eine Betreuung eingeplant werden.

Vom Land werden Betreuungsgruppen nach dem Unterricht - in der Regel ab 13 Uhr - an Grundschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, Haupt- und Sonderschulen gefördert, sofern es sich nicht um Ganztagschulen handelt („13 plus“)

Im Bereich der Stadt Paderborn haben das Jugendgemeinschaftswerk der AWO, Kreisverband Paderborn e. V. und die Caritas in den Schuljahren 2000/2001 und 2001/2002 erstmalig ein Projekt "13plus" absolviert. Zur Zeit bestehen vier Gruppen, zwei an der Hauptschule Kilian, eine Gruppe an der Hauptschule Heinrich und eine am Förderzentrum Bonifatius, Abteilung der Hauptschule Mastbruch. In der pädagogischen Betreuung nach dem Unterricht spielen der Umgang mit Konflikten untereinander, gewaltfreie Lösungen, soziale Kompetenz und ein faires Miteinander eine wichtige Rolle.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Mitarbeit der Jugendhilfe integrativer Bestandteil einer schulbezogenen Sozialarbeit ist und als niederschwelliger Zugang zu den Schülerinnen und Schülern Präventionscharakter hat.

Allerdings wurde beispielsweise an den beiden Hauptschulen Kilian und Heinrich deutlich, dass der dort tätige freie Träger allein mit dem Landeszuschuss nicht mehr in der Lage ist, das Ganztagsangebot mit dem erforderlichen fachlichen Standard weiterzuführen. Zur Sicherstellung der genannten Betreuungsangebote wurden Mittel seitens der Stadt aus dem Ansatz „Schulsozialarbeit/Jugendsozialarbeit“ bereit gestellt. Entsprechend sollte verfahren werden, wenn sich künftig an weiteren Schulen mit Sekundarstufe I qualifizierte Betreuungsangebote entwickeln.

An der Grundschule Karl hat die dortige Elterninitiative erstmalig ab August 2001 ein Betreuungsangebot am Nachmittag im Rahmen des Landesprogramms „13 plus“ eingerichtet. Es finanziert sich ausschließlich über Elternbeiträge und die Landeszuwendung.

Bei gegebener Nachfrage unterstützt die Stadt Maßnahmen von Schulen, die das Betreuungsangebot bis in die Nachmittagsstunden ausweiten möchten. Hierbei bieten sich aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen und aus fachlich pädagogischen Gesichtspunkten vor allem Kooperationen mit städtischen oder kirchlichen Kindertagesstätten in freier Trägerschaft an. Darüber hinaus sollen die Grundschulen, die sich im Rahmen des Programms „13 plus“ einer Nachmittagsbetreuung öffnen wollen, unterstützt werden. Es ist auch hier im Einzelfall zu prüfen, ob ergänzende städtische Mittel zur Sicherstellung eines geeigneten Angebots erforderlich sind.

Internationalisierung der Schule

Um den wachsenden Anforderungen einer vielseitigen, von Weltoffenheit geprägten Ausbildung zu genügen, wird die Internationalisierung der Schule angestrebt.

Ausbau der Schule zum Kommunikationszentrum im Stadtteil

Zunehmend besteht der Bedarf, die Schule nachmittags zur kulturellen und sportlichen Bildung sowie zu bildungsspezifischen, offenen Freizeitaktivitäten zu nutzen. Damit wird ein wichtiger Beitrag geleistet, damit Schüler in dem angestammten Beziehungsgeflecht ihre Freizeit sinnvoll verbringen können. Die Schulen werden angeregt, an eigenen kulturellen Veranstaltungen auch die Öffentlichkeit in den Stadtteilen teilhaben zu lassen.

Die Verwaltung wird in Absprache mit Schulen einen Vorschlag für einen Modellversuch machen. Um letztlich die nötige Kontinuität und Qualität zu sichern, müssen finanzielle und personelle Rahmenbedingungen durch die Stadt geschaffen sowie Kooperationsmodelle zwischen Jugendhilfe und Schule entwickelt werden.

Die Öffnung der Schule am Nachmittag zu den oben genannten Aktivitäten lässt sich nur durch eine enge Zusammenarbeit und Ressourcenbündelung aller städtischen Einrichtungen mit sonstigen „freien Partnern“ erreichen. Kirchen, Sportvereine, Kulturschaffende und Wirtschaft seien hier nur beispielhaft genannt.

Integrative Schule

Durch das Gesetz der Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen hat der Landtag die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, um den gemeinsamen Unterricht in allgemeinen Schulen in einen Regelstatus zu überführen.

Danach können behinderte Schüler ihre Schulpflicht nicht nur in einer Sonderschule, sondern auch durch den Besuch einer allgemeinen Schule erfüllen, soweit eine dortige Unterrichtung bei entsprechender sonderpädagogischer Förderung sinnvoll erscheint.

Entsprechend werden in der Stadt Paderborn derzeit an vier Grundschulen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam in Integrationsklassen unterrichtet.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen kann allerdings im Gegensatz zur Grundschule an den weiterführenden Schulen diese sonderpädagogische Förderung behinderter Kinder nur dann in allgemeinen Schulen erfolgen, wenn nach Feststellung der Schulaufsichtsbehörde das jeweilige Bildungsziel erreicht werden kann. Dies bedeutet, dass für einen Teil der integrativ beschulten Grundschul Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach Ende der Grundschulzeit keine Möglichkeit mehr besteht, ihre Schulpflicht außerhalb einer Sonderschule zu erfüllen.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz bilden nur die vom Land bislang genehmigten Schulversuche. Ein solcher Schulversuch ist im Gebiet der Stadt Paderborn derzeit nur an der Gesamtschule Elsen eingerichtet. Die Zahl der dort verfügbaren Plätze reicht jedoch im Regelfall nicht aus, um allen Wünschen nach integrativer Beschulung aus dem Sekundarbereich I bzw. II nachzukommen.

Für die Stadt Paderborn kommt nach den gesetzlichen Regelungen hier nur noch die Einrichtung von sonderpädagogischen Fördergruppen als Teil der allgemeinen Schule in Betracht. Auch wenn sonderpädagogische Fördergruppen keine Form echten integrativen Unterrichts darstellen, enthalten sie doch weit mehr Möglichkeiten, gemeinsam zu lernen, als dies bei der Einrichtung von Sonderschulklassen der Fall ist.

Die Kosten der pädagogischen Ausstattung sind Sache des Landes, soweit bauliche oder sonstige sachliche Maßnahmen zu tätigen sind, werden hierzu Haushaltsmittel der Stadt Paderborn zur Verfügung gestellt werden müssen.

Universitäre Bildung

Die Stadt Paderborn ist stolz auf die Entwicklung ihrer Universität. An Westfalens ältestem Universitätsstandort stellt die Hochschule heute eine unschätzbare Bereicherung des geistigen Lebens in der Stadt dar. Die Bedeutung zeigt sich insbesondere in folgenden Punkten:

- Von der Universität gehen durch die ständige Praxisorientierung, insbesondere im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, wichtige **wirtschaftliche Impulse** aus: Im Vordergrund stehen die Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus, die Versorgung der örtlichen bzw. regionalen Wirtschaft mit hochqualifizierten Arbeitskräften, das technisch-wissenschaftliche Potenzial der Hochschule, das in Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft eingebracht wird bzw. eingebracht werden kann sowie das Know-how der Hochschule, das in regionale Weiterbildungsangebote einfließt.
- Die Universität prägt das **kulturelle Leben in der Stadt** und in der Region mit und trägt damit zur Steigerung der Attraktivität des Standortes bei: Beispielhaft können genannt werden die von Universitätsmitgliedern herausgegebene und gestaltete Stadtgeschichte, die Schriftsteller-Gastdozentur, die Ringvorlesung, aber auch die ohne die Universität nicht zustande kommenden Ereignisse wie der Dalheimer Sommer.
- Schließlich stellt die Universität einen wichtigen **Imagefaktor** für die Stadt dar, die sich als moderne, zukunftsgerichtete Stadt auf traditionsreicher Grundlage präsentiert. Beide Image-Komponenten werden durch die Existenz der Universität gestärkt.

Vor diesem Hintergrund kommt der Existenz der Universität, ihrer weiteren Entwicklung, der Nutzung ihrer Möglichkeiten für die Entwicklung der Stadt und ihrer Präsentation als imagebildender Faktor für Paderborn außerordentlich große Bedeutung zu. Die Stadt verfolgt deshalb mit großer Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung der Universität. Sie setzt weiter auf die aktive Zusammenarbeit mit der Hochschule, insbesondere unter folgenden Aspekten:

- Die Stadt Paderborn bezieht die Entwicklung der Universität mit dem Profil der „Universität der Informationsgesellschaft“ in ihre Planung der Stadtentwicklung mit ein, unterstützt die Pläne zur räumlichen Erweiterung der Universität auf dem Hauptcampus und ggf. in der Innenstadt. Sie arbeitet mit der regionalen Wirtschaft und den Trägern der Kulturarbeit in dem Bestreben zusammen, Universität und Stadt bzw. Region eng miteinander zu verknüpfen.
- Die Stadt macht nach außen sichtbar, dass sich Paderborn als Universitätsstadt sieht. Die Universität mit ihrem modernen zukunftsgerichteten Profil wird deshalb im Marketing der Stadt deutlich hervortreten.

- Die Stadt unterstützt die Maßnahmen zur Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Informationstechnik, von Graduiertenkollegs, die den wissenschaftlichen Rang der Hochschule deutlich machen und von Einrichtungen der Weiterbildung, über die Know-how aus der Universität weitergegeben wird.
- Die Stadt engagiert sich in ausgewählten und für die Entwicklung sowie das Profil der Stadt wichtigen Feldern. Beispiele sind die Informationstechnik und die Neue Bahntechnik Paderborn auf der einen Seite und das Mittelalterzentrum auf der anderen Seite.
- Die Stadt arbeitet mit der Universität eng auf dem Gebiet der Wirtschaftsförderung zusammen, wobei insbesondere das Ziel im Vordergrund steht, Paderborn als Standort für die Informationstechnik zu etablieren.
- Die Stadt unterstützt die Aktivitäten der Universität im Bereich der Frauenförderung.

Die Universitätsstadt Paderborn beherbergt neben der Universität die Theologische Fakultät mit ebenfalls universitärem Status, die Abteilung Paderborn der Katholischen Fachhochschule NW mit den Fachbereichen Sozialwesen und Theologie und die private Fachhochschule der Wirtschaft, die das Profil im tertiären Bildungsbereich abrunden. In Ausbildung, Lehre und Forschung sowie auch bei Publikationen und Vorträgen leisten auch diese Einrichtungen einen wichtigen Beitrag für die Paderborner Bildungslandschaft.

Weiterbildung/Qualifizierung

Zur Profilierung des Weiterbildungsangebots in der Stadt sollen Möglichkeiten verstärkter Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Trägern geprüft werden.

Die Weiterbildung breiter Bevölkerungsschichten durch die Volkshochschule (VHS) ist zu intensivieren. Im Rahmen der Vorgaben des novellierten Weiterbildungsgesetzes sind die Inhalte der Veranstaltungsangebote insbesondere auf die berufliche Weiterbildung und die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen hin zu orientieren. Daneben wird aber die herkömmliche kulturelle Weiterbildung einen wichtigen Stellenwert behalten. Schwerpunkte der künftigen Arbeit der VHS werden demzufolge sein:

- Weiterqualifizierung der Bürgerinnen und Bürger für die Informations- und Wissensgesellschaft (Informationstechnik, Vermittlung von Medienkompetenz),
- Förderung der europäischen Integration durch die Ausweitung fremdsprachlicher Angebote,
- Spezielle Angebote (Sprache, Arbeitswelt) für Aussiedler und Ausländer zur Beschleunigung der Integration dieser Bevölkerungsgruppen,
- Förderung von Schlüsselqualifikationen im Erwachsenenalter,
- Die Angebote im Bereich der frauen- und mädchenspezifischen Weiterbildung werden verbessert
- Politische Bildung im Sinne einer Wertevermittlung,
- Pflege der kulturellen Weiterbildung.

Zur Qualitätssicherung des VHS-Angebotes ist die Schaffung geeigneter Räumlichkeiten für die VHS in der Kernstadt dringend geboten.

Die VHS ist um Kundennähe bemüht. Ihr Unterricht findet flächendeckend im Stadtgebiet statt. Sie wird im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten ihr Bildungsangebot in den Stadtteilen erweitern.

Soziale und ethische Bildung als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Integration

Ethisch verantwortbare Gesellschaftsprozesse bedürfen eines Grundkonsenses, den es immer wieder mit den verschiedensten Trägern zu reflektieren gilt. Träger eines solchen Konsenses sind primär gesellschaftlicher Art. Zu nennen sind etwa kirchliche Institutionen, wie Kirchengemeinden und Bildungshäuser, politische Parteien, Gewerkschaften und sozialpolitische Verbände. Zudem sind umweltpolitische Akteure mit in die Überlegungen einzubeziehen. Sie ließen sich im Sinne von so genannten runden Tischen organisieren. Auf Dauer wird es unter ethischen Gesichtspunkten darauf ankommen, soziale, ökonomische und ökologische Themenbereiche in ihrer wechselseitigen Verflochtenheit zu betrachten. Themenfelder sozialetischer Bildung, wie die der Pluralität, Multikulturalität und Identität können vor diesem Hintergrund möglichst vielschichtig und auf breiter Basis betrachtet werden. Gesellschaftspolitische Entscheidungen werden nur dann Bestand haben, wenn sie von einem tragfähigen Grundkonsens getragen werden. Soziale und ethische Bildung kann hier langfristige Perspektiven aufzeigen, die bislang wenig zum Tragen kommen. Sie trägt wesentlich zu einem weitreichenden Grundkonsens bei, der ein hohes Maß an Sicherheit bietet und so Innovation und Kreativität freisetzen kann.

Sport - Freizeit

I. Ausgangslage

Vielfältige Sport- Freizeit- und Naherholungsangebote im Sinne einer kommunalen Daseinsvorsorge schaffen Lebensqualität, dienen der Stadtentwicklung und stärken damit den Standort Paderborn als Sportstadt, Oberzentrum der Region und touristisches Ziel.

Mit den Möglichkeiten des Sports lassen sich mit einem relativ geringen Mitteleinsatz alle gesellschaftlich relevanten Gruppierungen erreichen. Sport verbindet über gesellschaftliche Grenzen hinaus und vermittelt im Sinne eines sozialen Auftrags in hohem Maße Integration und Prävention.

Die Stadt Paderborn hat entsprechend ihrem Anspruch, Sportstadt zu sein, unterschiedliche Aktivitäten unternommen. Hier sind insbesondere zu nennen:

- Förderung eines pluralen Sportmodells mit den Teilbereichen
 - Freizeit- und Breitensport
 - zielgruppenorientierter Sport incl. Behindertensport
 - Sport mit Migranten/innen
 - Leistungssport
 - Spitzensport mit überregionaler Ausstrahlung
 - verschiedene Formen des Trendsports
- Ausbau bzw. Anpassung der Sport- und Freizeitstätteninfrastruktur entsprechend der gewachsenen Bevölkerung sowie einem in der Gesellschaft ständig veränderten Sportverständnis
- Landesleistungsstützpunkte für unterschiedliche Sportarten
- Nationale und internationale Großveranstaltungen, z.B. Europäische Sportministerkonferenz, Tanzweltmeisterschaften, Internationaler Paderborner Osterlauf, City-Triathlon und sonstige Tagungen und Kongresse

Aus der nach wie vor wachsenden Bevölkerungszahl, dem geänderten Sportverhalten und den oberzentralen Aufgaben ergeben sich Anforderungen, das Sport- und bewegungsorientierte Freizeitangebot quantitativ und qualitativ anzupassen. Dies wird in den nächsten Jahren vor allem den Bereich „Goldgrund“ betreffen.

Maßnahmen für die Substanzerhaltung, Modernisierung, Erweiterung und für den Neubau von Sportstätten werden im Sport- und Freizeitstättenbericht festgelegt. Die Realisierung dieser Maßnahmen erfolgt nach einer Prioritätenliste.

Das Niveau der Vereinsarbeit ist abhängig von der Motivation und Qualifizierungsansätzen der ehrenamtlichen Arbeit. Für seine ehrenamtlichen Funktionsträger stellt der Sportverein zwar eine gute „Freizeitbeschäftigung“ dar, angesichts zunehmender Probleme (professioneller Aufwand, Finanzierung, Steuerrecht, eigene berufliche Belastung) zeigen aber leider immer weniger die Bereitschaft zur Übernahme von Ehrenämtern. Ferner ist eine erhebliche Fluktuation mit einem verbundenen Substanzverlust in den Sportvereinen festzustellen. Außerdem lässt die Bindungsbereitschaft zum Sportverein nach.

Bei der „Sportförderung“ sind Veränderungen u.a. in der Struktur und der Finanzierung des Spitzensports, der Bereitschaft zum Ehrenamt sowie in der Belastung der Vereine bei der Wahrnehmung der originären Aufgabenstellung oder beim Betrieb vereinseigener Sportanlagen zu beobachten.

II. Generelle Ziele

Die Stadt setzt vor allem auf das Engagement der Vereine, Institutionen, Stiftungen und Initiativen. Städtische Maßnahmen werden sich hauptsächlich am Freizeit- und Breitensport, Leistungssport und kompensatorischen Sport orientieren.

Eine aktive Sportjugend, die sich mit besonderer Unterstützung der Stadt als wichtiger Partner für den Jugendsport in Paderborn etabliert hat, wird verstärkt die Belange der Kinder und Jugendlichen nicht nur unter sportlichen, sondern auch unter jugendpflegerischen Aspekten vertreten. Vereinsungebundene dezentrale kinder- und jugendgerechte Angebote werden angestrebt.

Das im Sport gegenüber anderen gesellschaftlichen Bereichen nach wie vor bestehende Bereitschaftspotenzial bei Jugendlichen und Heranwachsenden ist zu nutzen.

Sport ist als Bestandteil unserer Alltagskultur nachhaltig zu fördern und in Paderborn entsprechend zu sichern bzw. zu verankern. Die vielfgestaltigen gesellschaftlichen Leistungen des Sports sowie des Ehrenamtes sind öffentlich anzuerkennen.

Aufgabe und Ziel im Rahmen eines gestärkten effektiven lokalen Sport- und Freizeitmanagements ist es, die dazu erforderliche Infrastruktur, die Angebotsvielfalt und die ehrenamtlichen Leistungsmöglichkeiten der Sport- und Freizeitvereine zu sichern und zeitgemäß weiter zu entwickeln sowie die dazu notwendigen Rahmenbedingungen zur Sicherung und zum Ausbau des Profils der Sportstadt Paderborn als „sportgerechte Stadt“ zu schaffen.

Im Rahmen der quantitativen und qualitativen Anpassung des Sport- und bewegungsorientierten Freizeitangebots wird die Stadt auch weiterhin das Thema „Eissporthalle/-fläche“ vordringlich behandeln und hier entweder einen privaten Investor an einem geeigneten Standort unterstützen oder selbst tätig werden.

Der im Entwurf des Nachwuchsförderungskonzeptes vorgesehene Einstieg einer motorischen Grundausbildung bereits im Elementarbereich wird nachhaltig unterstützt. Die Schaffung von Ersatzflächen aufgrund des Verlusts von vorhandenen Bewegungsflächen in Kindergärten durch zweckfremde Nutzung z.B. für zusätzliche Gruppen, die Qualifizierung der Erzieherinnen für motorische Grundausbildung, zielgerechte Sportgeräteausstattungen, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Sportvereinen und Kindergärten sind Lösungsansätze. Grundlage eines erfolgreichen und finanzierbaren Leistungssports ist ein gezieltes Nachwuchsförderungskonzept.

Die Paderborner Vielseitigkeitssichtung mit ihrem ganzheitlichen Ansatz und die Talentiade als Ausgangspunkt einer Nachwuchsförderung sind eine bundesweit anerkannte Chance und Herausforderung zugleich. Dieser Teil der Nachwuchsförderung ist künftig mit einer noch effektiveren motorischen Grundlagenarbeit sowie einer verbesserten Weiterführung in den jeweiligen Förderstufen insbesondere qualitativ auszubauen. Die bereits enge Kooperation mit den beteiligten Partnern wie „Pro Leistungssport“, Sportvereinen, Schulen, Bezirksregierung, Landessportbund NRW und der Universität Paderborn ist zu intensivieren.

III. Handlungsprogramm/Maßnahmen

Sportentwicklung

Das Sportamt hat eine Konzeption zur Bündelung aller städtischen Aufgaben und Aktivitäten im Bereich Sport und bewegungsorientierte Freizeitgestaltung erstellt. Über diese Konzeption und die sich daraus ergebende Organisationsform eines zukunftsorientierten und effizienten Sport- und Freizeitmanagements ist nach Erörterung mit den Partnern des Sports zu entscheiden.

Der Faktor Freizeit und eine sinnvolle bewegungsorientierte Freizeitgestaltung werden in Zukunft immer bedeutungsvoller und sind damit als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge Aufgabe einer Stadt. Sportliche und freizeitorientierte Großveranstaltungen als Elemente eines erfolgreichen Stadtmarketings müssen akquiriert, durchgeführt und zur weiteren Steigerung der Attraktivität und des Bekanntheitsgrades der Stadt Paderborn genutzt werden, wobei die „Sportverwaltung“ im Rahmen der Subsidiarität nur nachrangig als Veranstalter auftritt. Dazu gehören insbesondere Projekte mit überregionaler und touristischer Bedeutung oder Events mit hoher Medienpräsenz und Imagebedeutung.

Sport ist gesellschaftlich und politisch anerkannt, da er ein wichtiges Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung der physischen, psychischen und sozialen Gesundheit darstellt. Zugleich ist er ein wesentliches Element der Lebensgestaltung vieler Menschen und stellt als individuelle und soziale Daseinsvorsorge eine gemeinsame Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Kommune dar.

Zur Sicherstellung dieser Aufgabe bedarf es adäquater Sport- und Freizeitstätten. Die Stadt Paderborn erstellt auf der Basis einer fundierten Sportverhaltensstudie sowie einer Sportvereinsbefragung einen umfassenden Sport- und Freizeitentwicklungsplan. Dieser bau- und planungsrechtlich abgestimmte Sport- und Freizeitstättenentwicklungsplan sichert langfristig Standorte mit Entwicklungsperspektiven und schafft Räume für den Sport, die Freizeit sowie die aktive Naherholung.

Die aus dem Sport- und Freizeitstättenentwicklungsplan resultierenden baulichen Konsequenzen werden im Sport- und Freizeitstättenbericht mit einer Prioritätenbildung festgeschrieben. Diese Prioritätenliste wird jährlich fortgeschrieben und politisch abgestimmt. Im Rahmen der Prioritätenliste ist u.a. eine Umwandlung aller Tennenplätze in Kunstrasenplätze anzustreben.

Der Maßnahmenkatalog bündelt ferner den öffentlichen, vereinsportlichen, schulischen und ggf. auch den gewerblich-kommerziellen Bedarf von unterschiedlichen Anlagen- und Angebotsformen unter Ausnutzung von Synergieeffekten. Bei der vernetzten Planung sind verstärkt sport- und freizeitpolitische sowie regionale Aspekte zu berücksichtigen (Gartenschaugelände Schloß Neuhaus / Lippesee in Sande / Nesthauser See, Mönkeloh / Fischteiche, Fischteiche / Ahorn-Sportpark / Elsen).

Einrichtung eines Paderborner „Stadtforums für den Sport“

In Zusammenarbeit mit dem Stadtsportverband und anderen relevanten Gruppen und Institutionen wird ein „Stadtforum für den Sport“ aufgebaut.

In diesem Sportforum sollen die Vertreter des Sports mit anderen Politikbereichen diskutieren und das sportpolitische Bewusstsein in sportfremden Bereichen stärken. So kann die Diskussion von aktuellen sport- und kommunalpolitischen Entwicklungen und Problembereichen intensiviert und die Entwicklung zu einer gesamtstädtischen Sport- und Freizeitinfrastruktur gefördert werden.

„Haus des Sports“

Es ist ein „Haus des Sports“ anzustreben, in dem Verwaltung und Sportverbände etc. optimale Arbeitsbedingungen unter Einbezug gebündelter Ressourcen zur Kooperation und strategischer Konzeptarbeit finden. Damit verbunden sollte die Einrichtung eines bürgerfreundlichen Sport-, Jugend-, Gesundheits- und Freizeitbüros sein.

Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit

Eine bedarfsgerechte Versorgung mit Sport- und Freizeitstätten geht durchaus über lokale Grenzen hinaus. Zur Vermeidung von Fehlinvestitionen und zur Einsparung von Folgekosten vorhandener Einrichtungen ist eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit den Trägern des Sports in aller Interesse.

Die vorhandenen Wander-, Reit-, Fahrrad- und Wasserwege sind hierzu in Abstimmung mit dem Verkehrsverein und dem Kreis Paderborn regional miteinander zu vernetzen und bieten somit hervorragende Ansätze für einen auszubauenden Sport- und Freizeittourismus. In diesem Zusammenhang sind auch Ressourcen für Trendsportarten, u.a. Inline-Skaten, Beachsportarten, zu berücksichtigen und insgesamt darzustellen. Hierbei werden Nachhaltigkeitsgesichtspunkte wie z.B. Schutz der natürlichen Umwelt und die Gefahr von nur kurzlebigen Trends beachtet.

Eine vernetzte Produktbildung darf auch den Aspekt „Gesundheitsregion OWL“ nicht vernachlässigen.

Zentrale Kooperations- und Beratungsstelle für Sport- und Freizeitstättenentwicklung und Aufbau eines Lokalen bzw. Regionalen Sportentwicklungsbüros

Das „Mittelfristige Entwicklungskonzept für OstWestfalenLippe“ regt die Etablierung eines „Regionalen Sportentwicklungsbüros“ zur Planung, Koordinierung und systematischen Umsetzung regionaler Ziele und zur kontinuierlichen Beratung der Träger des Sports an. Eine Sicherung dieser Einrichtung für die Sportstadt Paderborn ist in Verbindung mit der Regionalen Sportschule für OWL anzustreben.

Sportförderung

Anpassung der kommunalen Sportförderungsrichtlinien an die Sportentwicklung

Angesichts der Leistungsbreite des heimischen Spitzensports und der damit verbundenen finanziellen Anforderungen ist die kommunale Unterstützung grundsätzlich zu überdenken und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft das Interesse für Sponsoring etc. zu wecken. Gefordert sind aber nicht nur neue Kooperationsverhältnisse zwischen Sport und Wirtschaft in Bezug auf den Spitzensport, sondern auch solche zwischen Sport, Politik und Wirtschaft in Bezug auf Freizeit- und Breitensport. Die Etablierung eines derartigen Aktionsbündnisses unter Ausschöpfung der Möglichkeiten von Private-Public-Partnership und Sportsponsoring wäre durch das Stadtforum Sport anzuregen und zu entwickeln.

Eine Entlastung und eine stärkere Bereitschaft zum Ehrenamt ist durch den Abbau von administrativen Auflagen, Auszeichnungen oder Ehrung, eine Info-Kontaktbörse (Senior-Partnership) anzustreben. Die Beratungs- und Lotsenfunktion in Behörden und Verwaltung ist durch die Stadt zu gewährleisten.

Der Stadtsportverband mit seiner Sportjugend ist in seiner Service- und Beratungsfunktion für die Paderborner Sportvereine organisatorisch zu unterstützen.

Durch attraktive Förderungsbedingungen für Investitionen und Folgekosten vereinseigener Sport- und Freizeitanlagen sind auch künftig für die Sportvereine Anreize zu schaffen, um die nur begrenzt vorhandenen kommunalen Budgets zu entlasten.

Die umfangreiche, jedoch zu intensivierende Bindung von Jugendlichen an einen Sportverein wäre z.B. durch pauschalisierte Zuschüsse oder eine verbesserte Jugendleiterförderung gebührend zu honorieren.

Durchführung herausragender sportlicher Projekte

Auch künftig wird sich die Stadt Paderborn der Förderung und Organisation von überregionalen Sportveranstaltungen und Sportsponsoring nicht verschließen (Tagungen, Turniere, Meisterschaften).

Das Schwergewicht wird künftig auf richtungsweisenden Programmen zur weitergehenden Profilierung als Standort für Sport und Freizeit wie die „Paderborner Vielseitigkeitssichtung“ liegen. Sportbezogene Projekte für die Zielbereiche Gesundheit, Tourismus, Elementarbereich sind zu entwickeln.

Zu beachten sind auch die Möglichkeiten des Sports zur sozialen Integration von bestimmten Zielgruppen. Dem Behindertensport kommt ebenso eine besondere Bedeutung zu und ist zu fördern.

Die Verwaltung hat den Fachausschüssen im Jahre 2001 ein individuelles sportliches Nachwuchsförderungskonzept vorgelegt, das bei Kindern möglichst bereits im Elementarbereich den Spaß am Sport unter Beachtung gesundheitlicher und pädagogischer Aspekte unter Berücksichtigung individueller Bewegungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeiten fördert.

Insbesondere dem qualitativen Ausbau der Talentsichtung und -förderung sowie dem Aufbau der kompensatorischen Sportangebote kommt eine besondere Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang ist die gute Zusammenarbeit mit Pro Leistungssport Paderborn e.V. fortzusetzen.

Schulsport

Mit den kommunalen Möglichkeiten ist die Attraktivität des Schulsports und die Förderung des Leistungssports sowie die Vernetzung und Einbindung in die kommunale Sportlandschaft zu fördern. Dazu zählt die Bereitstellung eines bedarfsgerechten und zeitgemäßen Sportstättenangebots im Rahmen der Sportstättenentwicklungsplanung. Bei der Nutzung von Sportanlagen ist dem Schulsport Vorrang einzuräumen.

Unterschiedliche Auffassungen von der Bedeutung des Schulsports, die durch einen anderen kulturellen Hintergrund bedingt sind, sollen in den Schulen berücksichtigt werden. So weit möglich, sollte behutsam eine Veränderung des Verhaltens im Interesse der Integration der Schülerinnen und Schüler angestrebt werden.

Die Möglichkeiten (z.B. Betreute Schule, Teilinternat, Sportbetonte Schule) zu Kooperationen mit den Sportvereinen aus dem unmittelbaren Wohnumfeld sind im gegenseitigen Interesse fördernd einzusetzen.

Bereitstellung und Betrieb von Sportstätten

Sport- und Freizeitzentrum Alme-Aue

In Rahmen der Sport- und Sportstättenentwicklungsplanung ist der Rahmenplan „Alme-Aue“ mit dem zentralen Sportstadion zur Sicherung des Standortes auch unter Berücksichtigung anderer Aspekte fortzuschreiben. Die Stadt ist offen für eine Weiterentwicklung des Ahorn-Sportparks.

Ferner sind die Flächen südlich der ehemaligen Deponie für Sport und Freizeit zu sichern.

Sportstättenbetrieb

Der künftige Betrieb kommunaler Sport- und Freizeitanlagen hat sich noch stärker an den Grundsätzen der Betriebswirtschaft auszurichten. Diese Veränderungen sollen nicht zu untragbaren finanziellen Belastungen für die Vereine und die nicht organisierten Nutzerinnen und Nutzer führen. So gilt es insbesondere die Steuerung der Sport- und Freizeistättenvergabe (vor allem die Belegungs- und Auslastungskontrolle) zu verbessern. Der Betrieb ist durch ein effektives lokales Sport- und Freizeitmanagement gemeinsam mit den örtlichen Sportstättenbetreibern zu koordinieren.

Trotz enger werdender finanzieller Rahmenbedingungen ist auch künftig die kostenlose Nutzung kommunaler Sportanlagen für anerkannte Sportvereine aufgrund ihrer unbestrittenen sozialen und gemeinnützigen Leistungen zu sichern. Bei vereinseigenen Anlagen sollte nachrangig ein angemessener finanzieller Ausgleich zu den Unterhaltungskosten gewährt werden.

Um dies zu gewährleisten, ist die Stärkung der eigenverantwortlichen Nutzung durch die Übertragung geeigneter Sportfreianlagen an Sportvereine voranzutreiben.

Sodann ist die bereits erfolgreich eingesetzte Kombination zwischen städtischen Sportfördermitteln mit Eigenleistungen der Sport- und Freizeitvereine zu intensivieren.

Bereitstellung und Betrieb von Bädern

Im Rahmen des Sport- und Sportstättenentwicklungsplans ist zeitgleich auch der Bäderentwicklungsplan zur Sicherstellung eines bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Angebots insbesondere für den Teil Freibäder fortzuschreiben.

Eine wachsende Nachfrage nicht nur älterer Zielgruppen nach gesundheitsorientierten Angeboten in Hallenbädern mit kleinerer Wasserfläche ist festzustellen.

Es ist zu entscheiden, ob und ggf. an welchem geeigneten Standort eine Ersatzwasserfläche (Nichtschwimmer-Fläche) für den Wegfall des Kaiser-Karls-Bades geschaffen werden soll.

Der Ausschuss für Sport und Freizeit und der Ausschuss für Bauen, Planen und Umwelt haben sich für den Erhalt des Rolandsbades am jetzigen Standort ausgesprochen. Bau- und planungsrechtliche Aspekte werden derzeit geprüft.

Der Betrieb des Waldbades Schloß Neuhaus ist auch zukünftig sicher zu stellen.

Die Zusammenfassung der Regiebäder der Stadt sowie der Schwimmpooler unter einer einheitlichen Betriebsführung ist kurz- bis mittelfristig anzustreben.

Sander-Lippe-See einschließlich der umliegenden Seen

Das für die „Freizeitlandschaft Lippesee“ vom Rat verabschiedete Konzept sollte im Rahmen bereit zu stellender Haushaltsmittel umgesetzt werden.

Der Lippesee hat herausragende Bedeutung für Wassersport, Freizeit und Naherholung. Diese Funktion muss in dem laufenden Planfeststellungsverfahren für die Lippeumlegung gestärkt und ausgebaut werden. Der Lippesee ist zu einem qualitätsvollen Freizeit- und Naherholungsgebiet mit einem regionalen Einzugsbereich fortzuentwickeln. Dabei ist als erstrangiges Ziel die Sicherstellung der Naherholungsqualität, die Entwicklung eines Naherholungsgebietes für die Bürger der Stadt und des Kreises Paderborn sowie für den Wassersport anzusehen.

Die Wasserqualität des Sees ist durch die geplante Lippeumlegung, aber auch durch entsprechende Maßnahmen hinsichtlich Einträge von Thune und Roter Bach, die ebenfalls in den See fließen, zu verbessern. Diese Maßnahmen eröffnen für das Freizeitareal Lippesee die große Chance, langfristig Badewasserqualität zu erreichen.

Ziel muss es sein, mittelfristig einen Entwurf für einen Öffentlichkeitsvertrag und eine Seeordnung vorzulegen, um den Zugang zum Sees für die Öffentlichkeit zu sichern.

Eine anspruchsvolle Gastronomie am Lippesee ist zu fördern.

Das Jogging-, Wander-, Rad- und Reitwegesystem im Bereich des Lippesees ist auszubauen und in das städtische und regionale Netz, u.a. auch in die Senne, einzubinden. Hierzu zählt u.a. die rad- und fußläufige Verbindung mit Elsen, insbesondere mit dem Nesthauser See durch die Erstellung einer Brücke über die B 64. Darüber hinaus sollte im Rahmen der Lippeumlegung berücksichtigt werden, dass im Bereich des Südufers die Rad- und Fußwegeverbindung nach Schloß Neuhaus sowie zum ehemaligen Landesgartenschau Gelände weiterhin gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang ist eine Planung hinsichtlich der Frage notwendig, wie der Grünstreifen ausgehend vom ehemaligen Landesgartenschau Gelände über Nesthausen bis hin zum Lippesee unter dem Aspekt einer qualitätsvollen Naherholung gestaltet werden soll.

Die Beschilderung zum Lippesee (Autobahn, Autobahnabfahrt, B 64, Zufahrt Hermann-Löns-Straße) ist zu verbessern.

Das Parkplatzangebot ist zu optimieren. Insbesondere der Bereich des Skaterparks sowie die Zufahrt in Nähe der DLRG-Station sind dringend zu überarbeiten.

Umwelt

Klima - Nachhaltigkeit - Entsorgung

I. Ausgangslage

Flächenhafter Umweltschutz und Biotopschutz in Paderborn

Das kommunale Handlungsfeld Landschaftspflege / Natur- und Artenschutz ist geprägt einerseits durch eine intensive Erarbeitung von Grundlagenerhebungen, Plänen und Programmen sowie der Berücksichtigung dieser Belange im Rahmen der Bauleitplanung. Die Umsetzung erfolgt insbesondere im Rahmen der Eingriffsregelung.

Insgesamt stehen zur Zeit etwa 25% des Stadtgebietes unter Landschaftsschutz (Landschaftsschutzgebiete - LSG -) und ca. 6% dienen aktuell dem konkreten Biotop- und Artenschutz (höherer Schutzstatus als Naturschutzgebiet - NSG -, Naturdenkmal - ND -, etc.).

Problematisch stellt sich die gleichwertige Akzeptanz des Umweltschutzes unter allen anderen Gesichtspunkten im Rahmen von Planungen und Flächenbedarfsansprüchen dar. Auch muss die intakte, ökologisch wertvolle Landschaft als Standortfaktor für Paderborn einen verbesserten Stellenwert erhalten.

Insgesamt jedoch ist für den Bereich der Natur- und Landschaftspflege und des Biotop- und Artenschutzes ein guter Standard erreicht. Die vorliegenden Aussagen zur Lebensqualität bzw. zur Attraktivität der Stadt Paderborn bestätigen die Bedeutung dieses Arbeitsbereiches.

Luftreinhalung

Die lufthygienische Situation der Stadt ist gut, wobei die allgemeinen verkehrsbedingten Schadstoffemissionen Probleme bereiten und für erhöhte sommerliche Ozonwerte sorgen.

Gewässerschutz

Die örtlichen Gewässer weisen durchweg eine relativ gute Gewässergüteklasse auf. Probleme bereiten allerdings die stoßweisen Belastungen der Einleitungen aus den besiedelten Flächen (Regenwasserentwässerung), die durch die Förderung der Regenwasserversickerung und durch dezentrale Rückhaltungsmöglichkeiten reduziert werden können. Die Gewässerentwicklung (naturnaher Rück- und Ausbau, naturnahe Pflege) wird sukzessive entsprechend verfügbarer Mittel vorangetrieben.

Grundwasserschutz

Im Rahmen der städtischen Planungshoheit ist der Schutz des Grundwassers als hohes Ziel zu berücksichtigen. Insbesondere gilt dies für die im Stadtgebiet gelegenen Schutzgebiete. Hier ist jedoch die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörden gegeben.

Hochwasserschutz

Die Maßnahmen des städtischen Hochwasserschutzkonzeptes von 1985 sind mit Fertigstellung des Hochwasserrückhaltebeckens „Rothebach/Springbach“ abgeschlossen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass weitere Optimierungen im Hochwasserschutz durch Gewässersanierungen und durch Steuerungs- und Regeltechnik in Verbindung mit den Einrichtungen des Wasserverbandes Obere Lippe sowie mit den Regenrückhaltebecken des STEB erzielt werden können.

Weitere Hochwasserschutzmaßnahmen unter der Federführung des Wasserverbandes Obere Lippe stehen noch aus:

- das Hochwasserrückhaltebecken „Benhauser Bahnbogen“ kann nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens umgesetzt werden
- aufgrund einer Hochwasserstudie aus dem Jahr 2002 für Schloß Neuhaus stehen weitere Schutzmaßnahmen für diesen Stadtteil aus. Der Wasserverband Obere Lippe wurde seitens der Stadt Paderborn beauftragt, die Maßnahmen planungsmäßig und bautechnisch umzusetzen.

Bodenschutz

Dieses Handlungsfeld wird geprägt durch die Altlastenthematik. Wesentliche Probleme liegen aufgrund der historischen Entwicklung der Stadt nicht vor. Umfassende Gefährdungsabschätzungen sind nur in einigen Fällen vorhanden, so dass im Einzelfall vorher nicht kalkulierbare Kosten entstehen können.

Lärmschutz

Diese Thematik wird zunehmend sensibler seitens der Betroffenen gesehen. Es fehlt derzeit noch ein Lärminderungsplan, der alle Lärmquellen beinhaltet.

Abwasser- und Abfallwirtschaft

Die Abwasser- und Abfallwirtschaft in Paderborn weist ein hohes Qualitätsniveau auf, was an verschiedenen Parametern wie Gebühren und Recyclingquoten, sowie an den Ergebnissen des Qualitätsmanagementsystems (QMS) und am Umweltmanagementsystem (UMS) abgelesen werden kann.

Klimaschutz / Energiemanagement in Paderborn

Die Thematik Klimaschutz wurde im Rahmen der Arbeit der Klimaschutzkommission in den Jahren 1995 - 1997 intensiv bearbeitet und fand ihr Ergebnis im Klimaschutzbericht 1997. Der Rat der Stadt Paderborn hat dazu konkrete Ziele und Maßnahmen beschlossen, die auch teilweise bereits umgesetzt wurden. Zusätzlich wurden weitere Akteure zum Handeln bewegt, wie bei den „Runden Tischen“ Handwerk und Energieeinsparung im privaten Baubestand. Ziel wird es auch bleiben, weiterhin Impulse zur energietechnischen Altbausanierung durch Wärmedämmung etc. zu geben.

Durch verbindliche Bauleitplanung wurde die Grundlage für die Errichtung von 45 Windkraftanlagen im östlichen Stadtgebiet geschaffen, die auch bereits errichtet sind. Die Gesamtleistung aller Anlagen beträgt ca. 42 Megawatt (MW) Nennleistung. Sie erzeugen damit im Jahresdurchschnitt ca. 10 % des Stromverbrauchs der Großstadt Paderborn.

Nachhaltigkeit

In der Folge der Umweltkonferenz von Rio de Janeiro ist der Begriff der Nachhaltigkeit geprägt worden. Die damit bezeichnete Zielsetzung hat schon seit jeher unter dem Leitbild „Bewahrung der Schöpfung“ die Umweltpolitik in der Stadt geprägt. Danach orientiert sich die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten an den Gesichtspunkten "Regeneration, Substitution und Anpassungsfähigkeit". Von großer Bedeutung ist eine stete Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenorientierte Umwelterziehung.

II. Generelle Ziele

Umwelt

Eine in ihren zahlreichen Facetten intakte Umwelt ist die Grundlage und einer der wesentlichsten Bausteine eines attraktiven Lebens- und Wirtschaftsstandortes Paderborn. Es ist deshalb vorrangiges Ziel der zukünftigen Stadtentwicklung, diese Umwelt als herausragenden Standortfaktor der Stadt Paderborn zu schützen, zu verbessern und sowohl im Sinne des Gemeinwohls als auch der speziellen Umweltfunktionen zu entwickeln.

Dazu gehören:

- Die natürlichen Ressourcen der Stadt Paderborn sind zukunftsfähig zu bewirtschaften, zu schützen und in ihren Funktionen zu fördern.
- Die Belange der Grünordnung im besiedelten Bereich sind stärker als bisher zu berücksichtigen.
- Die Einhaltung von Pflanzgeboten auf gewerblichen und privaten Flächen ist mit geeigneten Maßnahmen zu gewährleisten.
- Die Umweltbestandteile Luft, Wasser und Boden sind zu schützen. Bestehende Mängel sind zu beheben, die Gesamtqualität ist zu verbessern, wobei nicht nur die lokalen, sondern auch die regionalen und globalen Auswirkungen Berücksichtigung finden.

Klimaschutz und Energiemanagement in Paderborn

Ziel des Energiemanagements in Paderborn ist es, einerseits auf lokaler Ebene die nationalen und internationalen Klimaschutzziele zu fördern, andererseits die wirtschaftlich relevanten Potenziale von Klimaschutzmaßnahmen auszuschöpfen.

Das beschlossene Ziel einer mindestens 25-prozentigen CO₂-Reduzierung bis zum Jahr 2005 auf Grundlage der 1987er Werte ist weiterhin für Paderborn anzustreben. Weitere Akteure sind für die Umsetzung von Maßnahmen und Projekten zu motivieren.

Das bestehende Fichtner-Gutachten zur Energiesituation der Stadt Paderborn ist unter den heutigen energiepolitischen Rahmenbedingungen, dem städtischen CO₂-Einsparziel und den neuen technischen Entwicklungen zu überarbeiten.

Grundsätzlich ist eine ganzheitliche Betrachtung und Beurteilung von Maßnahmen vorzunehmen. So sind zur Entscheidungsfindung neben CO₂- Minderung die Wirtschaftlichkeit und evtl. städtebauliche Betrachtungen usw. vorzulegen.

Nachhaltigkeit

Ziel ist es, die Nachhaltigkeit bei städtischen Aktivitäten bzw. Stadtentwicklungsprozessen verfahrensmäßig zu institutionalisieren. Die Nachhaltigkeit wird bereits im Rahmen der Bauleitplanung geprüft; diese Überprüfung ist auf die wesentlichen Projekte der Stadt zu übertragen.

Abfall- und Abwasserwirtschaft

Für den Bereich der Entsorgung in der Stadt Paderborn ergeben sich folgende generelle Zielsetzungen:

- Aufrechterhaltung einer effektiven und effizienten kommunalen Entsorgung als wesentlicher Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sowie unter dem Gesichtspunkt von Entsorgungssicherheit, Stadthygiene und Stadtbildpflege

- Aufrechterhaltung günstiger Entsorgungsgebühren bzw. Preis-/ Leistungsverhältnisse für Entsorgungsdienstleistungen unter Beibehaltung hoher Qualitäts- und Umweltstandards sowie des derzeit hohen ökologischen Niveaus.
- Ausbau von Dienstleistungsangebot und -qualität zur weiteren Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Kundenzufriedenheit

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Flächenhafter Umweltschutz und Biotopschutz

Biotopmanagement

- Umsetzung der Landschaftspläne Senne und Paderborn/Bad Lippspringe
- Umsetzung vorliegender Landschaftsentwicklungskonzepte, Biotopmanagementpläne, Biotopverbundpläne und des Lippeauenprogramms.
- Nutzung geeigneter städtischer landwirtschaftlicher Flächen für Ziele der Landschaftspflege (Natur auf Zeit)
- Renaturierung städtischer, inzwischen von der landwirtschaftlichen Nutzung in Anspruch genommener Geländestreifen an Wirtschaftswegen, wenn entsprechende Kooperationen mit den Landwirten und Bauernverbänden erreicht werden können.

Entwicklung der Gewässer

- Die erforderlichen Gewässerentwicklungskonzepte sind bis Ende 2004 vorzulegen.
- Die Stadt unterstützt auch Konzepte zur Entwicklung der Gewässer, die von Dritten (z.B. Wasserverbände) zu unterhalten sind (z.B. Lippe, Gunne).
- Weitere Möglichkeiten des Gewässerschutzes einschließlich des Grundwasserkörpers sind auf der Grundlage des vorliegenden Kenntnisstandes und der Gesamtaus- und –wechselwirkungen zu erarbeiten.

Erhalt einer natürlichen Lebensqualität unter besonderer Beachtung des Schutzes heimischer Pflanzen und Tiere sowie deren Lebensräume

- Schonender Umgang mit der Landschaft und Schutz der ländlichen Region bei der Bauleitplanung. Im Rahmen eines konkreten Bauleitplanverfahrens sind die Maßnahmen im Einzelfall zu beschreiben.
- Berücksichtigung der speziellen, geohydrologischen Situation Paderborns bei der Bauleitplanung. Im Zusammenhang mit der Neubeantragung der Wasserrechte für die Stadtwerke klärt die Stadt gemeinsam mit dem Kreis ab, wie sich die Situation der öffentlichen und der privaten Wasserentnahmen darstellt, insbesondere unter Berücksichtigung der Paderborner Voraussetzungen. Die Gutachten zur geohydrologischen Situation in Paderborn werden zusammengeführt und ergänzt, um entsprechende Entscheidungen absichern zu können.
- Großflächige Versiegelungen werden vermieden bzw. durch Komplementärmaßnahmen ausgeglichen. Im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes wird geprüft, ob eine Versickerung des Niederschlagwassers möglich ist. Ggfls. erfolgt eine entsprechende Festsetzung.
- Maßnahmen zum Baum- und Biotopschutz sowie zur Straßenbegrünung und Sicherstellung heimischer, standortgerechter Bepflanzung finden stärkere Berücksichtigung
- Dach- und Fassadenbegrünungen werden unterstützt

- Erhalt, Ergänzung von Grünzonen zwischen den Stadtteilen und ökologische Optimierung durch Biotopmanagement sowie Entwicklung stadtnaher Erholungsgebiete zum Erhalt der Identität einzelner Stadtteile
- Wertvolle Biotope werden über das bisherige Maß hinaus entwickelt

Energiemanagement

Aufbau eines Energiemanagements für städtische Gebäude als Teilaspekt der CO₂-Minderung um 25 % bis 2005 u.a. durch:

- Wiederaufnahme bauphysikalischer Maßnahmen an städtischen Gebäuden
- Bei der Nutzungsvergabe städtischer Gebäude sind die Energieaspekte besonders zu berücksichtigen
- Einsatz regenerativer Energieformen bei städtischen Gebäuden
- Weiterführung des Projekts „Dreh` mal ab – Paderborner Schulen sparen Energie“ mit Ausweitung auf alle Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäude
- Durchführung eines Energiesparkonzeptes in Verwaltungsgebäuden durch Verhaltensänderungen der Mitarbeiter/innen
- Einsatz der Solartechnik an städtischen Gebäuden. Unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten sollten Maßnahmen der Solartechnik vorrangig im Bäderbereich eingesetzt werden.
- Kraft-Wärmekopplung in öffentlichen Gebäuden
- In einem Modellprojekt ist die Effizienz der kontrollierten Lüftung mit Wärmerückgewinnung zu untersuchen

Die Energiesituation Paderborns ist gekennzeichnet durch einen aktiven Einfluss der Bevölkerung auf Energieversorgung und -verbrauch. Die Minimierung klimaschädlicher Emissionen wird angestrebt.

- Regenerative Energien werden verstärkt genutzt und deren lokaler Einsatz unterstützt.
- Beispielhafte innovative Konzepte, wie der Bebauungsplan Nr. 48 D „Goldgrund“, werden durch die Stadt aktiv initiiert und unterstützt.
- Die Umsetzung der vorliegenden Ergebnisse der Runden Tische „Handwerk“ (exemplarische Einsparungsmöglichkeiten in den Bereichen Energie, Abfall und Wasser/Abwasser) sowie „Energieeinsparung im privaten Baubestand“ (Paderborner Gebäudetypologie) wird unterstützt.

Umwelterziehung und Öffentlichkeitsarbeit im Umweltschutz

Weiterentwicklung des Aufgabenfeldes „Umwelterziehung“

- Weiterentwicklung der Waldschule
- Errichtung eines Waldkindergartens (nach Prüfung)
- Ausbau des Arboretums
- Erhalt und Ausbau der Angebote des „Grünen Klassenzimmers“ und Ausbau der Naturwerkstatt im Schloss- und Auenpark

Durch zielgruppenorientierte Öffentlichkeitsarbeit wird ein entsprechender Einfluss auf ein nachhaltiges Verbraucherverhalten genommen.

- Durch gezielte und innovative Maßnahmen wie Aufklärung, Beratung und Handlungsanreize sollen Akteure des privaten und öffentlichen Bereichs zielgruppengerecht für energiesparende, umweltgerechte und gesundheitsverträgliche Verhaltensweisen gewonnen werden.

- Unterstützung der Initiative zur Errichtung eines zentralen "Eine-Welt-Hauses" (AgendaHaus) als Begegnungsstätte für entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit und als Ort fairen Handels.
- Errichtung eines Umweltzentrums in Schloß Neuhaus (Umweltpädagogik, Umweltberatung, Informations- und Ausstellungszwecke, Nutzung durch Schulklassen, Kindergärten, Erwachsenengruppen in der Weiterbildung, Besuchergruppen von außerhalb, Vermarktung ökologischer Produkte der Region, Ausbau zu einem Infozentrum einschließlich „sanfter Tourismus Senne“)
- Im Rahmen des weiterführenden Agenda-Prozesses wird eine Recherche und Dokumentation zu den entwicklungspolitischen Kontakten von Paderborn und ökonomischen Verflechtungen bzw. Handelsbeziehungen durchgeführt.

Artenschutzmaßnahmen

- Entwicklungsplanung für den Amphibienschutz
- Durchführung von Artenschutzmaßnahmen insbesondere unter ornithologischen Aspekten durch ein konkretes Handlungsprogramm
- Aufbau eines Sortiments alter, regionaler Obstbaumsorten (Genpoolerhaltung)

Abwasser- und Abfallwirtschaft

Die Aufgaben der Abwasser- und Abfallwirtschaft werden in Paderborn durch die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen „Stadtentwässerungsbetrieb Paderborn – STEB“ und „Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb Paderborn – ASP“ durchgeführt.

Abwasserwirtschaft

- Entwicklung zu einem kundenorientierten Service- und Dienstleistungsbetrieb, der durch Sammeln, Fortleiten und Behandlung von Abwasser aktiven Umweltschutz und präventiven Gesundheitsschutz für Einwohner und Betriebe der Stadt Paderborn realisiert.
- Das bis zum Jahr 2005 gültige Abwasserbeseitigungskonzept wird nach Fertigstellung des Zentralentwässerungsplanes (ZEP) aktualisiert.

Abfallwirtschaftliche Maßnahmen

- Sukzessiver weiterer Anschluss der noch verbleibenden Stadtteile an das Holsystem für Altpapier/-pappe bis zum Frühjahr 2002.
- Verstärkung der Aktivitäten zur Beratung von Wohnungsbau- und großen Immobiliengesellschaften im Hinblick auf eine Optimierung der Abfallsammlung und Wertstofftrennung bis Ende 2003.
- Errichtung eines neuen, den gestiegenen Anforderungen an Beratungsservice und Zahl der Anlieferungen Rechnung tragenden Recyclinghofs am Standort Zentraler Bau- und Betriebshof sowie Errichtung eines zweiten Recyclinghofs im Stadtgebiet im Jahr 2002, mit dem Ziel, die Anfahrtswege für die Bürger/innen zu verkürzen.
- Mittelfristig sollen Pilotversuche über den Einsatz verbesserter Erfassungssysteme in großen Mehrfamilienhäusern durchgeführt werden, wie z. B. Müllschleusen, die

eine kontrollierte Bedienung der Abfallbehälter sowie eine haushaltsbezogene Abrechnung der Abfallgebühren ermöglichen.

- Anerkennung der Mineralstoffdeponie „Atlas, II. BA“ als Entsorgungsfachbetrieb gemäß der Entsorgungsfachbetriebeverordnung bis Ende 2002
- Vorbereitung eines neuen Standorts für die Mineralstoffdeponie bis Ende 2007, sofern sich nicht anderweitige kostengünstige ortsnahe Entsorgungsmöglichkeiten ergeben. Da die Laufzeit der Deponie „Atlas, II. BA“ auf ca. 8 Jahre begrenzt und zur Zeit ein Weiterbetrieb in dem Steinbruchgelände Atlas ausgeschlossen ist, muss frühzeitig mit der Suche nach einem neuen Standort bzw. anderweitigen Entsorgungsmöglichkeiten begonnen werden. Dabei sind auch auf dem Gelände des Steinbruchs „Ilse“ alle Möglichkeiten zu einem weiteren Betrieb an diesem Standort zu prüfen
- Forcierung der politischen Aktivitäten zur Förderung des Standortes „Alte Schanze“

Organisatorische Maßnahmen

- Prüfung weiterer Synergieeffekte durch organisatorische Maßnahmen verschiedener operativer Bereiche, die am heutigen Zentralen Bau- und Betriebshof ansässig sind.
- Mittel- bis langfristig, spätestens bei sich verändernden steuerrechtlichen Rahmenbedingungen, ist zu prüfen, inwieweit eine stärkere Ausrichtung in eine noch mehr privatwirtschaftlich orientierte Organisationsform (öffentlich-rechtliche Anstalt, GmbH o.ä.) bzw. Kooperationen in Teilbereichen, möglich sind. Bis Ende 2003 wird die Verwaltung in Zusammenhang mit der weiteren Aufgabenerfüllung des DSD (Duales System Deutschland) dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Grundlagnerhebung im Umweltschutz

Die Verwaltung legt dem Rat bis Mitte 2003 einen Zeitplan für die Erarbeitung folgender Grundlagen im Umweltbereich vor:

- Bearbeitung der vorliegenden Altlastverdachtflächen
- Errichtung einer systematischen Erfolgskontrolle für Ausgleichsflächen und Gewässer in enger Zusammenarbeit mit dem beim Kreis Paderborn geführten Kompensationsflächenkataster
- Erarbeitung einer Konzeption zur Entsiegelung
- Erarbeitung einer Konzeption für neue Baumstandorte
- Neuauflage „Stadtbiotopkartierung“ in Abstimmung mit der Biotopkartierung beim Kreis Paderborn
- Definition von Umweltqualitätszielen
- Überarbeitung und Aktualisierung des „Watter-Gutachtens“ zur innerstädtischen Grünordnung
- Anregung an den zuständigen Kreis Paderborn zur Aufstellung eines Bodenschutzplanes

Soziales

I. Ausgangslage

Im Rahmen der Standortkonferenz wurde bereits im September 1997 festgestellt, dass die soziale Infrastruktur als eine Stärke des Standortes Paderborn anzusehen und ein Systemwechsel aus diesem Grund keinesfalls angezeigt ist.

Dabei finden die Lebensbelange der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zur Wahrung des sozialen Friedens als wichtige Prämisse für ein prosperierendes Paderborn besondere Berücksichtigung.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Stadt der Herausforderung, sich als Gemeinwesen mit sozialer Verpflichtung, globaler Verantwortung und einem vorbildlichen Integrationsverhalten gegenüber allen benachteiligten Gruppen darzustellen.

Die derzeitige Praxis, Flüchtlinge nicht in Massenunterkünften, sondern dezentral unterzubringen und damit Ghettobildungen zu verhindern, soll auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

Die Handlungsprogramme und Maßnahmen zum Erreichen der Ziele konzentrieren sich schwerpunktmäßig sowohl auf Familien, Frauen, Kinder und Jugendliche im Alltagsleben und in besonderen Situationen als auch Senioren/innen und Behinderte sowie Aussiedler/innen und ausländische Bürger/innen. Insbesondere junge Menschen werden hierbei als wichtiges Potenzial für die Weiterentwicklung unserer Stadt angesehen. Um die im sozialen Bereich gesteckten Ziele zu erreichen, werden durch die Stadt Paderborn auch die Angebote Freier Träger in Anspruch genommen.

II. Generelle Ziele

In der Stadt Paderborn wird allen Menschen eine Lebensführung ermöglicht, die der Würde des Menschen entspricht.

Dies gilt vor allem auch für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Kräften bestreiten können und Sozialhilfeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Für diese Menschen werden Möglichkeiten geschaffen, wieder unabhängig von der Sozialhilfe zu leben (Hilfe zur Selbsthilfe). Gleichzeitig wird angestrebt, Beschäftigungsmöglichkeiten speziell auch für arbeitslose Jugendliche zu schaffen.

Damit die Kommune die soziale Sicherung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleisten kann, wird das Sozialwesen in der Stadt durch die Gewährung freiwilliger Zuschüsse an Freie Träger gefördert. Zugleich wird eine enge Kooperation aller im Rahmen des Sozialwesens aktiven „Partner“ auf Dauer angestrebt.

Der Förderung von ehrenamtlicher Arbeit kommt eine besondere Bedeutung in allen gesellschaftlichen Gruppen zu.

In allen Leistungsbereichen der Verwaltung erhalten die Bürger/innen umfassende individuelle Beratung; Entscheidungen erfolgen zeitnah. Im Vordergrund des Handelns der Sozialverwaltung stehen weiterhin Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit. Besonderen Anforderungen einzelner Bevölkerungsgruppen an die Entwicklung und Ausgestaltung der Stadt sowie sie betreffende Verfahren der Verwaltung wird im Rahmen neuer partizipativer Verfahren Rechnung getragen.

Es ist ein Anliegen der Stadt, durch effektive und effiziente Maßnahmen und Angebote die speziell aus sozialer Sicht relevanten Zielgruppen der Kinder, Jugendlichen, Familien, Senioren/innen, Behinderten, der Aussiedler/innen, der Ausländer/innen, Flüchtlinge und sonstigen benachteiligten Gruppen weiterhin zu fördern. Dies entspricht der bisherigen gesamtgesellschaftlichen Tradition in Paderborn.

In diesem Sinne werden konkrete Konzepte, Initiativen zur Schaffung eines Agenda-, Umwelt-, Frauen-, Mädchenhauses etc. zu bündeln, ebenso von der Stadt unterstützt wie Selbsthilfegruppen im ehrenamtlichen sozialen Bereich oder Initiativen zur Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in Nachbarschaften und Wohnvierteln. Letzteres kann insbesondere durch die Einrichtung themenbezogener Runder Tische sowie besondere Formen ideeller Anerkennung gefördert werden.

Der Absonderung (Segregation) einzelner Bevölkerungsgruppen wird konsequent entgegengesteuert, um dem Ziel eines harmonischen Zusammenlebens aller Bevölkerungsgruppen näher zu kommen. Alle Bürgerinnen und Bürger Paderborns müssen sich als gleichberechtigt und gleichwertig sehen können.

Zur Sicherstellung und Weiterentwicklung des sozialen Friedens wird speziellen Maßnahmen zur Förderung der Konfliktfähigkeit und des Konfliktabbaus eine zunehmende Bedeutung beigemessen.

Zuwandernde Menschen werden im stärker werdenden globalen Wettbewerb der Städte als Chance für die Entwicklung Paderborns gesehen. Ziel ist, die durch sie eingebrachte Sprachkompetenz und Kenntnis über fremde Kulturen und Gesellschaftsformen als eine innovative Ressource für den Standort Paderborn künftig intensiver zu nutzen.

Grundsätzlich sollte geprüft werden, ob die im Rahmen der Sozialarbeit an verschiedenen Stellen des Berichts angesprochenen Kommunikationszentren, Jugend- und Familienbüros, Jugendtreffs und Betreuungsstützpunkte gebündelt werden können.

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

In Paderborn wird eine Durchmischung von sozialem und freiem Wohnungsbau und hinsichtlich der verschiedenen Formen von Eigentumsverhältnissen und -größen angestrebt.

Gemeinsames Erleben der Bürger/innen in Gemeinschaften wird gefördert; nicht zuletzt zu diesem Zweck werden stadtteilnahe Kommunikationszentren aufgebaut und unterhalten.

Bereits im September 2000 wurde das vom Rat geforderte Konzept für die Sicherung der bestehenden Begegnungsstätten vorgelegt und als "Grundkonzeption für die bedarfsgerechte Fortentwicklung von Begegnungsstätten als Bestandteil der lokalen Infrastruktur" im Haupt- und Finanzausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung hat seither auf dieser Basis mit den Trägervereinen weitere Abstimmungsgespräche geführt.

Für Sozialhilfeempfänger/innen werden weitere Arbeitsmöglichkeiten sowohl in Eigenregie der Stadt als auch in Kooperation mit dem Kreis und der Arbeitsverwaltung geschaffen.

Der Einsatz freiwilliger Fördermittel im Sozialwesen wird unter den Gesichtspunkten der Effizienz und der Effektivität situationsgerecht und flexibel gestaltet.

Bestehende Programme Freier Träger für Randgruppen, wie Drogenabhängige und Nichtsesshafte, werden auch weiterhin unterstützt, um sie möglichst flexibel und

bedarfsgerecht gestalten zu können. Sie sollten auf Optimierungsmöglichkeiten geprüft werden.

Dies gilt auch für die berufliche Förderung von Jugendlichen mit Behinderung z.B. durch den Kolpingverband.

Ein Konzept zur Verbesserung und Verlagerung des KIM (Kontakt - Information - Motivation, Kreis junger Missionare) wurde erarbeitet. Der Umzug erfolgt im I. Quartal 2002.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Kommunen und den zunehmenden Ansprüchen muss im gesamten sozialen Bereich eine permanente Prüfung der Angebote auf ihre Machbarkeit und ggf. eine neue Ausrichtung erfolgen.

Bevölkerungsgruppen, Teilziele und Handlungsprogramme

Kinder und Jugendliche

Kindern und Jugendlichen ist wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Zukunft der Stadt ein eigener Baustein "Familie-Kinder-Jugend" in diesem Bericht gewidmet.

Frauen und Mädchen / Gleichberechtigung der Geschlechter

Paderborn schafft die notwendigen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Geschlechter:

Normen, Werte und Strukturen, die die Grundlage für das Gemeinwesen sind, werden an den Bedürfnissen beider Geschlechter ausgerichtet.

Geschlechtergerechte Tragfähigkeit wird als unverzichtbares Prüfkriterium bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt Paderborn berücksichtigt.

Der offene Dialog zwischen den Geschlechtern und ein toleranter Umgang miteinander werden als wesentliche Voraussetzungen bei der Umsetzung der Gleichberechtigung vorangetrieben.

Für Frauen werden die gleichen Rechte und die gleichen Chancen zur Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und beim Zugang zu Führungspositionen sowie gleiche Entlohnung verwirklicht.

Kinderbetreuung wird als gesellschaftliche Aufgabe anerkannt.

Dabei müssen ganz konkrete Angebote im Vordergrund stehen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und somit die Basis bilden, dass Frauen möglichst unbelastet und umfassend ihre Fähigkeiten in die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt einbringen können.

Handlungsprogramm / Maßnahmen

In allen gesellschaftlichen Bereichen werden Datenerhebungen und Studien zur Situation von Frauen durchgeführt, um Maßnahmen für Frauen gezielter entwickeln und planen zu können.

Die Arbeit des Mütterzentrums wird weiterhin gefördert.

Die Einrichtung eines Frauenzentrums wird geprüft.

Der Aufbau einer breiten Frauenprojektkultur wird unterstützt.

Frauen und Mädchen werden intensiv über ihre Chancen und Möglichkeiten informiert.

Frauen, die sich politisch engagieren möchten, werden durch Seminare und Workshops gefördert und unterstützt.

Die unterschiedlichen Beratungsangebote für Alleinerziehende in den einzelnen Bereichen der Verwaltung werden stärker aufeinander ausgerichtet.

Die Verwaltung der Stadt als bedeutende Arbeitgeberin stellt sich der Herausforderung, ihrer Handlungsebene entsprechend die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu optimieren. Sie entwickelt innovative Ansätze z. B. zum Wiedereinstieg in das Berufsleben nach dem Erziehungsurlaub, der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub selbst oder der weiteren beruflichen Qualifizierung.

Der Frauenförderplan aus dem Jahr 1997 wird derzeit durch eine verwaltungsinterne Projektgruppe an das neue Landesgleichstellungsgesetz angepasst und dem Rat Mitte 2002 zur Beschlussfassung vorgelegt.

Senioren/innen

Für die große Bevölkerungsgruppe der Senioren/innen wird ein angemessenes Lebensumfeld erhalten, das den individuellen Bedürfnissen älterer Menschen gerecht wird. Leitgedanke hierbei ist vor allem die längstmögliche Erhaltung der Selbständigkeit und Individualität im Alter.

Die bestehende gute soziale Infrastruktur im Bereich der Dienstleistungen und Serviceangebote für Senioren wird gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut.

Ein vorrangiges Ziel ist, die Potenziale an Lebenserfahrung und spezieller Qualifikationen der "jungen Alten" durch weitere Angebote im ehrenamtlichen Bereich zum Wohle der Stadt intensiver zu nutzen, wodurch diese Bevölkerungsgruppe auch selbst eine neue und positive Sinnggebung in ihrem Leben erfährt.

Handlungsprogramm / Maßnahmen

Das bereits jetzt sehr breitgefächerte Spektrum der sozialen Infrastruktur in der städtischen Seniorenarbeit im häuslichen, teilstationären und stationären Bereich wird bedarfsorientiert an die Entwicklung angepasst.

Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Schaffung adäquater Wohnformen für ältere Menschen mit unterschiedlichen Betreuungsangeboten sowie die Verbesserung der speziellen Versorgungsstrukturen für hochbetagte demenzkranke Menschen.

Hierzu wird die schon bisher enge Kooperation mit anderen Trägern permanent auf Möglichkeiten der Intensivierung geprüft und durch Beratung wie finanzielle Förderung so begleitet, dass sie ihre Fähigkeit zur flexiblen Anpassung auf die sich stetig wandelnde Bedarfsstruktur erhalten kann. So kann die Entlastung der öffentlichen Hand u. a. durch Projekte zur Anerkennung des Ehrenamtes vorangetrieben werden.

Eigene Angebote wie das Seniorenbüro und Seniorenveranstaltungen und -fahrten werden von der Stadt auch in Zukunft aufrechterhalten, um die Seniorinnen und Senioren sowohl am gesellschaftlichen Leben wie an der Entwicklung der Stadt teilhaben zu lassen.

Der Seniorenplan aus dem Jahre 1993 ist nach wie vor sehr aktuell und wird dem Rat 2004 zur Bewertung im Hinblick auf eine notwendige Fortschreibung vorgelegt. Sollte sich im

Rahmen der Überarbeitung herausstellen, dass kein ausreichendes Basismaterial vorhanden ist, ist ein Hearing zur Situation der Seniorinnen und Senioren in Paderborn vorstellbar.

Bei der Aktualisierung des Seniorenplans wird geprüft, inwieweit Seniorenveranstaltungen und -fahrten auch für Behinderte geöffnet werden können.

Behinderte

Die Förderung der Integration Behinderter in allen Bereichen des täglichen Lebens wird konsequent weiterverfolgt.

Die sich ständig verbessernden technischen und bautechnischen Möglichkeiten zur Schaffung eines behindertengerechten Lebensumfeldes werden in ihrer Entwicklung verfolgt und konsequent genutzt.

Handlungsprogramm / Maßnahmen

In eigener Regie und in Kooperation mit anderen Trägern der Behindertenarbeit (Verbände, Vereine, Institutionen) werden Maßnahmen und Projekte zur Verbesserung der Teilnahmemöglichkeiten Behinderter am alltäglichen Leben initiiert und durchgeführt. Darüber hinaus werden die Selbsthilfeaktivitäten von Behinderten unterstützt. Die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin intensiviert ihre Bemühungen, die festgelegte Beschäftigungsquote für Behinderte zu erreichen und wirbt auch bei privaten Arbeitgebern darum.

Die Stadt selbst setzt technische Neuerungen und Änderungen (Blindensummer, taktile Bodenbeläge etc.) bei allen geeigneten Vorhaben und Maßnahmen im Interesse der Behindertenfreundlichkeit ein.

Migranten/innen - Ausländer/innen / Aussiedler/innen / Flüchtlinge

Die globale Verantwortung des Gemeinwesens Paderborn findet ihren Ausdruck in der Offenheit gegenüber den hier lebenden ausländischen Menschen und Kulturen.

Wichtigste Intention ist die möglichst weitreichende Integration von Menschen ausländischer Herkunft in die Gesellschaft. Hierbei sind diese Menschen zu ermutigen und in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, das Wagnis einzugehen, sich einerseits voll und ganz auf unsere Gesellschaft und ihre Angebote einzulassen, andererseits aber auch ihre Herkunft und Kultur nicht zu vergessen und damit das Leben der Einheimischen "bunter" zu machen. Der Abbau von Berührungängsten, vor allem auch zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Ausländische Flüchtlinge werden menschenwürdig aufgenommen und untergebracht.

Konflikte zwischen den „Einheimischen“ und den „Fremden“ und auch der „Fremden“ untereinander werden abgebaut und überwunden.

Handlungsprogramm / Maßnahmen

Als „Grundstock“ für ein Gelingen der Integration wird das Angebot an Sprachkursen verbessert (Einsatz von Lehrpersonen, die die Muttersprache der Teilnehmer/innen

beherrschen, Kostenfreiheit der Kurse, Fahrtkostenübernahme für Kursteilnehmer/innen, Angebot der Kinderbetreuung während der Kurszeiten etc.).

In Wohngebieten und Stadtteilen mit besonderem sozialen Bedarf werden fachlich qualifizierte Betreuungspunkte eingerichtet.

Ein besonderer Schwerpunkt wird dabei auf die Betreuung, Beratung und Lebensbegleitung junger Menschen gelegt.

Der Ghettobildung schwer integrierbarer Personengruppen wird im Rahmen der Siedlungspolitik und durch andere geeignete Instrumentarien entgegengewirkt.

Im übrigen werden völkerverbindende Freizeitangebote und Maßnahmen zur Förderung des möglichst konfliktfreien Zusammenlebens aller Nationalitäten unterstützt.

Vor allem in Neubaugebieten mit unterschiedlichen Nationalitäten werden integrative Projekte in Paderborner Vereinen gefördert und auch ausländische und multinationale Gruppierungen, die in dieser Hinsicht tätig sind, in ihrer Arbeit unterstützt.

Das groß angelegte „Projekt Integration“ wird in Anlehnung an die Leitbilder der Lokalen Agenda 21 und der Ergebnisse der Standortkonferenz realisiert.

In der Verwaltung hat eine Projektgruppe die Arbeit aufgenommen, die nach einer umfassenden Analyse der vorhandenen Strukturen und Maßnahmen in der Ausländer/innenarbeit Ende 2001 einen Zwischenbericht vorgelegt hat.

Der Bürgermeister wird in regelmäßigen Abständen über weitere Zwischenergebnisse der Projektgruppe unterrichten.

Nach Beendigung des "Projektes Integration" wird dem Rat das Arbeitsergebnis zur Bewertung vorgelegt.?

Im Rahmen dieses Projektes und auch darüber hinaus wird die schon jetzt gut funktionierende Zusammenarbeit aller Träger der Ausländer/innenarbeit optimiert.

Die Stadt erarbeitet ein migrationspolitisches Konzept, in das die Ergebnisse des Projektes Integration mit einfließen.

Familie - Kinder - Jugend

Familie

I. Ausgangslage

Familien sind die kleinste soziale Infrastruktur, die die sog. Basisleistungen für ihre Mitglieder und die Gemeinschaft erbringen, von der Kinderbetreuung bis zur Krankenpflege, von der Erziehung bis zur Freizeitgestaltung, von der Bildung bis zum sozialen Lernen.

Ziel kommunaler Familienpolitik ist deshalb die Sicherung und Stärkung der sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und ökonomischen Strukturen und Rahmenbedingungen, unter denen die Familien möglichst positive Entwicklungschancen haben.

Die Familie ist heute einem weitgehenden Strukturwandel unterworfen. Verschiedenste Familienformen existieren gleichberechtigt nebeneinander. Dabei sollen durch differenzierte Hilfeangebote die Familien in ihren unterschiedlichen Situationen bei der Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Aufgaben unterstützt werden.

II. Generelle Ziele

Paderborn ist sich der zentralen Bedeutung und Funktion bewusst, die Familien für das Leben in der Stadt haben.

Die Stadt unterstützt die Familien bei der Erfüllung ihrer zentralen Aufgaben und reagiert mit entsprechenden Hilfeleistungen auf die Veränderungen und den Wandel, denen heutige Familienstrukturen unterliegen. Paderborn wirkt auf ein familienfreundliches Klima in der Stadt ein und stärkt die Handlungskompetenz und Eigenverantwortlichkeit der Familien.

III. Handlungsprogramm/Maßnahmen

- Im städtischen Jugendamt werden die verschiedenen Aufgaben der Familienpolitik und Familienförderung zusammengefasst, gebündelt und koordiniert.
- Im Bereich der Stadtplanung werden ämterübergreifend unter Einbeziehung der verschiedenen Sozialplanungen verbindliche Kriterien der Familienfreundlichkeit erarbeitet und finden entsprechende Anwendung.
- Die Stadt entwickelt in Kooperation mit den Freien Trägern einen Familienförderplan. Dieser legt die wesentlichen Maßnahmen der Familienförderung in den Bereichen Wohnverhältnisse, Arbeitswelt, familienunterstützende Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, Erfordernisse der Kinderbetreuung, soziale und kulturelle Familienarbeit, Gesundheitsförderung und Finanzierungsprogramme fest.
- Die Stadt setzt einen Schwerpunkt in der qualitativen Weiterentwicklung und dem quantitativen Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder aller Altersstufen.
- Der Familienpass wird weiter optimiert.
- Die Förderung und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs werden unter familiengerechten Gesichtspunkten weiterentwickelt.

Kinder - Jugendliche

I. Ausgangslage

Paderborn ist demographisch eine vergleichsweise junge Stadt. Der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung liegt deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt. Dabei gibt es jedoch im Hinblick auf einzelne Stadtteile größere Unterschiede, die einer differenzierten und sozialräumlichen Planung der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe bedürfen.

Unabhängig von der speziellen Paderborner Situation machen die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen auch nicht vor unserer Stadt halt. Die Rahmenbedingungen, unter denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, mit ihren Auswirkungen auf die unterschiedlichen Lebenswelten junger Menschen verändern sich stetig, so z.B. die traditionellen Familienstrukturen, fortschreitende Individualisierungsprozesse bei gleichzeitiger Globalisierung von zentralen Lebensbereichen.

Die Lebenswelten Jugendlicher werden differenzierter und komplizierter. Daraus entstehen vielfältige neue Bedürfnisse an Orientierung gebender Beratung und Begleitung sowie die praktische Unterstützung der Lebensgestaltung junger Menschen bzw. ihrer Familien.

Dazu kommen soziale Problemstellungen, die auch die Kinder- und Jugendhilfe in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zunehmend bestimmen:

Jugendarbeitslosigkeit, die besondere Situation ausländischer Jugendlicher und junger Aussiedler/innen und deren Integration, eine deutliche Steigerung der Jugendkriminalitätszahlen und der Drogenmissbrauch bei jungen Menschen sowie eine zunehmende Gewaltbereitschaft.

Zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgabe kann die Stadt auf ein breites ambulantes und stationäres Angebot der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zurückgreifen. Schon heute gibt es beispielsweise fast in jedem Stadtteil eine Einrichtung der offenen Jugendarbeit. Kindergartenplätze sind ausreichend vorhanden bzw. werden neu geschaffen.

Ein differenziertes Beratungsangebot steht für unterschiedliche Lebenssituationen und Problemstellungen zur Verfügung.

Zur Unterstützung der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und Fähigkeiten finden junge Menschen in Paderborn vielfältige Programme u.a. im Bereich Kultur, Bildung und Sport.

Die Stadt aber kann und will diese Aufgaben nicht allein bewältigen. Deshalb versteht sich die Stadtverwaltung als Partner der Freien Träger der Jugend- und Familienhilfe. Gemeinsam mit ihnen trägt sie in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Verantwortung für die Weiterentwicklung der sozialen Strukturen und das öffentliche Hilfeangebot für Kinder, Jugendliche und Familien im Alltagsleben.

II. Generelle Ziele

Das Leitbild für die Zielsetzungen ist die Vorstellung, dass junge Menschen in erster Linie als das Zukunftspotenzial für die Weiterentwicklung unserer Stadt anzusehen sind und weniger als problematisches und defizitäres Bevölkerungssegment.

Die geplanten Maßnahmen werden im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) in Kooperation mit den Freien Trägern subsidiär umgesetzt, d.h. "...soweit geeignete Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe betrieben werden oder rechtzeitig geschaffen werden können, soll die öffentliche Jugendhilfe von eigenen Maßnahmen absehen."

Prävention

Vorrangig sind die Maßnahmen der Jugendhilfe zu fördern oder zu entwickeln, die einen präventiven Ansatz verfolgen, junge Menschen in ihren Möglichkeiten fördern und vor allem benachteiligten Gruppen positive Entwicklungschancen eröffnen. Dabei sind auf den drei Ebenen der Präventionsarbeit aufeinander aufbauende und sich ergänzende Konzepte zu entwickeln, vor allem im Bereich der Sucht-, Gesundheits- und Gewaltprävention.

Integration

Die Integration der verschiedenen Bevölkerungsanteile unter jungen Menschen ist eine zentrale Herausforderung der Sozialpolitik.

Wesentlich für ein Gelingen sozialer Integration sind die sozialräumlich orientierten Einrichtungen von den Kindertageseinrichtungen bis zu Jugendtreffs, die Bildungs- und Ausbildungschancen für junge Menschen und das Angebot einer beruflichen Perspektive. Darüber hinaus ist die Jugendhilfe mit einzelnen Maßnahmen durch Beratungs- und Begegnungsangebote flankierend tätig.

Partizipation

Das KJHG sieht in § 8 eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Belangen, die sie betreffen, vor. Der Bericht für die Lokale Agenda 21 unterstützt dieses Anliegen mit der Forderung nach einer Reihe von weiteren Angeboten politischer Partizipationsformen für Kinder und Jugendliche.

Attraktive Möglichkeiten der Freizeitgestaltung

Das Schlagwort "kinder- und jugendfreundliche Stadt" beinhaltet vor allem das Ziel, die bestehenden Freizeitmöglichkeiten für junge Menschen in kulturellen und sportlichen Bereichen sowie die Angebote an attraktiven Begegnungs- und Spielräumen weiterzuentwickeln und auszuweiten.

Sozialräumliche Orientierung der Jugendhilfe

Trägerübergreifende Vernetzungs- und Kooperationsformen in den einzelnen Sozialräumen der Stadt, die Einbeziehung von Vereinen, gesellschaftlichen Gruppen und interessierten Bürgern und Bürgerinnen, bietet die Chance, die einzelnen Angebote der Jugendhilfe effektiver aufeinander abzustimmen, die Kräfte zur Selbsthilfe im Stadtteil zu mobilisieren und damit die Strukturbedingungen positiv zu verändern.

III. Handlungsmaßnahmen

1. Jugendhilfeplanung

Es werden ein methodisches Instrumentarium und entsprechende Arbeitsstrukturen entwickelt, die einen auf Dauer angelegten Jugendhilfeplanprozess mit kontinuierlicher Fortschreibung einzelner Teilbereiche in einem zweijährigen Turnus ermöglichen.

2. Präventionsangebote

Für die Bereiche "Gesundheit", "Sucht" und "Gewalt" wird eine Präventionskonzeption erstellt, die den Maßnahmenkatalog primärer, sekundärer und tertiärer Präventionsarbeit der verschiedenen Träger und Einrichtungen in Paderborn aufeinander abstimmt. In diesem Zusammenhang geschieht ein Ausbau des Angebotes "Soziale Trainingskurse" und die Entwicklung weiterer Angebote und Interventionsmöglichkeiten, die einen ähnlichen methodischen Ansatz verfolgen, z.B. in den Bereichen Verkehrsdelikte, Ladendiebstähle etc.

3. **Ausbau und Qualifizierung des Betreuungsangebotes für Kinder**
 Die integrative und interkulturelle Arbeit im Elementarbereich wird durch eine Qualifizierung der Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder und den Erhalt bzw. Ausbau personeller Ressourcen verstärkt in den Blick genommen.
 Im Rahmen der Jugendhilfeplanung wird das Profil der Tageseinrichtung für Kinder in Richtung "Kinderhaus" als Ort eines sozialraumorientierten Betreuungsangebotes für Kinder verschiedener Altersstufen weiterentwickelt.
 Ein bedarfsorientierter Ausbau des Angebotes der Ganztagsbetreuung für Kinder im Vorschul- und Grundschulalter sowie die Schaffung von Betreuungsplätzen für unter 3-jährige Kinder wird fortgesetzt. Dem speziellen Bildungsauftrag in § 2 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) wird Rechnung getragen.

4. **Weiterführung des Betreuungs- und Beratungsangebotes für junge Aussiedler/innen und ausländische Mitbürger/innen**
 Anhand der Zielsetzung, jungen Migranten und Migrantinnen eine bessere Integration zu ermöglichen, wird das bestehende Angebot an Betreuung und Beratung überprüft und gemäß dem bestehenden Bedarf sozialräumlich orientiert qualifiziert.
 Vor allem in den Tageseinrichtungen werden die Integrationsbemühungen durch verschiedene Projekte, z.B. "Internationaler Müttertreff" im Kindergarten Heidehaus, intensiviert.
 Darüber hinaus wird die Vernetzung der verschiedenen Angebote vertieft und ein Schwerpunkt im Bereich Spracherwerb gesetzt.
 Ein innerstädtisches HOT übernimmt die Aufgabe einer zentralen multikulturellen Begegnungsstätte für junge Menschen aller Nationalitäten.

5. **Spielplätze und Bolzplätze**
 Im Sinne einer kinder- und jugendgerechten Stadtplanung wird die Einrichtung von weiteren Bolzplätzen und Streetballmöglichkeiten sowie Abenteuerspielplätzen mit Möglichkeiten zu naturbezogenen und gestalterischen Aktivitäten fortgesetzt. Die bestehenden Spielraumangebote werden pädagogisch sinnvoll qualifiziert.

6. **Mädchenarbeit**
 Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe werden bei der Koordinierung und dem Aufbau eines speziellen Angebotes für Mädchen und junge Frauen bzw. bei der Vernetzung und Bündelung der bestehenden Angebote durch das Stadtjugendamt verstärkt unterstützt.

7. **Sozialräumliche Orientierung der Jugendhilfe**
 Es wird ein trägerübergreifendes, sozialraum- und lebensweltenorientiertes Netzwerk "Kinder und Jugendhilfe in Paderborn" installiert.
 Dazu dient die Bildung von trägerübergreifenden Stadtteilteams bzw. "runden Tischen" der Kinder- und Jugendhilfe.
 Für jeden Stadtteil wird, soweit möglich und durch die Jugendhilfeplanung begründet, eine offene Einrichtung der Jugendarbeit mit eigenem Angebotsprofil und sozialpädagogischen Fachkräften vorgesehen. Dabei ist eine Mitwirkung der örtlichen Jugendorganisationen anzustreben.

Gleichzeitig geschieht eine Reorganisation der Strukturen des Jugendamtes nach sozialräumlichen Kriterien:

- ? Neuorganisation der Amtsstruktur, orientiert an den Sozial- und Lebensräumen junger Menschen;
- ? Verstärkte Vernetzung mit dem Angebot der Freien Träger der Jugendhilfe, Schulen, Vereinen und Jugendverbänden;

- Aufbau eines an Qualität und Motivation orientierten Personalmanagements: Zielgerichtetes Fortbildungs- und Weiterqualifizierungsangebot für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen; Supervision als Regelangebot; Entwicklung von Leistungsanreizen für Mitarbeiter/innen;
 - Aufbau eines qualifizierten Berichtswesens zur Sicherung der Basisdaten und Bedarfslagen für die Jugendhilfeplanung.
8. Ambulante Erziehungshilfen
Der Bereich der ambulanten Erziehungshilfen ist in den Bereichen soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistandschaften und Betreuungshilfen auszubauen, neue Formen ambulanter Hilfen sind zu entwickeln.
 9. Schulbezogene Sozialarbeit
Es wird eine Konzeption für eine "schulbezogene Sozialarbeit" für die Paderborner Grund-, Haupt- und Sonderschulen sowie Gesamtschulen erarbeitet. Personelle, räumliche und strukturelle Voraussetzungen sollen im Jugendamt geschaffen werden.
 10. Jugendsozialarbeit - Jugendberufshilfe
Bedingt durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit kommt der Eingliederung in die Arbeitswelt und der sozialen Integration Jugendlicher in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu.
Soll durch schulbezogene Sozialarbeit die Fähigkeit zur Leistung und sozialem Verhalten als Voraussetzung beruflicher Integration geschaffen werden, so bleibt darüber hinaus das Angebot von sozialpädagogisch begleiteten Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen, die den individuellen Fähigkeiten einzelner junger Menschen entsprechen, z. B. Fortsetzung der Maßnahme "Arbeiten und Lernen" u.ä., weiter erforderlich.
 11. "Streetwork und Mobile Jugendarbeit"
Zur Betreuung von informellen Jugendtreffpunkten und einzelner Jugendcliquen wird ein Schwerpunkt aufsuchender Arbeit in den Angeboten der Jugendarbeit für einzelne Stadtteile vorgesehen.
 12. Kinderbüro
Der konsequente Aufbau von Mitbestimmungsmöglichkeiten und Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche gemäß § 8 KJHG, z.B. im Hilfeplanverfahren, am Jugendhilfeplanprozess, bei Gestaltung von Spielräumen und Jugendtreffs, das regelmäßige Angebot stadtteilbezogener Jugendforen, ist zunächst Aufgabe der gesamten Jugendhilfe.
Mit der Einrichtung des Kinderbüros besitzt die Stadt eine zentrale Stelle, an der diese Aufgaben zusammengeführt werden.
Das Kinderbüro hat die Aufgabe, dazu die konzeptionellen Voraussetzungen zu schaffen. Es soll organisatorische Unterstützung geben und hat die Verantwortung für die Weiterentwicklung von Beteiligungsformen und entsprechenden Aktionen.
Darüber hinaus unterstützt es die zuständigen Stadtämter bei der Entwicklung von Planungsmaßstäben, die sich an den Kriterien der Kinder- und Familienfreundlichkeit orientieren.
 13. Jugendkulturarbeit
Das HoT Multicult soll als zentrale Jugendeinrichtung in der Innenstadt ausgebaut werden und einen besonderen Schwerpunkt in der Jugendkulturarbeit erhalten.
Neben den kulturpädagogischen Aufgaben umfasst dies auch organisatorische Verantwortung in Abstimmung mit dem Kulturamt z.B. für die regelmäßige Herausgabe eines Kulturkalenders "Junge Kultur in Paderborn", die weitere Schaffung von Bandproberäumen, Begleitung des Graffiti-Projektes und eine Erweiterung des kulturellen Veranstaltungsprogramms für junge Menschen.

14. Jugendpreis "Ehrenamtliches Engagement"

Es wird die Stiftung eines Jugendpreises der Stadt Paderborn in Zusammenarbeit mit Sponsoren zur Würdigung von besonderem sozialen und kulturellen Engagement junger Menschen (Einzelpersonen und Gruppen) in Paderborn angeregt.

15. Drogenhilfeangebote

Die Angebote der Drogenhilfe in Paderborn sind in Zukunft in gegenseitiger Ergänzung aufeinander abzustimmen. Dazu dient unter Einbeziehung der Ordnungsbehörden ein regelmäßig tagender Runder Tisch.

Ein Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Drogenhilfe wird im Ausbau der präventiven Angebote der Sucht- und Drogenhilfe liegen. Eine wichtige Vorentscheidung bezüglich der Errichtung eines Drogenkonsumraumes trifft der in erster Linie zuständige Kreis Paderborn.

Einkaufsstadt / Innenstadt / Stadtteile

I. Ausgangslage

Zur Stadtentwicklung gehört eine grundsätzliche Steuerung der räumlichen Verteilung von Einzelhandelstätigkeiten, nicht eine Steuerung des Wettbewerbes an sich. Grundlage der künftigen Handlungsmöglichkeiten stellt das 1999 abgeschlossene PRISMA-Gutachten dar.

Eine Ausweitung von Handelstätigkeiten in Gewerbegebieten im Außenbereich mit innenstadtgeeigneten bzw. der wohnungsnahen Versorgung geeigneten Sortimenten wird seit mehreren Jahren durch die Bauleitplanung systematisch und erfolgreich unterbunden.

Der Bedarf an einer quantitativen und qualitativen Entwicklung des Einzelhandelsbereiches in der Innenstadt ist gegeben.

Die Erschließung der Innenstadt mit öffentlichem Verkehr aus der Region ist verbesserungswürdig. Ausreichender Parkraum in der Innenstadt ist vorhanden.

Siedlungsstrukturell ist die Stadt Paderborn in Stadtteile gegliedert. In den Stadtteilen gibt es lebendige örtliche Gemeinschaften.

II. Generelle Ziele

- Gestaltung und Stärkung der Innenstadt als Kristallisationspunkt städtischen Lebens und Schwerpunkt des Einzelhandels
- Entwicklung einer attraktiven Einzelhandelsstruktur
- Sicherung und Stärkung der dezentralen Grundversorgung in den Stadtteilen und Stadtvierteln, wobei Fehlentwicklungen „auf der grünen Wiese“ zu vermeiden sind.
- Förderung der Stadt- und Ortsteile und der dortigen gesellschaftlichen Vielfalt u.a. auch durch die Ansiedlung von kleinteiligen Gewerbeflächen
- Beibehaltung der siedlungsstrukturellen Abgrenzung der Stadtteile durch die Anlage von Parks und/oder Grünflächen
- Ausbau und Förderung der Infrastruktur in den Ortsteilen (Bürgerhäuser, dezentrale Nahversorgung, Schule, Sport etc.)
- Stärkung der kulturellen Angebote auf Ortsteilebene
- Stärkung des Vereinslebens

III. Handlungsprogramm / Maßnahmen

Attraktivierung der Innenstadt / Einkaufsstadt

Aus dem PRISMA-Gutachten ergeben sich folgende Handlungsnotwendigkeiten:

- Die bisherige restriktive Vorgehensweise bezüglich der Behandlung peripherer und nicht integrierter Standorte wird weiterhin fortgesetzt.
- Mehrere Handlungsfelder zur Aufwertung der Innenstadt werden gesehen, die von der Kaufmannschaft ergriffen werden könnten und sollten (Ladenlayout und Sortimentspflege, sortimentsbezogene Weiterentwicklung, Verbesserung des gastronomischen Angebots, Fassadengestaltung, Bepflanzung).
- Eine Entwicklung hin zu einem institutionalisierten Citymanagement ist anzustreben und seitens der Stadt zu unterstützen.
- Entwicklung des Geländes „Kötterhagen“ zu einem qualitativ hochwertigen Einzelhandelsstandort

Aus den vorgenannten Feststellungen lässt sich ableiten, dass Initiativen für den Standort Paderborn dann zu einem optimalen Erfolg führen, wenn ein professionelles Marketing zur Verfügung steht. Es ist daher eine Organisationsstruktur mit Ziel- und Aufgabenstellung für ein modernes Stadtmarketing zu erarbeiten.

Auch die Vorteile eines Center-Managements müssen auf die Innenstadt übertragen werden. Deshalb ist möglichst unter inhaltlicher und finanzieller Einbindung der Innenstadtakteure ein einheitliches Innenstadt-Management anzustreben.

Folgende weitere Ziele sind – in Kooperation mit den Akteuren der Innenstadt – anzugehen:

- Gestaltungskonzept für die Innenstadt und das Paderquellgebiet auf der Basis eines Ideenwettbewerbs
- Einheitliche Geschäftszeiten in der gesamten Innenstadt
- Ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Reduzierung des Befahrens der Fußgängerzonen durch Lieferverkehre, Handwerker sowie Durchgangsverkehre
- Belebung der Innenstadt in den Abendstunden und an Wochenenden
- Förderung von kleinteiligen Geschäften in der Innenstadt anstelle von zusätzlichen Filialisten
- Aufgreifen der historischen Gassenstruktur für Wegeverbindungen, insbesondere im Bereich zwischen Rosenstraße, Kamp und Bogen
- Förderung des Wohnens in der Innenstadt
- Durchmischung von Wohnen und Arbeiten
- Schaffung von Verweil- und Ruheplätzen in der Kernstadt

- Schaffung einer „Erlebnisbühne“ Innenstadt, die nicht ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten folgt und für Kunst und Kultur zur Verfügung steht.
- Verkehrswege und Bebauungspläne sollen so abgestimmt werden, dass eine Verknüpfung von Leben, Wohnraum und Arbeiten in einem Gebiet möglich ist.
- Städtebauliche Überplanung des Platzes „Am Abdinghof“, des Franz-Stock-Platzes und des Königsplatzes und des Quartiers Marienstraße/Königsstraße
- Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz / Domplatz
- Zeitliche Erweiterung des Wochenmarktangebotes
- Maßnahmen zur Frequenzerhöhung der Besucherzahlen in der Innenstadt
- Es soll versucht werden, das Haus Pötz einer innenstadtadäquaten Nutzung (Einzelhandelsnutzung) zuzuführen.

Aufwertung einzelner Straßen bzw. Quartiere

Die großen Einfahrstraßen in das Stadtzentrum (Radialen) sind die „Visitenkarte“ für den Besucher. Gerade diese Radialen weisen Defizite auf, hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Grundsätzlich sind alle (technischen) Möglichkeiten auszuschöpfen, die vermeintlich unter der Erde liegenden Verhinderungsgründe (Kabel- und Kanaltrassen) - als ausschlaggebendes Argument gegen eine gewünschte Aufwertung - zurückzuweisen. Die Durchsetzung einer Bepflanzung ist, sofern ökonomisch vertretbar, anzustreben. Das Funktionieren von Baumpflanzungen in vergleichbaren Situationen zeigen ungezählt viele Beispiele außerhalb Paderborns. Radwege sollten - soweit noch nicht vorhanden - an allen großen Straßen angelegt werden.

Aufwertung der Bahnhofstraße

Für die Errichtung eines Parkhauses westlich im Anschluss des Hauptbahnhofgebäudes und eines Busbahnhofes sowie der Neuregelung der Zufahrt für Pkws gibt es ein Rahmenkonzept. Nach Schaffung der grundstücksrechtlichen Voraussetzungen, der Geländefreimachung sowie der Bewilligung von Fördermitteln kann das Konzept umgesetzt werden. Das bisher als Parkplatz genutzte Gelände Rathenaustraße/Bahnhofstraße kann überbaut werden. Eine Ausweitung des städtebaulichen Gesamtkonzeptes auf die Bahnhofstraße in ihrer ganzen Länge ist zu überlegen.

- Umgestaltung des Hauptbahnhofsumfeldes
- Städtebauliche Verbesserungen der Bahnhofstraße sowohl vom Bahnhof in Richtung Westertor als auch vom Hauptbahnhof stadtauswärts
- Straßenverbreiterung durch Verlegung der Fußwege im Norden in zu überplanende Neubebauung (z.B. Justizzentrum),
- Pflanzung einer Baumreihe in Straßenmitte zwischen Westertor und Hauptbahnhof.
- Erstellung eines Nutzungskonzeptes und Überplanung des freiwerdenden Bahngeländes auf der Südseite der Bahnhofstraße (ca. 800 m Länge westlich des Hauptbahnhofs)
- Erstellung eines Nutzungskonzeptes für den Bereich des ehemaligen Güterbahnhofs
- Erstellung eines Konzeptes mit dem Ziel der Erstellung einer neuen, signalfreien Querungsmöglichkeit der Friedrichstraße bzw. des Westertores
- Beibehaltung einer Gleistrasse für die Stadtbahn in Richtung Almpark (ehemaliges SNI-Gelände)

- Keine Schaffung zusätzlicher großen Einzelhandelsflächen, die die neue Struktur der Bahnhofstraße gefährden.

Entwicklung des Quartiers „Florianstraße“

Das Land NRW legt z.Z. die Ausbauprioritäten für Justizgebäude fest. Der Standort Paderborn gehört zu den mit hoher Priorität zu betrachtenden Objekten. Eine Konzentration durch Neubauten im Bereich Florianstraße ist angedacht. Das erforderliche Raumprogramm ist auf dem von der Stadt teilweise erst in jüngerer Zeit erworbenen Gelände unterzubringen. Die Erschließung hat ausschließlich von der Florianstraße zu erfolgen. Ein solcher Neubau wird eine Umnutzung der bisherigen von der Justizverwaltung genutzten Gebäude auslösen. Das Gelände an der Florianstraße wird z.Z. für das Justizzentrum reserviert. Allerdings kann dies nicht auf Dauer vorgehalten werden. Eine Entscheidung des Landes ist bis spätestens Ende 2003 erforderlich, ansonsten ist der Bereich städtebaulich neu zu verplanen.

Im Zusammenhang mit dem Neubau des Justizentrums kann ein weiteres öffentliches Parkhaus geschaffen werden, wobei auch eine private Finanzierung in Betracht kommen kann.

Aufwertung der Detmolder Straße

Eine weitere Einfallstraße zur Innenstadt ist die Detmolder Straße, deren städtebauliche Qualität stark verbesserungswürdig ist. In Ansätzen sind anspruchsvollere Baumaßnahmen bereits realisiert worden, die dazu geführt haben, den Straßenraum seitlich zu fassen. Hierzu zählen auch Baumpflanzungen, die einen ähnlichen räumlichen Effekt auslösen. Die Ausbildung der Detmolder Straße als Allee könnte den Gesamteindruck maßgeblich verbessern.

Eine entsprechende Ausbauplanung ist bis Ende 2003 zu erarbeiten.

Zukünftig müssen die konsequente Straßenrandbebauung sowie Mindestbauhöhen eingehalten werden, um Fehlentwicklungen - beispielsweise durch pavillonähnliche Bauten - zu verhindern.

Aus Richtung Innenstadt kommend bis etwa auf Höhe Lothringer Weg/Schäferweg kann beidseitig die Ausweitung einer Kerngebietszone erfolgen.

Der Ausbau des Bereiches zwischen Steubenstraße und Seskerbruch ist dringend erforderlich; hier fehlen beidseitig Rad- und Gehwege.

Aufwertung der Neuhäuser Straße

Speziell der Bereich zwischen Padersteinweg und Rathenaustraße bietet aufgrund der Nutzungen als auch etlicher Baulichkeiten wenig städtebauliche Qualität. Die Nutzungsmöglichkeiten werden an Mischnutzungen zu orientieren sein. Zur räumlichen Fassung wird eine Ausbildung als Allee angestrebt. Durch Fuß- und Radwege ist die Aufenthaltsqualität zu steigern.

Im Zusammenwirken mit den übrigen Radialen auf die Innenstadt zu (inkl. Borchener Straße und Warburger Straße) sowie im Zusammenspiel mit dem begrünten Inneren Ring entsteht so eine sehr viel einladendere Gesamtwirkung der Stadt schon vor ihren engeren Toren und wird als großstädtisches Markenzeichen auch über die Stadt hinaus wirken.

Aufwertung der Von-Ketteler-Straße

Durch die Anlage von Radwegen und die städtebauliche Neugestaltung besonders des Kirchenvorplatzes wird die Von-Ketteler-Straße aufgewertet.

Aufwertung der Marien- und Königstraße

Sowohl die Marienstraße als auch die Königstraße grenzen direkt an das Paderquellgebiet. Ein positiver Gesamteindruck ist deshalb auch in diesem Bereich besonders wichtig. Das Niveau des Gebietes bedarf einer verkehrstechnischen Überarbeitung.

Rahmenplanung

Die Rahmenplanung hat sich als ein wichtiges planerisches Instrument herausgestellt, um städtebauliche Quartiere zu untersuchen und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Derartige Rahmenpläne sind für folgende Bereiche zu erstellen:

Rahmenplan Mastbruch

Aus dem inzwischen fertiggestellten Rahmenplan Mastbruch sind die baurechtlichen Konsequenzen zu ziehen und umzusetzen.

Rahmenplan Marienloher Straße

Der Bereich des Rahmenplans Marienloher Straße liegt an der Nahtstelle zwischen der Kernstadt Paderborn und dem Stadtteil Schloß Neuhaus zwischen Sennebahn und Haustenbecker Straße sowie Lippeaue und Fischteiche. Speziell für einen bereits ortsansässigen Speditionsbetrieb sind die verkehrlichen Anbindungsmöglichkeiten über die B1 an die A33 und die Erreichbarkeit von Industriebetrieben als besonders gut zu bezeichnen. Andererseits wurde unter siedlungsstrukturellen Gesichtspunkten in der Vergangenheit immer darauf geachtet, die landschaftlich orientierte und ökologisch bedeutsame Zäsur zwischen der Kernstadt Paderborn und Schloß Neuhaus zu erhalten. Durch den Rahmenplan soll nunmehr geklärt werden, ob und inwieweit unter Beachtung der siedlungsräumlichen, wirtschaftlichen, verkehrlichen und ökologischen Belange eine verträgliche Ausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen möglich ist. Dabei soll auch in Zukunft eine siedlungsstrukturelle Abgrenzung beibehalten werden.

Rahmenplan Elsen

Die Ortslage Elsen ist seit mehr als zehn Jahren nahezu flächendeckend durch Bebauungspläne überplant. Die hierbei verfolgte Zielsetzung ist im Hinblick auf seine Umsetzung, die Bewältigung des Verkehrsaufkommens, die Anlage und Ausgestaltung der geplanten Erholungsflächen und bezüglich der Zentrenentwicklung zu überprüfen und ggf. zu verändern. Des Weiteren ist die Frage zu stellen, ob und wo eine Siedlungsausweitung sinnvoll ist. Die Baulückenproblematik ist in diesem Zusammenhang auch unter Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen zu überarbeiten. Eine langfristige Entwicklung laut Gebietsentwicklungsplan Hilschenbruch-Verner Straße ist richtig.

Rahmenplan Crocker Barracks

Die militärische Nutzung dieses ca.12 ha großen Geländes an der Bielefelder Straße (Wilhelmsberg) zwischen Schloß Neuhaus und Sennelager wird aufgegeben. Am Ostrand bestehen mehrere 6-geschossige massive Lagergebäude. Davon ist eines ausgebrannt. Das übrige Gelände ist mit eingeschossigen Hallen bebaut. Grundsätzlich ist eine Umnutzung der militärisch genutzten Gebäude einer Neubebauung auf bisher unbebautem Gelände entsprechend dem Gebot einer nachhaltigen Stadtentwicklung vorzuziehen. Auf die Erfahrungen anderer Städte im Hinblick auf eine künftige Nutzung soll zurückgegriffen werden. Eine Nutzungsfestlegung steht noch aus. Denkbar ist die Ansiedlung eines Feuerwehrgebäudes für Schloß Neuhaus in diesem Gebiet. Gewünschte Wohngebietsausweisungen Sennelager sind im Zuge einer Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplanes aufzugreifen. Die Verwaltung wird aufgefordert, durch konkrete Verhandlungen, die beschriebenen Ziele zu erreichen.

Aufwertung der Stadtteile

In diesem Zusammenhang bedarf es einer politischen Entscheidung, für welche Stadtteile Rahmenpläne zu erarbeiten sind. Dabei sind die Prioritäten sowie die zeitlichen Vorgaben festzulegen. Die für verschiedene Stadtteile vorliegenden Dorferneuerungspläne sind dabei mit einzubeziehen.

Bürgerschaft - Rat - Verwaltung

Rat - Verwaltung

Der Rat ist auch nach Einführung der sog. Einheitsspitze nach wie vor das Organ, das im Grundsatz für alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung zuständig ist. Die 1994 in Kraft getretene Änderung der Gemeindeordnung hat jedoch insbesondere mit der darin vorgesehenen Direktwahl des hauptamtlichen Bürgermeisters die Entscheidungsebenen nicht unwesentlich verschoben: Es war erklärtes Ziel der Reform, den Rat von eher alltäglichen Geschäften zu entlasten und ihm stärker die Rolle einer Art Aufsichtsrat zuzuweisen, der die wesentlichen kommunalpolitischen Entscheidungen trifft und darüber wacht, dass seine Beschlüsse durchgeführt werden.

Rat und Verwaltung der Stadt Paderborn haben diesen Reformansatz frühzeitig aufgegriffen. Änderungen in der Aufbauorganisation, Stärkung der dezentralen Ressourcenverantwortung und Einführung der Budgetierung, weitgehende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung als Basis für das in Entwicklung befindliche Berichtswesen sind wesentliche Strukturelemente, die das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung schon heute kennzeichnen. Dabei ist hervorzuheben, dass sich diese grundlegenden Veränderungen ohne Brüche vollzogen haben. Die Gründe dafür liegen sicher zum Teil in der externen Organisationsberatung, zu einem ganz erheblichen Teil aber auch in dem Einsatz der eigenen Mitarbeiterschaft, die sich den Reorganisationsprozess zu Eigen gemacht hat. Vor allen Dingen hat aber auch der Rat der Verwaltung das notwendige Vertrauen entgegengebracht und z. B. mit der Veränderung des Aufgabenzuweisungsbeschlusses und der Vergabeordnung Zeichen dafür gesetzt, dass er die veränderte Aufgabenverteilung mitträgt, die nicht Selbstzweck ist, sondern zum Ziel hat, die Verwaltung als Ganzes so leistungsfähig wie möglich zu machen.

Auf dieser Grundlage hat die vom Rat eingesetzte Lenkungsgruppe „Ratsarbeit“ folgende Zielsetzungen, die vom Rat beschlossen worden sind, formuliert:

- Dem Rat kommt danach die Aufgabe zu, die mittel- und längerfristigen Handlungsfelder politisch vorzugeben und nach Prioritäten zu ordnen. Dabei werden die Ergebnisse der Standortkonferenz und des Lokalen Agenda-Prozesses von besonderer Bedeutung sein, zumal darin ein hohes Maß bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck kommt.
- Im Zusammenhang damit steht die mittel- und längerfristige Haushaltsplanung als Grundlage für die Realisierung des Handlungsprogramms. Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört die Optimierung des Beteiligungsmanagements.
- Der Rat legt darüber hinaus Richtlinien für das Verwaltungshandeln fest, während die operative Umsetzung der Verwaltung obliegt.
- Der Rat übernimmt die strategische Steuerung und Kontrolle der Verwaltung.

Um das Ziel zu erreichen, dass sich der Rat auf seine strategischen Funktionen konzentrieren kann, müssen ihm Entscheidungsgrundlagen sowie Steuerungs- und Kontrollinstrumentarien zur Verfügung stehen.

- Der Aufbau des Berichtswesens wird zügig fortgeführt. Im Zusammenhang damit soll der Bereich der Statistik ausgebaut und in das Berichtswesen integriert werden.
- Das Ratsinformationssystem, das auch Träger des Berichtswesens werden soll, ist zwischenzeitlich um ein Modul erweitert worden, das die Beschlusskontrolle ermöglicht.

- Gewissermaßen als Bindeglied zwischen den strategischen Vorgaben des Rates und der operativen Handlungsebene der Verwaltung soll ein Kontraktmanagement entwickelt werden. Es dient dazu, kommunalpolitische Zielsetzungen besser in konkretes Verwaltungshandeln umzusetzen und gleichzeitig eine koordinierte Steuerung der Fachämter durch die Verwaltungsführung zu ermöglichen.

Dieser Stadtentwicklungsbericht soll zunehmend zum zentralen Instrument werden, mit dem der Rat seine steuernde Funktion ausübt. In ihm werden nicht nur die mittel- und längerfristigen Handlungsfelder politisch vorgegeben, sondern er ist damit gleichzeitig die Grundlage für die konkrete Umsetzung dieser Vorgaben durch Haushaltsplan sowie Investitions- und Finanzplanung. Bei konsequentem Vorgehen werden so die im Stadtentwicklungsbericht beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel Jahr für Jahr abgearbeitet.

Verwaltung und Bürgerschaft

Je leistungsfähiger die Verwaltung ist, umso mehr ist sie in der Lage, ihre Dienstleistungsfunktion den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber zu erbringen. Sie muss sich vielfältigen Veränderungen stellen und sich insofern ihrerseits fortentwickeln. Ohne eine leistungsfähige Verwaltung wird die Entwicklung einer Stadt gehemmt.

Die Firma Kienbaum hat als Ergebnis ihrer Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung ein außerordentlich gutes Zeugnis ausgestellt. Bei anderen interkommunalen Vergleichen hat die Stadt Paderborn ebenfalls Spitzenpositionen belegt. In einzelnen Bereichen wird die Verwaltung als führend bezeichnet. Es ist alles daran zu setzen, dieses Leistungsniveau zu erhalten und auszubauen. Dabei geht es zum einen um den wirtschaftlichen Einsatz der Ressourcen, zum anderen aber auch um den weiteren Ausbau des an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientierten Dienstleistungsunternehmens.

Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung wird im Wesentlichen bestimmt durch

- eine optimale Aufbau- und Ablauforganisation
- den sachgerechten Einsatz qualifizierten und motivierten Personals
- die wirtschaftliche Verwendung finanzieller und sachlicher Ressourcen

Dementsprechend wird es das Ziel auch in der Zukunft sein, auf diesen zentralen Feldern die Verwaltung fortzuentwickeln. Da die Aufgaben der Verwaltung aber nicht statisch sind, sondern sich wandeln, muss eine aufgabenkritische Betrachtung als eine im Wesentlichen auch mit der Politik abzustimmende Daueraufgabe angesehen werden.

Der Rat hat sich dafür entschieden, die bewährte Gliederung der Verwaltung in Dezernate und Ämter beizubehalten. Ein übersichtlicher, den verschiedenen Aufgaben der Organisationseinheiten Rechnung tragender Verwaltungsaufbau liegt auch im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Mit der durch die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung bedingten Bildung von Produkten, Produktgruppen und Produktbereichen werden sich allerdings gewisse innere strukturelle Veränderungen ergeben. Die Produktverantwortung mit möglichst weitgehender Bündelung von Aufgaben und Ressourcen wird eine zentrale Komponente der Aufbauorganisation darstellen. Das Bemühen um Verbesserung der

Verwaltungsabläufe bleibt Daueraufgabe.

Eine optimale Aufbau- und Ablauforganisation wird in hohem Maße auch von äußeren Gegebenheiten beeinflusst. Dazu gehört die räumliche Unterbringung der Verwaltung. Die derzeitigen Verhältnisse sind nicht nur im Hinblick auf die organisatorischen Abläufe unbefriedigend, sondern auch für den Bürger, der ins Stadthaus kommt, beschwerlich. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Raumkonzept mit dem Ziel zu erarbeiten, die Unterbringung der Verwaltung nachhaltig zu verbessern, um den Bürgerinnen und Bürgern die z. Zt. labyrinthischen Zustände zu ersparen. Dabei muss es Ziel sein, die Kernverwaltung an maximal zwei Standorten zu konzentrieren.

Die technische und funktionelle Ausstattung des Rathauses wird in den nächsten Jahren sukzessive zu verbessern sein. Dabei wird das Rathaus in seiner Funktion als Sitzungsort des Rates und der Fachausschüsse oberste Priorität haben.

Im Rahmen der Verbesserung des Dienstleistungsangebotes wird das städtische Internetangebot („Virtuelles Rathaus“) kontinuierlich weiter ausgebaut. Ziel ist es, ein möglichst umfassendes und insbesondere aktuelles Informationsangebot zu den Aufgaben der Verwaltung vorzuhalten und das Medium auch immer mehr als Kommunikationsplattform zu nutzen, u.a. durch Bereitstellung von Anträgen etc. per Internet unter Beachtung der rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen.

Gerade die Verlagerung der Verantwortung auf nachgeordnete Ebenen erfordert die besondere Qualifizierung des Personals. Das bestehende Personalentwicklungskonzept wird fortgeschrieben und umgesetzt und dabei der Förderung von Frauen besonderes Augenmerk gewidmet. Weiterhin hat sich die Stadt der Verantwortung zu stellen, Nachwuchskräfte für die verschiedenen Berufe auszubilden.

Die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung schafft ein hohes Maß an Transparenz, welche Leistung welche Kosten verursacht. Damit wird ein erhöhtes Kostenbewusstsein bewirkt und zwar nicht nur innerhalb der Verwaltung, sondern es wird zugleich dem Rat als dem die Haushaltsmittel bewilligenden Organ ermöglicht, Leistungen und Kosten gegeneinander abzuwägen und seine Entscheidung danach auszurichten. Die bevorstehende Änderung des kommunalen Rechnungswesens wird im Übrigen dazu beitragen, das komplizierte Haushaltswesen durchsichtiger zu machen.

Transparenz von Verwaltungsentscheidungen und die rechtzeitige Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in den politischen Willensbildungsprozess sind maßgebliche Kriterien der Verwaltungsmodernisierung. Die Stärkung dieser Transparenz findet u.a. in dem zum 01.01.2002 in Kraft getretenen Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen ihren Ausdruck. Mit diesem Gesetz ist für die Bürgerinnen und Bürger ein umfassender Anspruch auf Informationszugang eingeführt worden. Durch die breite Informationsbasis soll nicht nur die Transparenz des behördlichen Handelns, sondern auch die Nachvollziehbarkeit und die Akzeptanz behördlicher Entscheidungen und der zu Grunde liegenden politischen Beschlüsse verbessert werden.

Rat und Bürgerschaft

Die Gemeindeordnung eröffnet den Bürgerinnen und Bürgern seit vielen Jahren Mitwirkungsrechte und Beteiligungsformen an kommunalen Entscheidungsprozessen. Mit den Einwohneranträgen und Bürgerbegehren/Bürgerentscheiden sind weitreichende Möglichkeiten gegeben. Des Weiteren bestehen die gesetzlich vorgegebenen Verfahren der Bürgerbeteiligungen in kommunalen Planungs- und Entwicklungsprozessen. Daneben wird die Stadt ergänzende Strukturen und Formen von Bürgerbeteiligungen und bürgerschaftlichem Engagement erarbeiten und umsetzen.

Dabei werden die Prozesse der Standortkonferenz und der Lokalen Agenda, die wertvolle Ergebnisse für den vorliegenden Stadtentwicklungsbericht erarbeitet haben, konsequent fortgeführt.

Der Rat ermuntert die Bürgerinnen und Bürger, von diesen Möglichkeiten der Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen Gebrauch zu machen.

Darüber hinaus sind die vielgestaltigen gesellschaftlichen Leistungen des Ehrenamtes anzuerkennen und weiter zu unterstützen.

Die ehrenamtlichen Leistungsmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Bereichen und die dazu notwendigen Rahmenbedingungen sind zu sichern und unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten zeitgemäß weiter zu entwickeln.

Projekte in Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern werden auch in Zukunft Bedeutung haben.

Durch Bürgerbefragungen zu kommunalpolitischen Handlungsfeldern oder zu den Dienstleistungsangeboten der Verwaltung werden die Meinungen, Einschätzungen und Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger abgefragt und in den Entscheidungsfindungsprozess einfließen.

In vom Bürgermeister geleiteten Bürgerversammlungen in den Stadtteilen werden unter Einbeziehung der örtlich und fachlich zuständigen Ratsmitglieder Vorhaben, auch außerhalb der Bauleitplanung, vorgestellt und gemeinsam mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erörtert.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligungen werden verstärkt auch die neuen Medien genutzt, um eine breite und aktuelle Bürgerinformation sicher zu stellen.